

Süße Früchte – gut für alle?

Dokumentation
der Internationalen Fachtagung der
Deutschen Kommission Justitia et Pax

Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden
Herausgeber: Deutsche Kommission Justitia et Pax
Redaktion: Gertrud Casel

Süße Früchte – gut für alle?

Dokumentation der internationalen Fachtagung der Deutschen Kommission Justitia et Pax am 16. Januar 2014 in Berlin

*Texte und Fotos (wenn nicht gesondert gekennzeichnet) von
Luise Richard, Dipl.-Ing.agr. und Freie Journalistin, Drensteinfurt,
Arbeiten u.a. für die Fachpresse und Unternehmen in der Land- und
Ernährungswirtschaft sowie für soziale Einrichtungen:
www.redaktionsbuero-richard.de*

Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden, Heft 128
Redaktion: Dr. Hildegard Hagemann

ISBN 978-940137-54-8

Bonn, Mai 2014

Auslieferung:

Deutsche Kommission Justitia et Pax, Kaiserstr. 161, D – 53113 Bonn
Tel: +49-228-103217 – Fax: +49-228-103318
Internet: www-justitia-et-pax.de - E-Mail: Justitia-et-Pax@dbk.de

Inhaltsverzeichnis

Zum Geleit	5
1. Einführung	7
1.1 Sachstand –Probleme – Handlungsbedarf	7
1.2 An einem Tisch	10
2. Sozialethische Prinzipien versus faktische Realität in Handel und Produktion	13
2.1 Menschenrechte auf Nahrung und Arbeit: Wie lassen sie sich vereinbaren?	13
2.2 Markt und Macht – Anspruch, Erwartungen und Wirklichkeit	16
2.3 Mensch im Mittelpunkt? Chancen und Herausforderungen mit Blick auf Kleinbauern und Wanderarbeiter	19
2.4 Die Forderung nach gerechter Teilhabe im kirchlichen und wissenschaftlichen Kontext	21
3. Gesetzlicher Rahmen oder privatwirtschaftliche Verpflichtung?	23
3.1 Wer sind die Akteure?	23
3.2 Im Dschungel der Standards	26
3.3 Möglichkeiten und Grenzen gesetzlicher Regelungen	28
3.4 Was können freiwillige privatwirtschaftliche Verpflichtungen leisten?	32
3.5 Lackmustest Umsetzung	34
3.6 Bei wem liegt die Verantwortung? Beim wem liegt die Macht?	36
4. Im Fokus: ‚Empowerment‘ von Bauern und Landarbeitern	39
4.1 Integraler Ansatz zur Veränderung der Lebens- und Arbeitsbedingungen	39
4.2 Die Bauern in den Mittelpunkt stellen	43
4.3 Stellungnahmen und Auswertung	46
5. Im Fokus: Die besondere Rolle von Handel und Verbraucher	48
5.1 Familienunternehmer gesucht!	48
5.2 Wie Kleinbauern Standards schaffen können	54
5.3 Stellungnahmen und Auswertung	58
6. Weichen stellen in die Zukunft	62
7. Fazit/Schlussfolgerungen für den weiteren Dialog	66
8. Anhang: Teilnehmer und Referenten	69

Zum Geleit

Süße Früchte brauchen Zeit

Süße Früchte brauchen Zeit – ein Qualitätsmerkmal für Früchte ist eine ausreichende Reifezeit. Und dies gilt nicht nur für die Früchte des Feldes, sondern auch für die Früchte menschlichen Bemühens.

Die vorliegende Dokumentation ist das Ergebnis, sozusagen die Frucht, eines langjährigen Arbeitsprozesses bei der Deutschen Kommission Justitia et Pax. Als Runder Tisch der katholischen Kirche für Menschenrechte, Frieden und Entwicklung ist es uns Aufgabe und Anliegen, im Dialog mit verschiedenen, manchmal gar gegensätzlichen Akteuren Lösungen für die drängenden Fragen der heutigen Zeit zu finden.

Eine dieser Fragen ist die nach der Sicherstellung eines menschenwürdigen Lebens für diejenigen, die in der Landwirtschaft arbeiten und dennoch zu dem Drittel der Weltbevölkerung gehören, die hungern, die arm trotz Arbeit und bestenfalls prekär beschäftigt sind. Mit diesem entwicklungspolitischen Paradox haben wir uns am Beispiel tropischer verarbeiteter Früchte, ihren Produktions- und Vermarktungsstrukturen befasst.

Die exemplarische Aufarbeitung erleichterte es, den Zusammenhang von Ernährungssicherheit und dem Recht auf Nahrung sowie Arbeitsbedingungen und dem Recht auf menschenwürdige Arbeit zu finden. Eine solche Fokussierung ermöglichte es auch, die Partner und die Akteure in Deutschland und Europa zu identifizieren, die an einen Tisch kommen sollten, wenn es um die Gestaltung eines gerechten und nachhaltigen Agrarmarktes geht. Dazu gehören Verbraucher, Familienunternehmen, der Lebensmittelhandel, der Bauernverband, der faire Handel, Politik, Gewerkschaften.

Mit Geduld haben wir diese Frucht, dieses Vorhaben zur Reifung gebracht. Die Intensität und Kontinuität, mit der vorbereitende Gespräche über drei Jahre hinweg mit den einzelnen Akteuren geführt wurden, ermöglichten und prägten auch die internationale Fachkonferenz im Januar 2014 in Berlin. Hohe Gesprächs- und Zuhörbereitschaft sowie ein respektvoller Umgang miteinander waren die Voraussetzung, damit auch auf Zukunft hin Ansätze für weitere Gespräche und mögliche Zusammenarbeit erkennbar wurden.

Die Konferenz war eingebettet in die langjährigen Themenschwerpunkte ‚Menschenwürdige Arbeit‘, ‚Agrarhandel‘ und ‚Soziale Standards‘. Sie sollen im Sachbereich Entwicklung der Deutschen Kommission Justitia et Pax in den nächsten Jahren weitergeführt werden. Entwicklungszusammenarbeit und entwicklungspolitische Anwaltschaft brauchen die langfristige Verlässlichkeit.

Als Vorsitzender der Kommission danke ich denjenigen, die sich bei der Durchführung dieses Vorhabens engagiert haben. Insbesondere danke ich den internationalen Partnern, dass sie durch ihr Interesse am Thema zeigten, wie sehr wir hier ein gemeinsames Anliegen haben. Gute Ideen und erfreuliche Einsichten wünsche ich Ihnen beim Lesen der Beiträge und Impulse zum weiteren Engagement, damit eines Tages tropische Früchte nicht nur den Verbrauchern und dem Handel, sondern auch den Produzenten süßer schmecken.

+ *Stephan Ackermann*

Bischof Dr Stephan Ackermann

Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax

1 Einführung

1.1 Sachstand – Probleme – Handlungsbedarf

Wir stellen fest, dass der internationale Handel mit Agrargütern wächst. Das gibt auch Entwicklungs- und Schwellenländern die Möglichkeit, an diesem Handel zu partizipieren. Zum Beispiel mit tropischen Früchten: Ca. 75 Prozent der weltweit erzeugten Früchte stammen aus Entwicklungsländern. Im Bio-Bereich ist der Anteil der Bio-Bauern besonders hoch, 80 Prozent der zertifizierten Bio-Erzeuger leben dort. Doch wo Licht ist, ist in der Regel auch Schatten.

Denn eines ist nicht klar: Zu welchen Bedingungen können die Erzeuger¹ in den Entwicklungs- und Schwellenländern partizipieren?

Die Kehrseite der frischen Früchte auf unseren Tischen sind Berichte über prekäre Arbeitsverhältnisse, Niedriglöhne für Erntehelfer, Arbeitsmigration und menschenunwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen. Auch der Bio-Bereich ist davon keineswegs ausgenommen.

Dem hat sich eine Arbeitsgruppe von Justitia et Pax, die Task Force Tropische Früchte mit Vertretern aus Don Bosco-Mission, Bund katholischer Unternehmer (BKU), Katholische Landvolkbewegung und Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (KLB/ILD), Katholische Landjugendbewegung (KLJB), Exposure und Dialog-Programm e.V. (EDP) und Misereor seit Ende 2010 gewidmet. Am Beispiel Tropenfrüchte sollten Grundfragen des globalen Agrarhandels und der Umsetzung von Sozialstandards behandelt werden, und zwar im Dialog mit konventionellem und fairem Handel, Produzenten, Zertifizierern und der Politik.

Zunächst wurde der Status Quo erhoben: Wichtige Basisdaten zu Umfang, Art und aktuellen Tendenzen des Handels mit Tropenfrüchten wurden 2011 in einer Studie zusammengefasst: Die Zahlen zeigten einen deutlich angestiegenen Import von frischen und verarbeiteten Tropenfrüchten in Form von Konserven, Säften und Trockenfrüchten. Die Handelsbeziehungen sind weitgehend einseitig dominiert. Der Zertifizierungsaufwand insbesondere für Kleinbauern ist hoch.

Für Verbraucher hierzulande fehlt Transparenz: Mit dem Verarbeitungsgrad werden Herkunft und Produktionsbedingungen undurchsichtiger, weil Handelsstatistiken dies nicht erfassen. Im Unterschied zu Frischobst wird zudem für verarbeitete Früchte vom Gesetz bisher keine Herkunftslandangabe gefordert.

¹ In dieser Dokumentation wird der Einfachheit und der Lesbarkeit des Textes halber in der Regel die männliche Schreibweise gewählt, die Männer und Frauen gleichermaßen meint.

Seit 2011 sind in diesem Dialog vielfältige Kontakte zu zentralen Akteuren aufgenommen worden: dem Deutschen Fruchthandelsverband, dem Forschungsinstitut INEF, sowie GLOBAL G.A.P, dem Weltmarktführer für handelsinterne Zertifizierung.² Daraus resultiert z. B. eine jetzt enge Zusammenarbeit von GLOBAL G.A.P. mit dem AFOS-BKU Projekt „OURFOOD“ auf den Philippinen, die inzwischen „Früchte“ trägt. Mit dem Fairtrade-Unternehmen GEPA wurden Fragen zu fair gehandelten Trockenmangos besprochen, die sich aus einem Exposure auf den Philippinen (s. Fußnote) ergaben.

Gespräche hierzulande mit konventionellen und Bioproduzenten, -händlern, und -verarbeitern tropischer Früchte (u. a. mit dem Familienunternehmen Erbacher, Nestle-Deutschland, der Seeberger KG, REWE) folgten.

Es zeigte sich dabei Folgendes:

- „Bio“ ist nicht automatisch gleichzusetzen mit „Fair“; dies hängt sehr von der jeweiligen Unternehmensphilosophie ab.
- Eine ganze Reihe von großen Unternehmen und Händlern ist sich der Problematik um Sozialstandards durchaus bewusst.
- Hinzu kommen weitere Problemfelder: Herkunftskennzeichnung, das Qualitätsverständnis, Einhaltung und Überprüfung von Sozialstandards und Zertifizierungen sowie Wanderarbeit als globales Phänomen.
- Im Bereich Kaffee, Kakao und frischen Bananen sind zwar Verbesserungen festzustellen, bzw. eingeleitet worden. Verhaltenskodizes für Lieferanten werden jedoch nicht überall konsequent überprüft.
- Eine wichtige Triebfeder für die Bemühungen der Handelsunternehmen ist, dass ein steigender und relevanter Anteil von Konsumenten „gute Qualität mit gutem Gewissen“ kaufen möchte. Aus diesem Grund wird bei Unternehmen eine wachsende Sensibilisierung und Gesprächsbereitschaft festgestellt.

Demgegenüber sieht die Bundesregierung (BMELV) bislang – als Reaktion auf eine Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag³ – keinen Regelungsbedarf bzgl. der verbindlichen Einhaltung von Sozialstandards und z.B. einer verbindlichen Herkunftslandkennzeichnung für verarbeitete importierte Früchte. Auch bei Initiativen der EU zu mehr Verbrauchertransparenz spielt die Bundesregierung bisher eine eher bremsende Rolle. Das ist unverständlich, zumal das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und damals noch Verbraucherschutz (BMELV) sich umgekehrt für die Einrichtung eines freiwilligen ‚Regionalfensters‘ für deutsche Agrarprodukte stark gemacht hat.

² Die analytischen Erkenntnisse, Einschätzungen, ersten Ergebnisse und Erfahrungen aus zwei Exposure- und Dialog Programmen in Uganda (2011) und Philippinen (2012) wurden unter dem Titel „Süße Früchte – gut für alle?“ in der Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden (September 2012) publiziert.

³ Veröffentlicht als Bundestagsdrucksache 17/8936 im März 2012: Die Fragen, vorbereitet von der Task Force Trockenfrüchte, fokussierten auf die problematischen Arbeitsbedingungen auf Plantagen einschließlich Kinderarbeit, einseitig dominierte Handelsbeziehungen, Zertifizierungsaufwand insbesondere für Kleinbauern und fehlende Transparenz für Verbraucher. Die Anfrage wurde von der SPD Fraktion ins Parlament eingebracht und von der Bundesregierung zur Bearbeitung an das BMELV gegeben.

Die hier dokumentierte Fachkonferenz „Süße Früchte – gut für alle?“ im Vorfeld der Grünen Woche im Januar 2014 in der Katholischen Akademie Berlin ist als vorläufiger Schlusspunkt dieser vielschichtigen Debatte zu sehen. Gesprächspartner aus Nord und Süd, aus Unternehmen, Verbänden, Politik und Kirche sind hier aufeinandergetroffen, die sich vielleicht weiter und möglicherweise gemeinsam auf den Weg machen, Hunger und Armut mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln anzugehen.

1.2 An einem Tisch



*Prälat Dr. Karl Jüsten,
Kommissariat der deutschen Bischöfe,
Katholisches Büro Berlin*

Mit der Internationalen Fachtagung „Süße Früchte – gut für alle?“ hat die Deutsche Kommission Justitia et Pax ein sehr eindrucksvolles Beispiel gewählt, das Akteure offensichtlich über Kontinente und Organisationen hinweg verbindet: Süße Früchte wachsen in den Tropen und landen auf vielen Tischen hier in Deutschland. Die einen bauen diese Früchte an, andere bearbeiten sie, wieder andere handeln mit ihnen, regulieren Anbau und Handel oder beraten all die genannten Gruppen. Eines haben wir alle gemeinsam: Wir konsumieren Bananen, Ananas, Mangos und Orangen.

Die Qualität der tropischen Früchte lässt sich facettenreich beschreiben, über Geschmack, Frische, Inhaltsstoffe, Größe, Aussehen und den Preis. Zunehmend rückt als Gütekriterium auch die umweltbezogene Nachhaltigkeit der Produktion und der Weiterverarbeitung bis hin zur Vermarktung in den Blick. Der Handel von Bioahrungsmitteln aus dem globalen Süden nimmt zu.

Das hört sich gut an, ist es aber auch gut für alle?

Als entwicklungspolitische Akteure richten wir den Blick mehr auf die Bedingungen, unter denen die Früchte produziert und gehandelt werden, denn auf die innere oder äußere Qualität der Früchte. Es ist jedoch geboten, eine andere weitergehende Dimension der Qualität einzuführen, die nämlich die Verantwortung gegenüber Schöpfung, Natur und Lebewesen in den Vordergrund stellt. In den Mittelpunkt rücken somit diejenigen, die am Anfang der Wertschöpfungskette stehen, die kleinbäuerlichen Familien und die Landarbeiterinnen und Landarbeiter. Sie sind es, die die direkte Hege und Pflege der Vielfalt der Pflanzen, der Tiere, des Reichtums des Bodens, der Güte des Wassers und der Nährstoffe übernehmen.

Wenn diese Familien trotzdem hungern müssen, wenn sie mit ihrer Hände Arbeit nicht genügend Einkommen erzielen, wenn sie dadurch sogar die Liebe zur Landwirtschaft verlieren und später ihre Kinder aus dem ländlichen Raum abwandern, dann können und sollten uns die süßen Früchte eher bitter aufstoßen.

Es geht letztlich um ländliche Entwicklung durch Selbstorganisation, Wertschöpfungsketten und soziale Standards. Es geht darum, Agrarproduktion und Agrarhandel so zu gestalten, dass Hunger aufhört und Armutsbekämpfung gelingen kann.

Das Beispiel tropischer Früchte scheint am ehesten geeignet, die Zusammenhänge von Agrar-, Handels-, Beschäftigungs- und Verbraucherschutzpolitik aufzuzeigen. Denn tropische Früchte können eine mehr oder weniger lange Wertschöpfung erfahren. Sie werden frisch verzehrt und sie lassen sich in hochwertig verarbeiteten Konditoreiprodukten finden. Jedenfalls gelten sie als ein Nahrungsmittel mit bestem Image: gesund, natürlich und auch exotisch frisch.

So vielgestaltig sie sich also für die Konsumenten anbieten, so vielfältig können sie zur Einkommenserwirtschaftung entlang der Wertschöpfungskette beitragen. Die Frage, wie dieser Beitrag genau aussehen sollte, um größtmögliche Wirkung zu haben, kann nicht nur aus entwicklungspolitischer Sicht beantwortet werden, sondern muss auch aus handels- und agrarpolitischer sowie beschäftigungspolitischer Sicht Antworten bieten.

Wir wollen die politischen Stellschrauben identifizieren, damit die verschiedenen Politikfelder in kohärenter Weise zur Armutsbekämpfung und zum Erhalt der natürlichen Ressourcen beitragen. Justitia et Pax hat in den letzten Jahren den

Dialog gesucht und Gespräche mit verschiedenen Akteuren des Agrarsektors geführt, vor allem mit Partnerorganisationen aus dem ländlichen Raum im globalen Süden.

Mit Bauernorganisationen, kooperativen Unternehmen, Beratungseinrichtungen und Regierungsvertretern wollen wir über die Vorrangigkeit des menschenrechtlichen Ansatzes in der Agrar- und Handelspolitik diskutieren. Welche ethischen Prinzipien gelten in Handel und Produktion? Wo liegen die Chancen und Grenzen rechtlicher Rahmenbedingungen und Verbindlichkeiten? Wer hat die Macht, was durchzusetzen? Sind es die Unternehmen, die Verbraucher oder die Produzenten oder die Regierungen? Oder alle zusammen?

„Wir haben als Deutsche Kommission Justitia et Pax den Anspruch, Agrarproduktion und Agrarhandel so zu gestalten, dass Hunger und Armutsbekämpfung gelingen können. Am Beispiel tropischer Früchte schien es uns am ehesten möglich, die Zusammenhänge von Agrar-, Handels-, Beschäftigungs- und Verbraucherschutzpolitik aufzuzeigen.“

Justitia et Pax hat in den letzten Jahren den Dialog gesucht und Gespräche mit verschiedenen Akteuren des Agrarsektors geführt, vor allem mit Partnerorganisationen aus dem ländlichen Raum im globalen Süden. Aber in der vergangenen Legislaturperiode auch hier bei uns, mit unserer Bundesregierung, denn manche Probleme entstehen ja hier bei uns und nicht in den betroffenen Ländern.

Eine kleine Gruppe, die Task Force Tropenfrüchte, hat unter der Leitung von Thomas Gerhards das Konzept dieses Agrardialogs erstellt, hat zum Thema ‚Handel mit verarbeiteten tropischen Früchten‘ recherchiert, hat die Gespräche vorbereitet und durchgeführt und auch diese Tagung organisiert. Professor Wallacher von der Hochschule für Philosophie in München ist der Moderator des Sachbereichs Entwicklung von Justitia et Pax und als solcher der leitende Kopf dieses Dialogs.

Für Justitia et Pax ist diese Fachkonferenz nicht das Ende des Dialogs, im Gegenteil.“

Prälat Karl Jüsten

Welche Rolle haben die unterschiedlichen Akteure, die Produzenten, die Arbeiter, die Verarbeiter, Berater und die Konsumenten? Welche Aufgaben und Verantwortungen bezüglich eines fairen und nachhaltigen Handelns und Konsums können und müssen sie übernehmen?

Das sind dringende Fragen, auf die diese internationale Fachtagung möglicherweise in Ansätzen Antworten findet.

Die Resonanz auf diese Fachtagung zeigt uns, dass wir mit dem Thema ‚Ländliche Entwicklung durch Selbstorganisation, Wertschöpfungsketten und soziale Standards‘ einen wichtigen Zusammenhang der Armutsbekämpfung durch menschenwürdige Arbeit aufgreifen. Es zeigt auch, dass in den letzten Jahren das Bewusstsein für eben diesen Zusammenhang gestiegen ist.

Die Tagung kann natürlich die Spannung zwischen notwendiger Produktions- und Einkommenssteigerung für kleinbäuerliche Betriebe zur Erreichung von Ernährungssicherheit einerseits und hinreichendem Schutz der Menschenrechte andererseits nicht auflösen. Aber sie kann dazu beitragen, dass die kaufmännische Regel „Ein gutes Geschäft nütze allen Beteiligten“, einlösbar und greifbar wird. Für Justitia et Pax ist diese Fachkonferenz also nicht das Ende des Dialogs, im Gegenteil. Wir erweitern den Dialog, gehen auf weitere Akteure zu und werden auch künftig Plattformen für Gespräche schaffen.

Wir sind hier, um uns den Kopf zu zerbrechen, was wir dazu beitragen können, damit die mehr als zwei Milliarden Menschen, die weniger als zweieinhalb US-Dollar am Tag verdienen, zu einem menschenwürdigen Leben gelangen können.

Das ist unsere Verantwortung.

2. Sozialethische Prinzipien versus faktische Realität in Handel und Produktion



Oscar Andrés Kardinal Rodriguez Maradiaga, Caritas Internationalis (rechts im Bild) und Prof. DDr. Johannes Wallacher, Hochschule für Philosophie München (links), im Gespräch mit Anke Bruns, freie Journalistin, Köln (Mitte).

2.1. Menschenrechte auf Nahrung und Arbeit: Wie lassen sie sich vereinbaren?

Anke Bruns im Gespräch mit Oscar Kardinal Rodriguez aus Tegucigalpa, Honduras und Prof. DDr. Johannes Wallacher, München.

Bruns: Kardinal Rodriguez, was sind für Sie die wesentlichen sozialethischen Prinzipien, die beim Anbau und beim Handel mit Früchten eingehalten werden müssen?

Rodriguez: Mit der weltweiten Kampagne „One Human Family, Food For All“, die wir im Dezember 2013 mit Unterstützung durch Papst Franziskus gestartet haben, wollen wir auch unserer Überzeugung Ausdruck verleihen, dass ein entscheidender Schritt auf dem Weg, Nahrung für alle Menschen zu garantieren, darin besteht, dass die Regierungen das Recht auf Nahrung in ihrer nationalen Gesetzgebung verankern. Wir wollen den Hunger in der Welt bis 2015 beenden.

„Die süßesten Früchte fressen nur die großen Tiere, nur weil die Bäume hoch sind und diese Tiere groß sind. Die süßesten Früchte schmecken Dir und mir genauso, doch weil wir beide klein sind, erreichen wir sie nie. In Anlehnung an das bekannte Lied ist zu konstatieren:

Für die Kleinen und Schwachen bleibt oft nicht einmal Fallobst übrig.“

Oscar Kardinal Rodriguez in seiner Predigt zum Pontifikalamt am 18. Januar 2014 im Bonner Münster. Das Pontifikalamt war der Abschluss des „Don Bosco Forums 2014“.

Um diese Dinge tatsächlich umsetzen zu können, brauchen wir einen anderen neuen Blick auf die Landwirtschaft. Wir müssen das Thema Landwirtschaft als ein fundamentales Recht der Menschen sehen und in den Mittelpunkt rücken. Nahrung zu produzieren erschöpft sich nicht darin, Nahrung später kaufen zu können. Es ist ein zutiefst ethisches Anliegen und bedingt ein großes Umdenken in Bezug auf ethische Aspekte. Warum?

Ethische Ansätze, ethische Wünsche sind dem Menschen immanent: Es geht nicht darum, dass die Religion oder die Gesellschaft vorgeben, was ethische Prinzipien zu sein hätten, sondern jeder Mensch stellt sich die grundlegenden Fragen „Wer bin ich?“ und „Warum lebe ich?“ Ausgehend von dieser Perspektive halte ich es für das erste Menschenrecht, zu leben!

Wir leben in einer Zeit der Globalisierung, die oft damit verbunden ist, dass Menschen vom Recht auf Nahrung ausgeschlossen werden. Dabei ist das Recht auf Nahrung ein unteilbares und unmittelbares Recht nicht nur auf ausreichend Nahrung, sondern auch auf angemessene und qualitativ hochwertige Nahrung. Der Mensch hat das Recht, alles das bekommen zu können, was er braucht, um gesund und aktiv leben zu können. Er muss überhaupt auch erst Zugang zu angemessener Nahrung erhalten. Und die Mittel, dafür zu sorgen. Das geht nur über die Landwirtschaft.

Bruns: Herr Professor Wallacher, was bedeutet das Recht auf Arbeit für Sie? Wie ist das mit dem Recht auf Nahrung verknüpft?

Wallacher: Wenn ich eine menschenrechtliche Perspektive auf dieses Problemfeld nehme, und das – würde ich sagen – ist das elementare ethische Gerüst, dann habe ich die Unteilbarkeit von Recht auf Nahrung und Recht auf menschenwürdige Arbeit. Beides ist konkretisiert in diesem Aspekt, Zugang zu vorhandener Nahrung zu haben oder zu Mitteln, um sich diese Nahrung erwerben zu können. Und für beides ist natürlich die Arbeit elementar. Das heißt, in der Produktion wirklich *Arbeit*, nicht nur den *Einkommenserwerb* zu sichern. Das, was Menschen wichtig ist, ist in der Arbeit auch zu vollziehen. Arbeit ist nicht nur ein Mittel zum Zweck, um über Geld Nahrung bekommen zu können. Sondern Arbeit ist ein wesentlicher Bestandteil menschlichen Lebens! Ich denke, für die Arbeit haben die gleichen Voraussetzungen zu gelten wie für andere Aspekte eines menschenwürdigen Lebens. Das gilt für große Industriegesellschaften, wo Menschen einen großen Teil ihrer Arbeitszeit mit Arbeit verbringen, und damit berechtigterweise den Anspruch haben, dass das ein sinnvolles Tun sein soll. Das gilt aber auch ganz genau so für die Kleinbauern in der Subsistenzwirtschaft, damit sie mit ihrer Hände Arbeit unter menschenwürdigen Bedingungen genau dieses Ziel erreichen können.

Bruns: Herr Kardinal, wo sehen Sie im Bereich Produktion und Handel mit Früchten diese wesentlichen sozialetischen Prinzipien verletzt?

Rodriguez: Ich möchte mich hier auf die Vereinten Nationen beziehen und auf deren Komitee für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte. Danach ist das Recht auf adäquate Nahrung verwirklicht, wenn jeder Mann, jede Frau und jedes Kind, allein oder in Gesellschaft mit andern, den tatsächlichen und ökonomischen Zugang zu adäquater Nahrung hat bzw. zu Mitteln, um sie sich zu beschaffen. Das haben aber viele Menschen nicht.

Wie auch immer: Der erste notwendige Schritt ist, dass die Menschen physisch Zugang zu Nahrung erhalten. Und dann folgt der dauerhafte ökonomische Zugang, um sich Nahrung und Vorräte zu beschaffen. Die Vereinten Nationen sagen, dass das Recht auf Nahrung regelmäßig, dauerhaft und frei zu gewähren ist, entweder direkt oder indirekt über finanzielle Mittel. Das gilt sowohl für ausreichend Nahrung als auch für qualitativ angemessene Nahrung. Menschen haben auch Anspruch auf Nahrung, die ihren kulturellen Traditionen und Gepflogenheiten entspricht und ihnen ihre individuelle menschliche Integrität und Unversehrtheit ermöglicht, ein menschenwürdiges Leben frei von Angst um das tägliche Brot.

Bruns: Und Sie sagen, genau das wird im Fruchtanbau und in der Verarbeitung nicht eingehalten?

Rodriguez: Ganz sicher nicht! Ich will Ihnen ein Beispiel geben: Seit einigen Jahren gab es eine große Tendenz, Treibstoff aus Feldfrüchten, insbesondere Mais, zu gewinnen. Für Mexiko und ganz Zentralamerika ein großes Problem, denn auch die Nahrung basiert auf Mais. In der Kultur der Mayas entspricht derjenige, der keinen Mais kultiviert, nicht seiner Bestimmung als Mann oder Frau. Als aber die gesamte Industrie sich auf den Mais stürzte, stiegen die Preise und die Menschen hatten keine Möglichkeit mehr, Mais ihrem kulturellen Verständnis und ihrer kulturellen Tradition entsprechend zu kaufen.

Mais für die Produktion von billigem Treibstoff zu benutzen, halte ich für wirklich unfair, denn sehr viele Menschen wurden dadurch der richtigen Nahrung beraubt.

Bruns: Herr Wallacher, was sind für Sie die wesentlichen sozialetischen Prinzipien, die in der Fruchtproduktion und beim Anbau, beim Handel mit Früchten getreten werden?

Wallacher: Also wenn wir das vom Kardinal zitierte, konkretisierte Recht auf Nahrung noch einmal nehmen - „Zugang zu angemessener Ernährung oder Mittel zu deren Beschaffung“ - dann lautet die zentrale Forderung, dass Menschen die Befähigung erlangen, diesen Zugang auf Dauer zu schaffen.

Ich glaube, es sind drei wesentliche Aspekte:

- Das eine ist eben zunächst einmal das Subsistenzrecht, seine Grundbedürfnisse zu befriedigen.

- Dafür braucht man aber annähernd gleiche Chancen: Zugang zu Saatgut, Zugang zu Land, zu sicheren Landtiteln, Zugang zu Infrastruktur. Nur so sind die Produkte, die angebaut werden, auch entsprechend weiterzuverarbeiten und zu vermarkten.
- Der dritte Aspekt, der wechselseitig damit verbunden ist, sind faire Verfahren: Die Menschen brauchen Rechtssicherheit, Beteiligungsmöglichkeiten und in allen Bereichen echte Chancen. Überall haben wir evidente Verstöße gegen diese sozial-ethischen Gebote.

2.2 Markt und Macht – Anspruch, Erwartungen und Wirklichkeit

Sozialethische Prinzipien sind das eine. Doch das andere sind die Möglichkeiten, sie zu verwirklichen. Damit ist man unweigerlich in einer politischen Debatte um Markt und Macht: Wer hat angesichts sich noch verschärfender Probleme letztlich die Macht, sozialethische Prinzipien durchzusetzen? Wie ist der ‚Markt‘ involviert und welche Rolle spielen die Marktbeteiligten dabei?

Das Gespräch mit Kardinal Rodriguez und Professor Wallacher bei der Fachtagung in Berlin machte deutlich: Wer die Verhältnisse verbessern will, muss mit allen Beteiligten reden. Die Standpunkte:

Kardinal Rodriguez

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Es gibt das bekannte Lied: „Die süßesten Früchte fressen nur die großen Tiere, nur weil die Bäume hoch sind und diese Tiere groß sind. Die süßesten Früchte schmecken Dir und mir genauso, doch weil wir beide klein sind, erreichen wir sie nie.“ Es gibt zunehmend Menschen, die die Früchte nie erreichen. Und mehr noch: Für die Kleinen und Schwachen bleibt oft nicht einmal Fallobst übrig.

Wir selbst müssen uns kritisch fragen: Dürfen wir guten Gewissens zu jeder Jahreszeit die süßesten Früchte, natürlich aus rein biologischem Anbau, aus den entferntesten Ländern verspeisen, während den Menschen dort lediglich der bitterste Beigeschmack von Armut und Elend bleibt? Angesichts dessen müssten einem jeden diese süßen Früchte im Hals stecken bleiben.

Jesus fordert uns auf, uns aktiv für die Kleinen und Schwachen einzusetzen. Er hat sich nicht gescheut, Machtstrukturen anzuprangern. Das war, ist und wird dann immer auch eine Theologie zur Befreiung der Kleinen und Schwachen sein.



Über Macht zu sprechen, ist ebenfalls durchaus ein ethisches Problem. Viele Menschen sehen die Macht bei der Regierung angesiedelt, sie machen, was von oben vorgegeben ist. Das ist jedoch meist davon gesteuert, was für die Herrschenden profitabel ist. Mit anderen Worten: Sie wollen so schnell reich werden, wie es irgend geht.

Politik ist wie eine Industrie geworden, eine Industrie, die wenige Leute oder kleine Gruppen reich machen soll. Es geht denen nicht um das Wohl der Allgemeinheit. Das Wohl der Allgemeinheit ist jedoch eine der zentralen Prinzipien der kirchlichen sozialen Doktrin.

Ein Beispiel: Wir haben in den neunziger Jahren Fehlentwicklungen gehabt. In Zentralamerika ist – getrieben von den internationalen Finanzmärkten – ein Wandel von kleiner Landwirtschaft hin zu großer industrieller Landwirtschaft vonstatten gegangen. Große Konzerne haben Land von den Kleinbauern gekauft, um günstig Treibstoff aus Zuckerrohr oder Mais zu produzieren. Das war das Denken zu der Zeit. Doch die Kleinbauern wurden des Lands beraubt: Sie waren schließlich nicht nur ohne Land, sondern auch ohne Arbeit und ohne Nahrung. Und letzten Endes hat es nicht einmal funktioniert: Die Menschen haben weiter Treibstoff aus Erdöl gekauft, die Preise gingen in die Höhe – und das Land war nicht bewirtschaftet.

Es ist eine gute Frage, wer die Macht hat: die Politik, die Finanzinstitutionen? Ich glaube, es sind auch die Finanzinstitutionen nicht: Ihre Macht beruht auf anderen Faktoren, zuallererst und immer auf Geld. Im Bestreben Geld zu machen, zählt der Rest nicht.

Die FAO zum Beispiel, die Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen, produziert tolle Dokumente und sollte zur Verbesserung beitragen. Doch wenn ich mir eines der letzten Treffen in Rom vor Augen führe, dann sah das Treffen mit vielen Staatschefs so aus: Sie starteten mit einem üppigen Bankett und beendeten die Tagung mit einem großartigen Bankett. Aber das Ergebnis war ernüchternd. Es konnten nicht einmal 600 Mio. Dollar zur Verfügung gestellt werden, um den Hunger in der ganzen Welt zu lindern. Das ist bitter!

Viele wunderbare Meetings, große Diskussionen – aber was sind die Ergebnisse?

„Es geht um die Grundprinzipien einer menschengerechten und nachhaltigen Entwicklung. Auch bei der Nahrungsmittelproduktion und bei der Landwirtschaft gilt es, diese Prinzipien anzuwenden. Wenn wir die kleinbäuerliche Landwirtschaft anschauen, wissen wir, dass es grade die Kleinbauern sind, die zu drei Vierteln unterhalb der Armutsgrenze leben.

Für mich stellt sich die Frage, ob die kleinbäuerliche Landwirtschaft als das Ideal wirklich so absolut in den Vordergrund gestellt werden kann. Sollte man nicht auch mit gezielten Investitionen Entwicklungsanreize setzen, die kleinbäuerliche Betriebe alleine nicht leisten können?“

Anmerkung aus dem Publikum

Professor Wallacher

Wir versuchen nach wie vor, Verschiebepbahnhöfe zu konstruieren und Verantwortlichkeiten hin und her zu schieben. Die Staaten gegenüber den Unternehmen, die Unternehmen gegenüber den Kunden, und so weiter und so fort. Um die Probleme zu analysieren und gerade die Gemeinwohlperspektive in den Blick zu nehmen, muss man lernen und ganz konkret ausbuchstabieren, was das gängige ethische Prinzip der gemeinsamen differenzierten Verantwortung ist. Die Grundlage ist da: Das ist in vielen UN-Dokumenten, nicht nur in Bezug auf den Klimawandel, sondern auch im Hungerbereich dargelegt.

Es gibt den alten ethischen Grundsatz: „Das Sollen setzt das Können voraus.“ Das heißt, es gibt in diesem Geflecht welche, die haben mehr Einfluss, die haben mehr Handlungsspielräume und die haben mehr Macht.

Das sollten wir genau betrachten: Die Staaten haben lange versäumt, ländliche Räume nachhaltig zu entwickeln und Perspektiven aufzubauen durch entsprechende Investitionen in Infrastruktur. Das war gegen den Trend der internationalen Modernisierungstheorie, die im Grunde die ländlichen Räume als nicht entwicklungsfähig und nicht entwicklungsrelevant gesehen haben. Übrigens galt dieses Denken auch für viele Entwicklungsländer, begünstigt durch den Trend der internationalen Entwicklungspolitik.



Die Staaten haben meiner Ansicht nach massiv versagt, auch im internationalen Kontext. Und jetzt kommen die starken Akteure: transnationale Unternehmen, von Saatgutproduzenten bis zu den großen Konzernen im Vermarktungsbereich. Sie übernehmen eine wichtige Aufgabe. Sie haben eine wichtige Vermittlerrolle und relativ viel Einfluss. Auf der anderen Seite sind sie aber rückgebunden an das Konsumverhalten in ihren Ländern.

Die Komplexität der Probleme steigt also in einem ungeheuer starken Maß, das macht es nicht einfacher. Ich denke, man muss möglichst viele Akteure an einen Tisch holen. Auch die Debatte um alternative Wirtschaftsmodelle muss man realistisch führen: Meiner Meinung nach ist die Pluralität das Wichtigste.

Wenn wir das alles mit in den Blick nehmen, lässt sich aufzeigen, dass es unter bestimmten Bedingungen durchaus auch in gängigen Wirtschaftsmodellen Möglichkeiten gibt, dieses Geflecht anzugehen. Daneben haben sicher auch alternative Modelle, wie Genossenschaftsmodelle, ihre Bedeutung.

„Macht liegt da, wo das Geld ist. Und ich sehe große Macht bei den Kundinnen und Kunden. Weil die darüber bestimmen, was gekauft wird, und auch auf die Preisgestaltung Einfluss nehmen. Und solange Geiz geil ist und jeder für einen Euro exotische Früchte kaufen will, wird sich da nichts dran ändern.“

Anmerkung aus dem Publikum

2.3 Mensch im Mittelpunkt? Chancen und Herausforderungen mit Blick auf Kleinbauern und Wanderarbeiter

Mit dem Fokus auf die Menschen lässt sich feststellen, dass sich in den vergangenen 20 Jahren offenbar kaum etwas an den Verhältnissen geändert, geschweige denn verbessert hat. Vielmehr sind die Herausforderungen und Probleme sogar noch gewachsen, wie sich im Laufe des sozioethischen Gesprächs zwischen Kardinal Rodriguez und Professor Wallacher zeigte. Da sind vor allem die Stichworte Klimawandel, Flächenkonkurrenz, Globalisierung zu nennen.

Professor Wallacher nannte es eine fundamentale Verletzung der Chancen, die der Klimawandel für die Anbauproduzenten mit sich bringe. Dafür seien die meisten der Betroffenen in keiner Weise verantwortlich, sie litten jedoch unter der Verschärfung der extremen Anbaubedingungen. Unsicherheit und Volatilität auf den Märkten sowie extreme individuelle Verwundbarkeit seien die Folgen. Und das werde nicht durch entsprechend faire Verfahren aufgefangen.

Die Herausforderungen, Probleme, Gerechtigkeitsfragen sind demnach immens gewachsen. Vor 20 Jahren wurde noch nicht die Frage der veränderten klimatischen Bedingungen diskutiert. Vor 20 Jahren gab es noch nicht die große Frage der Konkurrenz von Nahrungsmittelproduktion und Anbau von nachwachsenden Energierohstoffen im Flächenanbau. Vor 20 Jahren wurden noch nicht diese riesigen Nachfragebewegungen nach Land als knappem Produktionsfaktor verzeichnet.

Gleichzeitig ist aber ansatzweise ein Bewusstsein dafür entstanden, dass wir noch viel stärker zusammenwachsen müssen. Ausgehend von der ökonomischen Grundtheorie von Adam Smith, nach der die Arbeitsteilung als Quelle des Wohlstandes angesehen wird, zeigt sich umgekehrt durch die Globalisierung auch, dass sie die Menschheit in einem Maße voneinander abhängig macht, wie sie es noch nie zuvor war.

Eine der großen Herausforderungen ist, diese Interdependenzen nach Gerechtigkeitskriterien, nach Fairnesskriterien zu gestalten: Auch Handelsbeziehungen müssen, ganz rudimentär und auf internationale Weise, bestimmten Fairnesskriterien gerecht werden.

So gilt es, den Fokus zu verlagern: Es geht nicht um die definierten Gurkenlängen, die vielleicht Anliegen des Handels oder Anliegen der Konsumenten hier im Norden sind. Sondern es geht um die Frage der Gerechtigkeit und der Armut- und Hungerbekämpfung.

In der Nachhaltigkeitsdebatte geht es auch um die große Frage, wie sich die Resilienz, die Widerstandsfähigkeit von natürlichen Systemen, positiv nutzen lässt, zum Beispiel für die Anpassung an den Klimawandel. Die Anpassung an den Klimawandel erfordert in natürlichen Systemen den Anbau von Fruchtwechseln; verschiedene Anbauformen fördern Biodiversität, Monokulturen können das nicht. Das birgt auch eine Chance für die Kleinbauern.

Dieses Prinzip der Resilienz, diese Widerstandsfähigkeit lässt sich auch auf soziale Systeme anwenden: Das meint: Es gibt nicht die eine Form der Bewirtschaftung, also nicht nur industrielle Agrarproduktion. Es gibt, vielleicht provokativ, als Gegenmodell auch nicht nur kleinbäuerliche Landwirtschaft. Es ist im Gegenteil eine Form von Diversität, eine Form von Pluralismus in einer Koexistenz erforderlich, die nur zusammenwirkend die Widerstandsfähigkeit tatsächlich stärken kann. Und gleichzeitig eine Form der Absicherung, wenn nicht nur große Unternehmen, sondern auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen gefördert werden. Das macht komplexe Systeme weniger anfällig.

Kardinal Rodriguez unterstrich diese Ausführungen: Seiner Ansicht nach fehlt jedoch vielfach der politische Wille, zum Beispiel dem Klimawandel wirksam zu begegnen. Es geht demnach auch nicht nur isoliert um den Klimawandel, sondern um Gerechtigkeit für die Welt, Gerechtigkeit für die Schöpfung.

Wir achteten die Schöpfung nicht als etwas, das auf Menschlichkeit beruhe, sondern vielmehr als insbesondere von großer Macht abhängig, sorgte sich Kardinal Rodriguez.

Die Konsequenzen würden viel zu wenig beachtet, sagte er. Insbesondere wenn von Armut und von der Reduzierung der Armut die Rede sei, sagten die bloßen Zahlen nichts aus. Es sei nicht richtig, dass Armut sich automatisch verringere, wenn die Wirtschaft floriere und die großen Zahlen okay seien. Armut sei keine Angelegenheit von Zahlen, sondern es gehe um die einzelnen Menschen ganz konkret, um jedes einzelne Gesicht.

Zum Beispiel um die besondere Situation der Wanderarbeiter in diesem komplizierten Geflecht, die noch mehr als andere ohne Schutz, ohne Rechte sind.

Ein großes Problem wird am Beispiel Honduras offenbar: Das Land exportiert seine junge Generation, gut ausgebildete junge Leute mit Universitätsabschluss. Sie haben keine Chance auf Arbeit und versuchen ihr Heil – oft illegal – in den USA, wo sie jede Arbeit annehmen, die sie kriegen können, oft ist das Arbeit auf den Feldern. Weil sie ihre Dokumente nicht in Ordnung haben, sind sie ausgeliefert. Sie werden nicht richtig und

angemessen bezahlt. Oft wird ihnen der Pass abgenommen und sie dürfen nicht woanders hin gehen.

Zu den rechtlichen Problemen kommen ganz konkret individuelle Probleme, weil die Wanderarbeiter unter dem ungewohnt kalten Klima im Norden Amerikas leiden und es auch große kulturelle Unterschiede gibt. Was kann man tun? Wir haben über *Justitia et Pax* versucht, eine Reform der Einwanderungsgesetze in den Vereinigten Staaten anzustoßen. Das Beispiel Kanada zeigt, dass es auch anders geht: Angeworbene Arbeiter erhalten für eine bestimmte Zeit einen legalen Status.

2.4 Die Forderung nach gerechter Teilhabe im kirchlichen und wissenschaftlichen Kontext

Welche Rolle spielen Kirche und Wissenschaft in der Debatte um eine Reduzierung der Armut? Wie können sie wirksam Einfluss auf die Akteure nehmen?

Professor Wallacher skizzierte die unterschiedlichen Ansätze:

- Kirche müsse die Stimme derjenigen sein, die rechtlos seien oder deren Rechte fundamental verletzt würden, z. B. von Wanderarbeitern. In der Frage von Armutsmigration müsse es gesellschaftliche Akteure geben, die Partei ergreifen und Interessensvertretung sind für diejenigen, die machtlos sind, die keine fairen Verfahren und keine würdigen Handlungschancen haben.
- Wissenschaft habe die Aufgabe, zu analysieren, die Komplexität aufzulösen und dann Optionen für mögliche Lösungen zu erarbeiten. Wissenschaft könne nicht selbst Problemlösungen entwickeln und der Politik vorgeben. Sie müsse aber verschiedene Szenarien entwickeln und Optionen anbieten. Wissenschaft müsse auch stärker als bisher wieder den Mut haben, die normativen Prämissen ihrer Analysen offenzulegen. Was sind die ethischen Entscheidungskriterien, auf denen die Analyse beruht? Welches Konzept von Entwicklung liegt dem zugrunde? Ist es ein umfassendes Entwicklungsmodell, das die Menschenrechte in ihren verschiedenen Dimensionen wahrnimmt?

Professor Wallacher meinte, die Wissenschaft habe mit einem falschen Wissenschaftsverständnis lange und massiv versucht, umsetzbare Lösungen zu präsentieren. Meist ausgerichtet an den Naturwissenschaften, die auf einem definierten reduktionistischen Analysemodell basieren mit einem sehr verengten Menschenbild. In der Ökonomie führte das zu dem fehlverstandenen Modell von Entwicklung durch Handel.

Jüngst haben Wissenschaftler diese Denkweise umgekehrt: Nicht die wirtschaftliche Entwicklung steht im Vordergrund (und wenn der Wohlstand generiert ist, dann wird automatisch die Nachfrage nach Sozialstandards irgendwie steigen), sondern es ist

empirisch nachzuweisen, dass soziale und wirtschaftliche Entwicklung gleichrangig sind. Wirtschaftliche Entwicklung setzt notwendigerweise auch soziale Entwicklung voraus, um breitenwirksam zu sein. Wissenschaft sollte, vielleicht in Kombination mit der Kirche, normative und ethische Prämissen, die mit wissenschaftlichen Empfehlungen verbunden sind, auch klar benennen.

Kardinal Rodriguez beschrieb die Arbeit der Caritas, die von der Welt als eine große menschliche Familie ausgeht, deren Mitglieder in Liebe, Solidarität und Mitgefühl verbunden sind. Deren bisheriger Weg gehe in die richtige Richtung und werde beibehalten.

- Caritas arbeitet in der Bereitstellung von Nahrung und von direkter Hilfe in Krisenzeiten wie z. B. bei Erdbeben oder einem Tsunami (Notfallhilfe).
- In einem zweiten wichtigen Bereich unterstützt Caritas langfristige Programme für kleinbäuerliche Landwirtschaft: Nutztviehhaltung, Infrastruktur, Agroforestry (kombinierte Land- und Waldwirtschaft) und Wiederaufforstung sind wichtige Projekte.

Caritas ist Anwalt der Armen. Caritas fördert bürgerschaftliche Teilhabe. Caritas kümmert sich um soziale und ökonomische Angelegenheiten – Zugang zu Märkten, Zugang zu Nahrung, Zugang zu Wasser und Zugang zu öffentlicher Entsorgung. Für all die, die ungeschützt und gefährdet sind.

Und in Bezug auf den Handel meinte Kardinal Rodriguez, er sei skeptisch ob der Rolle der Welthandelsorganisation WTO. Es gebe eine Runde nach der anderen, aber keine konkreten Ergebnisse.

Die Agrarprodukte hätten dauerhaft zu niedrige Preise, viele Regierungen subventionierten die Produktion, so dass arme Länder im Wettbewerb den Kürzeren zögen. Solcherart Handelshemmnisse würden für politische Interessen benutzt. Ein Hauptaugenmerk sei deshalb darauf zu richten, wie ein fairer Handel immer mehr gefördert werden könne.

3. Gesetzlicher Rahmen oder privatwirtschaftliche Verpflichtung?

In einem zweiten Podium: „Freiwilligkeit und rechtliche Verbindlichkeit – wer hat die Macht, was durchzusetzen?“ diskutierten in Berlin:

Sue Longley, Internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL), Genf

Dr. Leonard Mizzi, Europäische Kommission - DG Agrar, Brüssel

Dr. Josef Lüneburg-Wolthaus, REWE-Group, Köln

Teresa Cura-Pono, OURFood & Cebu Chamber of Commerce, Philippinen

Produktqualität und Produktionsqualität sind zwei wichtige Aspekte in der Erzeugung von tropischen Früchten, die Hand in Hand gehen sollten, das aber längst nicht tun. Fest steht: Wir brauchen Umweltstandards, wir brauchen Gesundheitsstandards beim Handel und Standards in der Produktion von Früchten. Andererseits brauchen wir auch Veränderungen bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen, die in der Fruchtindustrie von der Produktion bis zum Handel arbeiten. Wie geht das zusammen und wer sind die Handelnden? Welche Rahmenbedingungen müssen formuliert, umgesetzt und kontrolliert werden? Und von wem?

3.1 Wer sind die Akteure?

Die handelnden Akteure sind nicht einfach auszumachen, wenn es um Standards geht, Standards für die Produktqualität ebenso wie für die Produktionsbedingungen. Sind es die Handelsunternehmen, sind es die nationalen Regierungen, ist es die Europäische Union? Und welche Rolle spielen die Bauern und Landarbeiter in diesem Konzert?

Dr. Leonhard Mizzi stellte fest, dass gerade Standards eines der umstrittensten Themen beim Handel mit Agrarprodukten ist. Danach vergrößern immer mehr unterschiedliche Standards die Komplexität im System und überfordern die Agrargesellschaften in Afrika, Asien oder Lateinamerika. Es ist für einen Kleinbauern in Uganda kaum zu übersehen, welche Anforderungen sinnvoll sind. Soll er sich für einen Standard entscheiden, soll er sich um drei, vier oder fünf Standards kümmern?

“One of the big problems is food waste and losses. And this is a BIG challenge, which, I think, also the Pope mentioned recently, on the need to tackle food waste and losses. Before we speak about standards setting, about rules-based approaches, we need to get the basics right.”

Dr. Leonhard Mizzi

Immer wenn von Standards die Rede ist, gehe es auch um gesetzliche (Rahmen-)Bedingungen und die Rolle der Regierungen. Tatsache sei, dass der Handel mit Agrargütern globaler geworden ist, so Mizzi (Foto).

Der EU-Vertreter weiter: Hinzu kommt offenbar, dass Unternehmen wie Tesco oder Metro klare eigendefinierte Standards setzen. „Da kann niemand mehr sagen, er gebe nichts darauf.“

Die Standards existierten bereits. Sie würden durch die Spielregeln des Marktes und der Produktkette bestimmt. Der Konsument diktiert heutzutage, was nachgefragt wird. Konsumenten wünschen das ganze Jahr Mangos oder Ananas – nach definierten Standards und in gesicherter Qualität.



Wenn Verarbeiter und Händler diese Standards garantieren wollen, hat das einen durchschlagenden Effekt auf die Erzeuger. Zwar ist es möglich, ethischer, fairer und mit sozialem Anspruch zu produzieren, aber das muss sich durch die gesamte Wertschöpfungskette ziehen. Das ist nicht einfach, wenn man keine Macht in der Wertschöpfungskette hat, so der EU-Experte. Es gehe um einen Machtkampf: Das gilt besonders auf Seiten der Farmer. Soziale Gerechtigkeit gebe es nicht, wenn keine Marktmacht vorhanden sei. Farmer, insbesondere Kleinbauern, wiederum könnten keine Marktmacht haben, wenn sie nicht die richtigen Rahmenbedingungen erhalten. Das sei Vorbedingung.

Es gibt aber seiner Aussage zufolge eine Reihe von grundsätzlichen Bedingungen, die nicht erfüllt sind: die Infrastruktur auf dem Land und die immensen Ernteverluste zum Beispiel – die Hälfte der hochwertigen Früchte erreicht nicht einmal den Hafen.

Kaum jemand spreche von den Nahrungsmittelverlusten. Das seien eines der größten Probleme und eine riesengroße Herausforderung.

Leonhard Mizzis dringender Apell: Wir brauchen eine gute Infrastruktur! Wir brauchen auch eine gute Interessenvertretung der Farmer, um den Bauern eine Stimme zu geben. Wir brauchen den Gender-Ansatz und müssen auch den Frauen mehr Rechte geben!

Sue Longley (Foto S. 25) ergänzte diesen Aspekt und meinte, auch wenn sie die Rolle der Kleinbauern in Sachen Welternährung absolut genauso wertvoll schätze, sei es nicht ausreichend, den Fokus nur auf sie zu richten.

“What they need is different from what small farmers need. They need application of national laws, relating to their right to organize in particular, and for agricultural workers that is the right, a fundamental right, that is most often denied. [...] Agricultural workers need to be addressed within that framework of industrial relations in national and international law. That’s crucial. [...] They can probably find work on plantations, but they really often don’t understand industrial relations, they don’t understand trade unions, when the employer says: We have a union and we are checked by them. Yet workers don’t really have their right to exercise, to join the trade union, and to bargain. We need to look specifically in the context of fruit also at plantation workers and how the law to ensure their rights is applied.”

Sue Longley



Gerade in der Diskussion um exotische Früchte müsse man von den Plantagenarbeitern reden, zum Beispiel von denen, die Bananen vor allem für Europa und die USA beschaffen.

Was sie benötigten, sei sehr unterschiedlich von den Erfordernissen der Kleinbauern: Sie benötigten dringend die Anwendung nationalen Rechts, insbesondere sich zu organisieren und sich mit den Arbeitgebern an einen Tisch zu setzen, um die Bedingungen auszuhandeln. Es gebe ein großes Ungleichgewicht bzw. Machtgefälle in ländlichen Regionen zwischen den Landeignern und den Arbeitern. Ihr Recht sich zu organisieren, werde oft missachtet.

Es sei ein großes Problem der freiwilligen Standards, dass sie einerseits das Recht anerkennen, sich frei zusammenschließen, dieses Recht andererseits in der Realität aber überhaupt nicht umgesetzt werde.

Das konnte *Teresa Cura-Pono* auch für die Philippinen nur bestätigen: Das Recht sich zu organisieren existiere zwar, aber die Landarbeiter müssten viel mehr über ihre Rechte wissen. Eher als auf die Small Scale Farmer müsste sich der Blick auf die Landarbeiter auf den großen Fruchtfarmen richten, die zum Beispiel die Ernteverluste in Gestalt von niedrigeren Löhnen an die Arbeiter weitergeben.

Da sah *Dr. Josef Lüneburg-Wolthaus* (REWE Group) auch die EU in der Pflicht, sich das Thema Arbeitsbedingungen insgesamt mehr anzuschauen: „Ich glaube, die EU kann für die europäischen Länder natürlich Vorgaben machen. Wir müssen gar nicht erst nach Übersee gehen: Wir haben auch in Europa – Stichwort: Saisonarbeiter – katastrophale Arbeitsbedingungen. Wenn ich mitbekomme, dass in Deutschland auf Messen Software beworben wird, mit der man auch schon Lohndumping automatisieren kann, ohne dass es auffällt, dann weiß ich, dass hier sehr, sehr viel im Argen ist. Wir haben nicht so sehr auf der Gesetzesebene Defizite, sondern in der Umsetzung.“

„Die derzeitigen Standards auf einem hohen Niveau sind etabliert worden nach der BSE-Krise, vor allen Dingen zum Thema Produktsicherheit. Das ist der ganze Kern. Natürlich tun sich kleine Unternehmen, weil viele Sachen eben auch

Investitionen erfordern, schwerer damit als große Unternehmen.

Wir haben Gespräche mit vielen großen Unternehmen, die international tätig sind, die wissen: Wenn ich zumindest in den USA und Europa Geschäfte machen will, muss ich langsam sehen, dass ich die Einhaltung der Sozialstandards innerhalb meiner Lieferkette dokumentieren kann. Das fällt denen leichter als Kleinunternehmen, weil es mit administrativem Aufwand verbunden ist.

Das wird, wenn man es negativ formuliert, marktberreinigende Wirkung haben. Es werden sicherlich auch schwarze Schafe aussortiert werden, aber man muss ganz einfach sehen: wenn ich im internationalen Handel mit Warenströmen zu tun habe: Unterhalb einer gewissen Größe bin ich nicht konkurrenzfähig.“

Dr. Josef Lüneburg-Wolthaus

3.2 Im Dschungel der Standards

- Unstrittig war bei der Diskussion, dass der internationale Handel mit tropischen Früchten gewisser Standards bedarf, wobei es grundsätzlich um sehr unterschiedliche Standards geht:
- Qualitätsstandards, die der Produktqualität und dem Gesundheitsschutz dienen. Standards, die dem Verbraucher über ein Label eine definierte Produktqualität signalisieren bzw. garantieren. Der Verbraucher will und soll auf dieses Label vertrauen können.
- Soziale Standards, die allein oder zusätzlich zu den Produktstandards die Lebens- und Arbeitsbedingungen, sowohl für Kleinbauern als auch für Landarbeiter dokumentieren. Stichworte: Faire Preise, faire Löhne.
- Standards, die privatwirtschaftlich gesetzt, zertifiziert und kontrolliert werden.
- Standards, denen gesetzliche Regelungen zugrunde liegen.

Die immerwährende Frage ist, welche Rolle Standards spielen: Sie sichern die Qualität und auch bestimmte Produktionsbedingungen. Sie dienen auf dem internationalen Markt der Abgrenzung und Profilierung der Produkte und sichern Erzeugern, Verarbeitern und Händlern so u.U. einen Wettbewerbsvorteil. Sie können damit gleichzeitig Chance wie Hindernis für die Entwicklung von Bauern sein. Wenn Agrarproduzenten Qualitätsstandards schaffen, ist ein solches Siegel eine Auszeichnung und möglicherweise Alleinstellungsmerkmal; bessere Preise fördern die einzelbetriebliche Entwicklung. Gleichzeitig können (zu) hohe Standards (ob in Sachen Produktqualität oder in sozialer Hinsicht) auch als nicht tarifäre Handelshemmnisse Agrarproduzenten von vornherein vom internationalen Markt ausschließen und so zu einem unüberwindlichen Hindernis für die weitere Entwicklung der Erzeuger werden.



Teresa Cura-Pono beschrieb, dass auf den Philippinen Standards für die lokalen Märkte bislang kaum eine Relevanz hätten. Standards seien auf dem dortigen Markt nicht nachgefragt. Internationale Standards wie Global GAP oder Fairtrade oder andere organische bzw. Bio-Standards würden meist von den Handelsunternehmen gefordert, die in den internationalen Markt lieferten. Die lokalen Märkte hätten bislang kein Bewusstsein für die Notwendigkeit von Standards. Das müsste sich jedoch ändern, auch für die lokalen und nationalen Märkte.

Sue Longley merkte aus Sicht der IUL an, dass es viele freiwillige Standards gebe, deren Wert es zu prüfen gilt. Sie beklagte eine große Kluft zwischen dem Nutzen, den die zahlreichen und unübersichtlich werdenden Label dem Verbraucher im Super-

„Agriculture remains one of the most difficult sectors for workers in terms of application of their rights.“

Sue Longley

markt versprechen, und dem, was wirklich existiert und was die Verbraucher nicht sehen bzw. teilweise nicht wissen können oder wollen: schlechte Arbeitsbedingungen, niedrigste Löhne, zunehmend prekäre Arbeit, schlechte Gesundheit und Arbeitssicherheit.

Denis Kabiito (Caritas Kasanaensis Luweero, Uganda) prangerte als Teilnehmer aus dem Publikum die Ausuferung der Standards an, die die Small Scale Farmers, die zugleich Kleinbauern und Landarbeiter sind, in Verwirrung stürzten. Es beginne beispielsweise bei einem afrikanischen Farmer bereits damit, dass er von außen aufgefordert werde, sich für die konventionelle oder biologische Wirtschaftsweise zu entscheiden. Nationale Gesetze gebe es in der Regel nicht. In diese Lücke stießen einerseits multinationale Unternehmen (die konventionell erzeugte Agrargüter nachfragen) und andererseits z. B. die Kirchen (die den Bio-Anbau und organische Standards propagierten). Es sei ein sozialer Dialog aller vonnöten, der den Betroffenen Hilfestellung bei der Beurteilung der unterschiedlichen Labels (Fairtrade, Global GAP, Organic, ISO etc.) gebe und praktikable Lösungen anböten. Es sei nicht klar, wie die unterschiedlichen Stakeholder (multinationale Unternehmen, Regierungen und Kleinbauern) an einen Tisch zu bringen seien, doch die Notwendigkeit sei evident. Allein: Das Wichtigste sei der politische Wille. Weil solcherart Rahmenbedingungen fehlten, könnten alle Unternehmen jedenfalls im afrikanischen Kontext ihre eigenen Standards jedweder Ausprägung etablieren.

Josef Lüneburg-Wolthaus (Foto S. 28) berichtete von der REWE Group, dass als restriktivster Standard der SA8000⁴-Standard gilt, weil er sehr umfangreich prüft und unter anderem auch unabhängige Interviews mit den Arbeitnehmern vorsieht, ohne dass der Arbeitgeber Einfluss nehmen kann. Es gebe bei seinem Unternehmen einige Erzeuger, die inzwischen diesen Standard etabliert hätten.

Er sagte: „Wir setzen aber nicht nur auf diesen einen, weil ich weiß, dass ich noch nicht überall, in allen Lieferketten, auf diesen Standard setzen kann. So weit sind noch nicht alle.“

„Die derzeitigen Standards auf einem hohen Niveau sind etabliert worden nach der BSE-Krise, vor allen Dingen zum Thema Produktsicherheit. Das ist der ganze Kern. Natürlich tun sich kleine Unternehmen, weil viele Sachen eben auch Investitionen erfordern, schwerer damit als große Unternehmen.“

Wir haben Gespräche mit vielen großen Unternehmen, die international tätig sind, die wissen: Wenn ich zumindest in den USA und Europa Geschäfte machen will, muss ich langsam sehen, dass ich die Einhaltung der Sozialstandards innerhalb meiner Lieferkette dokumentieren kann. Das fällt denen leichter als Kleinunternehmen, weil es mit administrativem Aufwand verbunden ist.

Das wird, wenn man es negativ formuliert, marktberinigende Wirkung haben. Es werden sicherlich auch schwarze Schafe aussortiert werden, aber man muss ganz einfach sehen: Wenn ich im internationalen Handel mit Warenströmen zu tun habe - unterhalb einer gewissen Größe bin ich nicht konkurrenzfähig.“

Dr. Josef Lüneburg-Wolthaus

⁴ SA 8000 = internationaler Standard mit dem Ziel, Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern (Angestellte, Arbeiter, aber auch Leiharbeiter) zu verbessern, ins Leben gerufen von der Social Accountability International (SAI); <http://www.sa-intl.org/index.cfm?fuseaction=Page.ViewPage&PageID=937>



Wir haben viele Marktsektoren, in denen man erstmal schrittweise vorgehen muss. Interessanterweise gibt es, was das Thema Implementierung von Sozialstandards angeht, in Deutschland die größten Schwierigkeiten auf der Erzeugerseite. Und ganz besonders großen Widerstand findet man interessanterweise im Biosektor. Vielleicht glaubt man, dass man da per se schon mal zu den Guten gehört und deswegen das nicht für nötig hält.⁵

3.3 Möglichkeiten und Grenzen gesetzlicher Regelungen

Sowohl Teresa Cura-Pono als auch Sue Longley sprachen sich für stärkere gesetzliche Standards und Rahmenbedingungen aus. Selbst Josef Lüneburg-Wolthaus sah gesetzliche Standards als notwendig an, auch wenn es vorrangig darum gehe, die vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen. Einzig Leonhard Mizzi blieb u. a. ob des dadurch zunehmenden Bürokratismus verhalten. Ein Auszug aus den Meinungen:

Lüneburg-Wolthaus

Wir werden immer mit gesetzlichen Standards leben. Gesetzliche Standards haben einen großen Vorteil: Sie sind wettbewerbsneutral. Insofern sind die Standards selbst sicherlich nicht das eigentliche Problem. Das eigentliche Problem ist die Durchsetzung.

⁵ Anmerkung der Redaktion: Möglicherweise spielen hier aber auch die Erzeugerpreise die entscheidende Rolle: Die vielfach kleinstrukturierte Bio-Erzeugung hierzulande braucht mehr Arbeitskräfte (auch Saisonkräfte), unterliegt aber genau wie die anderen Marktteilnehmer einem hohen Kosten- und Preisdruck und erzielt oft nicht ausreichend hohe kostendeckende Preise. Bioware (z. B. Möhren, die eigentlich ein typisches Produkt für den inländischen Anbau sind) wird zum Großteil importiert. Auch bei Bio schaut der Verbraucher nach dem Preis. Für den großen Preisdruck der LEH-Wettbewerber (auch im Bio- oder Fairtrade-Segment) hierzulande mag auch die hohe Dichte der Supermärkte eine wichtige Rolle spielen. Ein Geschäft (Supermärkte, Discounter etc.) versorgt in Deutschland nur 1.650 Bürger. Das hält die Lebensmittelpreise so niedrig wie sonst nirgends im internationalen Vergleich: In Deutschland wenden Verbraucher laut Angaben des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) nur ca. 9 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel auf. In den Entwicklungsländern sind es bis zu 70 Prozent. Hinzu kommt, dass die steigende Tendenz des deutschen LEH zu Eigenmarken die Erzeuger extrem unter (Preis-)Druck setzt, da der Handel alle Bauern damit im Hintergrund – auch mit dem Verweis auf zu erfüllende Standards – austauschbar macht. Aber nicht nur Biobauern, so die Erfahrung von Global-GAP, tun sich mit der Zertifizierung von Sozialstandards (hier: GRASP) derzeit schwer, sondern auch konventionelle deutsche Produzenten. Sie leisten Widerstand gegen die vom Handel gewünschte Soziale Zertifizierung, weil sie so Lohnbücher u.v.m. offen legen müssten. Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in Deutschland ist in der landwirtschaftlichen Branche auf große Skepsis gestoßen, da befürchtet wird, dass die Landwirtschaft hierzulande an Konkurrenzkraft verliert und inländische Lebensmittel dementsprechend teurer werden, so dass Handelshäuser noch mehr als bisher schon auf Importware zurückgreifen. Folge wäre möglicherweise ein virtuelles Landgrabbing; denn es wären zwar hier alle Voraussetzungen für eine landwirtschaftliche Produktion gegeben, sie könnte aber nicht ausreichend stattfinden, weil billigere Lebensmittel importiert würden.

Wenn ich beispielsweise in Mittelamerika gesetzliche Mindestlöhne und gesetzliche Arbeitszeiten habe – wir haben das Thema illegale Arbeitsverhältnisse angesprochen – wenn das staatlicherseits dort vor Ort nicht sinnvoll kontrolliert wird, dann helfen die ganzen gesetzlichen Standards nichts.

Wir würden uns beispielsweise von der Europäischen Kommission wünschen, dass allein die gesetzlichen Standards besser umgesetzt und kontrolliert würden.

Sue Longley

Wir reden hier nicht über hohe Standards, wir reden über grundlegende Menschenrechte der arbeitenden Menschen im Fruchtsektor. Hier gelten die Kernarbeitsnormen der ILO, der Internationalen Arbeitsorganisation, die in internationales Recht übertragen werden müssen. Ich bin der Meinung, die Regierungen haben die Pflicht, das nationale Recht dahingehend zu verändern. Der Blick darauf zeigt, dass es ein Prozess ist. Denn die ILO-Standards werden nur in Verbindung von Regierungen, Arbeitgebern *und* Arbeitern verhandelt, was dann letztlich in Gesetze einfließt.

Das große Problem des Agrarsektors ist die mangelnde Durchsetzung. Es gibt viel zu wenige Möglichkeiten, die Arbeitsbedingungen zu kontrollieren. Das beginnt schon damit, dass die Kontrolleure vielleicht kein Benzin haben, um ihre Autos zu tanken und zu den Feldern zu gelangen.

Es geht viel Geld in Audits, in die Entwicklung von Verhaltenskodizes und in Berichte darüber. Sinnvoller wäre vielleicht eine Umschichtung in den Ausbau der Kontrollen. Es ist unverständlich, dass die Kontrollen immer weniger und gleichzeitig die privaten Standards immer mehr werden.

Im Falle der Europäischen Union haben wir sogar einen der besten sozialen Dialoge, der institutioneller Teil der EU, der Gewerkschaften, der Regierungen und der Arbeitgeberorganisationen ist. Im Hinblick auf die tropischen Früchte könnte die EU auf die Regierungen einwirken, dass sie ihre Kapazitäten für die Durchsetzung, für Inspektionen erweitern. Und auf der anderen Seite müssten die Kleinbauern in die Lage versetzt werden, durch Bündelung ihrer Interessen an der Debatte teilnehmen zu können. Im Moment herrscht Ungleichheit auf den beiden Seiten.

Leonhard Mizzi

Wenn ich vorsichtig bin, meine ich nicht Standards als solche, sondern die rasche Zunahme der Handelsstandards, soziale ebenso wie Umweltstandards. Wenn wir Handelsabkommen mit Drittländern verhandeln, geht es immer um die Frage, ob wir unsere hohen sozialen Standards und Umweltstandards auf die Partnerländer, die ökonomisch weniger effizient sind, übertragen können.

Ich bin der Meinung: Das können wir nicht! Wir können diese Standards nicht von Farmern in Honduras, Nicaragua oder Uganda erwarten. Auch wenn es idealerweise so

“And I fully agree that social dialogue is a precondition in order to enforce and build up better labor conditions of farm workers and also the farming community.”

Leonhard Mizzi

sein sollte. Aber in praktischer Hinsicht, wenn Sie die Rahmenbedingungen für den Übergang von einem relativ niedrigen Standard brauchen, sind zunächst die internationalen Übereinkünfte erforderlich.

Wir wissen um die Vorbedingungen (rechtliche Sicherheiten, Zugang zu Land, Zugang zu Rechten, Handelszusammenschlüsse, Entscheidungsinstanzen) und um die Lösungen. Es ist zuallererst eine Frage der Durchsetzung von Recht und bestehenden Standards.

Ich stimme mit Ihnen überein, dass mehr kontrolliert und mehr durchgesetzt werden müsste. Wir sind, vom Standpunkt der Entwicklungsländer aus gesehen, in dem Stadium, dass wir derzeit finanzielle Unterstützung für 50 Länder hauptsächlich aus Afrika, aber auch aus Asien, bereitstellen, die in ihrem nationalen Aktionsplan Landwirtschaft und Nahrungssicherheit priorisieren. Nun ist es an ihnen zu entscheiden, wofür sie das Geld haben wollen: für den Ausbau der ländlichen Infrastruktur, für Kühlsysteme, für den sozialen Dialog? Wir können dabei helfen, ihre Leistungsfähigkeit aufzubauen, denn die ist nötig.

Im europäischen Kontext diskutieren wir mit den hiesigen Bauern die agrarpolitischen, weniger die sozialen Komponenten. Während einerseits mehr Gesetze und Regeln gefordert werden, wünschen sich andererseits die Bauern hier weniger Bürokratie sowie eine vereinfachte Umsetzung. Wirklich wichtig ist alles, das die Wettbewerbsbedingungen im Hinblick auf Menschenrechte und die Rechte von Landwirten angleicht. Die Lösung liegt in einem klaren sozialen Dialog. In den Ländern, wo das der Fall ist, sind die Verhältnisse in der Wertschöpfungskette fairer.

Der Dialog, so mein Anspruch, sollte die drei Parteien einbeziehen: die Farmer und Landarbeiter, die Arbeitgeber und die Regierungen. Zugleich gibt es sektorale soziale Dialoge, die sich an Benchmarks und Best-Practice-Beispielen orientieren können. So haben wir zum Beispiel Best-Practice-Beispiele bei der Europäischen Kommission für Arbeit, wo Brüssel andere Organisationen auf der Welt berät, wie sektorale soziale Dialoge in der Europäischen Union geführt werden.

Wichtige Anmerkungen kamen auch von den Teilnehmern der Tagung:

- Gesetze werden demnach für wichtig gehalten auf ganz unterschiedlichen Ebenen, sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene, weil man sich auf freiwillige Standards nicht unbedingt verlassen könne.

Beispielsweise müsste ein Gesetz für mehr Transparenz, also mehr Informationen für die Konsumenten sorgen. Auch Reports über die Arbeitssituation auf den Plantagen müssten idealerweise veröffentlicht werden. Freiwillige Initiative reichte nicht, denn deren Kontrollberichte seien meistens unter Verschluss, was Verbesserungen schwierig und wenig überprüfbar mache.

- Grundproblem bestehe letztlich in einem Staatsversagen: Es gebe zwar Gesetze und die internationalen Kernarbeitsnormen, es gebe auch lokale Gesetze, gegen die aber zum Teil verstoßen werde. Die Umsetzung sei das eigentliche Problem.

Die privaten Standards seien auch durch Druck der Konsumenten entstanden, denen die Gesetze und deren Kontrolle nicht reichen, sondern die auch die Lieferkette in die Verantwortung nehmen wollten. Die Kehrseite seien die jetzt überbordenden Standards, die zum Teil die Produzenten, die aber auch den Konsumenten überfordern.

Auch in ein Freihandelsabkommen ließen sich bestimmte Eckpunkte (Menschenrechtsklausel Sozialstandardklausel) einbauen. Bei Verstoß gegen Sozialstandards zum Beispiel sollten bestimmte Gruppen (NROs⁶, Zivilgesellschaft) das Recht haben, ein Konsultationsgremium anzurufen. Welche weiteren Konsequenzen (z. B. Handelssanktionen) dann zu ziehen seien, müsse verhandelt werden.

- Eine weitere Frage sei: Hat die Europäische Union die Courage, bestimmte Normen durchzusetzen und Einfuhren von Waren aus prekären Produktionsbedingungen zu stoppen? Bisher wurde ein weicher Ansatz gewählt, um keine Nebenwirkungen mit möglicherweise langfristigen negativen Folgen zu verursachen. Wenn wir über nachhaltige Entwicklung reden – ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit –, dann wäre es womöglich einfacher, diese Standards in bilateralen Abkommen zu regeln denn im multinationalen Kontext. Die bisherigen Maßnahmen in sozialer Hinsicht und im Blick auf die Umwelt waren nicht ausreichend; es gibt noch zahlreiche Probleme, sie auf lokaler Ebene zu implementieren.

Alle Entscheidungen, Sanktionen oder Beschwerdemechanismen helfen nichts, wenn nicht irgendwann die Grenze erreicht ist und die Einfuhr gestoppt wird.

- Wenn es Gesetze gebe für Lebensmitteleinzelhändler, die den Verbrauchern Hygienestandards zusichern, dann müsste es die auch für Produktionsbedingungen, Arbeitsrechte und Menschenrechte geben. Da könnten sich Handel und Lieferkette nicht herausreden; das sei gesetzlich zu gewährleisten.

Professor Johannes Wallacher

Wir haben mit der WTO einen Beschwerdemechanismus, einen Sanktionsmechanismus. Und wir haben die Gültigkeit von anderen international vereinbarten Kern-Arbeitsnormen, etwa der ILO. Es wäre, wenn man es politisch will, relativ einfach, Beschwerdemechanismen und Sanktionsverfahren auf der Durchsetzungsebene mit hinzunehmen. Fraglich ist der politische Wille.

Dabei bleibt nochmal zu betonen: Es geht nicht um beliebige Sozialstandards, sondern um international ratifizierte Mindestabkommen, etwa wie die ILO-Kernarbeitsnormen. Es wäre ein Gebot auch der Kohärenz internationaler Gestaltungspolitik.

⁶ NRO = Nichtregierungsorganisation

3.4 Was können freiwillige privatwirtschaftliche Verpflichtungen leisten?

Weil gesetzliche Standards zum Teil fehlen, die Konsumenten und Teile der Wertschöpfungskette aber Anforderungen formulieren, versucht der Handel, diese Lücke durch private Standards zu schließen.

Dem Handel werde vielfach vorgeworfen, meinte Josef Lüneburg-Wolthaus von REWE, dass er eigentlich keine Verantwortung innerhalb der Wertschöpfungskette trage. Aber genauso wie beim Thema Produktsicherheit setze man auf private Standards, damit das in irgendeiner Form zu kontrollieren ist. Es gebe die unterschiedlichsten privaten Standards, wie zum Beispiel bei Global GAP - G.R.A.S.P., von der Ethical Trading Initiative, BSCI oder SA 8000⁷. Sogar mit einem gewissen Wettbewerb inzwischen, den der Handel für positiv hält, weil die Zertifizierungsinstitutionen dadurch auch in Sachen Glaubwürdigkeit wetteifern und sie verbessern. Das werde unterstützt, um die Fragen innerhalb der Supply Chain (Lieferkette) zu beantworten.

“Talking about the proliferation of too many labels, we find that very confusing. I don't know, how it's going to be, to trim down very into a proper number of understandable labels. We are confused by the proliferation of so many labels like in Europe. “

Teresa Cura-Pono

Die unterschiedlichen Standards (z. B. der SA 8000-Standard aus den USA) speisen sich aus den unterschiedlichsten Quellen, orientieren sich aber alle an den ILO-Standards, auch wenn sie sich sicherlich in Intensität und Qualität der Durchsetzung unterscheiden.

Josef Lüneburg-Wolthaus räumte ein, dass die diversen privaten Standards durchaus für Verwirrung sorgen:

„Das ist eine ständige Diskussion. Sie begann mit unterschiedlichsten Anforderungen an die Höchstgrenzen von Pflanzenschutzmittel-Rückständen. Jedes europäische Handelshaus hat da eigene Anforderungen, so dass die Landwirte kaum noch wissen, was sie machen sollen. Aus praktischen Erwägungen haben sich die Erzeuger dann auf die strengsten Anforderungen geeinigt. Wie beim Thema Pflanzenschutz hat jedes Handelshaus seine eigene Strategie auch beim Festsetzen von Sozialstandards. Jeder hält seinen Weg für den richtigen, jeder hat auch Erfolge vorzuweisen.“

Es gibt von Seiten der Handelshäuser offenbar Bestrebungen, diese Anforderungen zu vereinheitlichen. Wichtig ist nach Ansicht des REWE-Vertreters aber, dass erst einmal begonnen wird, dass man Erfahrungen mit den unterschiedlichen Standards macht (z. B. Global GAP – GRASP, der gut etabliert ist), das Bewusstsein dafür weckt und lernt.

⁷ GRASP = GlobalGap Risk Assessment on Social Practices, http://www.globalgap.org/uk_en/what-we-do/globalg.a.p.-certification/globalg.a.p.-00001/GRASP/

ETI = Ethical Trading Initiative <http://www.ethicaltrade.org/>

BSCI = Business Social Compliance Initiative, <https://www.bsci-intl.org/>

SA 8000 = internationaler Standard mit dem Ziel, Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern (Angestellte, Arbeiter, aber auch Leiharbeiter) zu verbessern, ins Leben gerufen von der Social Accountability International (SAI); <http://www.sa-intl.org/index.cfm?fuseaction=Page.ViewPage&PageID=937>

Die privaten Standards dienen seiner Auskunft nach nicht zuletzt dazu, die gesetzlichen Vorgaben vor Ort zu kontrollieren und umzusetzen. Der Handel übernehme dabei quasi staatliche Aufgaben! Zum Beispiel in Sachen Arbeitsschutz beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Das ist gerade in den Entwicklungsländern ein ziemliches Problem. „Ich weiß eigentlich nicht, wer das vor Ort kontrolliert, außer den unabhängigen Standards. Bestimmt nicht die Regierung oder sonst wer. Und genau deswegen nutzen wir ja auch diese Standards, weil wir ganz genau wissen: Wenn morgen ein Foto von einer ungeschützten Anwendung von Pflanzenschutzmitteln veröffentlicht wird, ist natürlich der deutsche Einzelhandel verantwortlich. Wir sind aber nicht vor Ort. Wir müssen das natürlich extern kontrollieren lassen, und genau das geschieht mit diesen Standards“, sagte Josef Lüneburg-Wolthaus.

Für Sue Longley hat die Umsetzung der Arbeiterrechte in nationales Recht und verbindliche Normen Vorrang vor privaten Standards, auch wenn sie die als ersten Schritt für möglich hält. Ob freiwillig oder gesetzlich: Letzten Endes hängen die Verbesserung an zahlreichen Einzelfaktoren.

Das Beispiel Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit im Pflanzenbau wäre ein guter Startpunkt, um den Dialog anzukurbeln und alle Gesprächsparteien ins Boot zu holen, meinte sie. Das könne zu einer Win-Win-Situation werden, wenn nämlich die Arbeitgeber dadurch eine bessere Produktivität und geringere Kosten erwarteten, die Gesundheit der Plantagenarbeiter sich verbessern würde und sich gleichzeitig negative Umweltwirkungen verhindern ließen.

Stimmen aus dem Publikum:

- Nicht mehr Gesetze, nicht mehr Labels, dafür mehr vor Ort miteinander reden: Das sei ein guter Ansatz. Je mehr Leute involviert würden, umso mehr sei auch Bewusstsein für die neuralgischen Punkte vorhanden. Hierzulande werden Konsumenten schnell hochgeschreckt durch bestimmte Medienbilder (z. B. ungeschützte Arbeiter bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln), die dann in Aktionismus münden und als Folge gerade die kleinen Bauern wieder unter die Räder kommen lässt. Mehr Dialog ermögliche langfristigeres Handeln.
- Zur Frage von Sozialstandards in Freihandelsabkommen: Zum Teil würden bei solchen Freihandelsabkommen Beschwerdemechanismen bei der Nichteinhaltung von Sozialstandards explizit ausgeschlossen, meinte ein Teilnehmer der Tagung. Es gehe über das „Wir können leider unsere hohen Standards nicht aufoktroieren“ hinaus. Die derzeitige Situation verleite regelrecht dazu, dass die Nichtgeltung dieser Standards oder die Nichtdurchsetzung dieser Standards in vielen Ländern der Erde von Großkonzernen aus den Industrienationen bewusst ausgenutzt werde. Es gehe nicht nur um den mangelnden Einfluss auf die Durchsetzung der Standards, sondern um die Geschäftspolitik großer Unternehmen aus unseren Nationen, die präzise damit arbeiteten.

3.5 Lackmustest Umsetzung

Ein ganz großes Problem ist die Durchsetzung von sozialen Standards oder Übereinkünften. Das gilt vor allem für die gesetzlichen Normen, denn – das zog sich bei der gesamten Debatte wie ein roter Faden durch – es fehlen Kontrollinstanzen und Kontrollmechanismen.

Während bei privaten Standards die Marktbeteiligten, sprich die Handelshäuser, Einfluss und Sanktionsmöglichkeiten über die Warenströme und Abnahmevereinbarungen haben, gibt es bislang darüber hinaus wenig Druckmittel bei Nichteinhalten gesetzlicher Regelungen in den Entwicklungsländern. Und möglicherweise auch wenig Interesse von den Herrschenden, prekäre Arbeitsverhältnisse zu ändern.

Dazu führten mehrere Teilnehmerinnen und Teilnehmer konkrete Erfahrungen an:

- Ich würde das alles sofort unterschreiben, was bislang gesagt worden ist, gerade mit Hinblick auf die mangelnde Umsetzung der Regeln. Meine Erfahrung in Uganda, Sambia, Malawi, Südafrika, Tansania auf der Ebene der Kleinproduzenten und auch Farmarbeiter: Es geht um die politische Ökonomie vor Ort. Das heißt, solange die Machtverhältnisse so sind, wie sie sind, können wir noch so viele Standards haben wie wir wollen, es ändert sich nichts. Denn die Kleinbauern, Kleinproduzenten oder Farmarbeiter in der Produktion sind überhaupt nicht in der Lage, die Vertreter der gewählten Politik und die inoffiziell Mächtigen zur Umsetzung der Regeln zu zwingen oder zu bewegen. In den Staaten herrschen zum Teil gute konstitutionelle Verhältnisse auf dem Papier, aber in der Umsetzung fallen letztlich doch die durchs Raster, die versuchen, das zu tun.
- Wir sprechen immer von sehr schwachen Zivilgesellschaften in dieser Region. Das heißt, wenn Kirche, wenn staatliche Entwicklungszusammenarbeit oder andere Akteure eine Aufgabe haben, dann folgende: die Stärkung zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse auf Produzentenebene. Kleinbäuerliche Gruppierungen unterstützen und Farmarbeiter organisieren – das geht ja in die Richtung, die die Kolleginnen und Kollegen, die hier aus den Ländern vor Ort sind, tatsächlich praktizieren.
- Die betreffenden Staaten haben aber selbst bei gutem Willen häufig nicht die Möglichkeit, entsprechend zu kontrollieren oder das durchzusetzen. Ich erinnere mich an Gespräche in Ecuador zum Bananananbau. Der Staat hatte Mindestpreise für die Abgabe von Bananenboxen, etwa 18 Dollar, festgesetzt. Das Ergebnis waren ungefähr 12 Dollar, weil die internationalen Konzerne über den Preis Druck machten und mit Abnahmestopp drohten. Es bleibt die Frage, wie wir das international regeln oder diese Staaten stärken können, damit sie ihre Gesetze auch durchsetzen können.
- Der Effekt der Preisfindung spielt bei vielen Produkten doch eine sehr große Rolle, gerade bei den süßen Früchten, über die wir sprechen. Und die Arbeitsbedingungen werden stark durch den Preisdruck mitbestimmt, dem die Unternehmen vor Ort unterliegen. Die Macht der Märkte und der Händler hier ist nicht zu unterschätzen: Die fünf großen Lebensmitteleinzelhändler (u.a. REWE, Edeka) decken 70 Prozent

des Lebensmittelmarktes in Deutschland ab und haben damit natürlich de facto eine unglaubliche Macht, die sie gegenüber ihren Lieferanten ausüben können.

- Die Diskussion um private Standards, die sehr teure Implementierung von privaten Standards, krankt oft daran, dass sie losgelöst wird von der Frage der Einkommensmargen entlang der Kette, von der Marktmacht und damit dem Einkommen, das die Akteure haben. Gerade der Einzelhandel hat eine Sorgfaltspflicht, die weit darüber hinausgeht, diese Standards lediglich hier am Schreibtisch zu definieren und die Folgeschritte Zertifizieren und Umsetzen zu delegieren.
- Letztlich bleiben die großen Kosten, die durch Hygiene-, Sozial- oder Umweltstandards entlang der Kette entstehen, an den Erzeugern hängen, egal ob es Kleinbauern sind oder Plantagenbesitzer. Letztere geraten dadurch wiederum unter extremen Druck, was ja auch faktisch dazu führt, Arbeitsrechte massiv zu missachten. Wenn ein Akteur in der Kette sozusagen einen Hebel hat, dann ist es der Einzelhandel mit seiner Marktmacht.
- Der Hauptpunkt ist, dass viele Regierungen auf nationaler Ebene gar kein großes Interesse haben, Sozialdialog anzustoßen, weil sie sich zum Beispiel durch die Förderung einer wachsenden Zivilgesellschaft die Konkurrenz ins Haus holen. Deshalb ist eine der Fragen: Wie kann man den politischen Willen stärken, Sozialdialog auf nationaler Ebene zuzulassen? Nicht nur Ausschlusskriterien – Menschenrechtsklauseln – wären wichtig, sondern auch Ansporn, wie z.B. das ILO-Better-Work-Programm, bei dem verbesserte und nachgeprüfte Standardumsetzungen (nationale Arbeitsinspektion) mit einem besseren Marktzugang honoriert werden.
- Ein wichtiger Punkt sind die Inkohärenzen. Einerseits wird darüber diskutiert, wie man beispielsweise das Recht auf Nahrung besser umsetzen kann. Andererseits werden bestimmte Produzentengruppen oder Menschen, die ihren Lebensunterhalt damit verdienen, durch globale Lebensmittelstandards konsequent aus dem Markt gedrängt und verlieren ihre Einkommensgrundlage. Meines Erachtens geht es an vielen dieser Stellen um ganz bewusst von Regierungen geschaffene Inkohärenzen: globale Inkohärenzen, wo man in einer WTO Handelsregeln verhandelt, ohne Menschenrechte zu berücksichtigen, und wo man auf der anderen Seite die ILO hat, die für die Arbeitsbedingungen ‚zuständig‘ ist.

“There are lots of standards, whether they are voluntary or legal. The main challenge is ensuring the implementation. Fundamental to that is ensuring both – small farmers and agricultural workers at all levels, farm level, national level, international level – to have a strong and effective voice. And just to get back to the WTO: I do entirely agree with Dr. Mizzi that there needs to be governance of agricultural trade, but I doubt very much the WTOs motivation. We need to be looking at a form of governance of agricultural trade that puts the right to food at its heart, to ensuring good safe food for all citizens.”

Sue Longley

Josef Lüneburg-Wolthaus

Diese fehlende Durchsetzung von staatlichen Vorgaben vor Ort spricht eigentlich für die privaten Standards. Wir können in diesen Ländern über die privaten Standards diesen Sektor dann zwar nicht generell ändern, aber zumindest die Bereiche innerhalb unserer Lieferkette. Wenn die Voraussetzungen der privaten Standards nicht mehr gegeben sind, wird das Zertifikat aberkannt. Das ist in einigen Fällen schon geschehen. Also kann es

durchaus funktionieren. Dass damit noch nicht alles im grünen Bereich ist und schon alles reibungslos und ohne Widersprüche funktioniert, da gebe ich Ihnen vollkommen Recht.

Aber es ist sicherlich ein Hebel, wo wir zumindest versuchen können, in unseren Lieferketten Verantwortung zu übernehmen.

Und selbstverständlich spielt die Preisfindung eine wichtige Rolle. Nehmen wir das Beispiel Ecuador: 30 Prozent unserer Bananen kommen aus Ecuador. Da müsste man eigentlich der Ansicht sein, der deutsche Handel könnte in Ecuador viel bewegen. Abgesehen davon allerdings, dass wir uns aus kartellrechtlichen Gründen nicht absprechen dürften.

Aber wie wichtig ist eigentlich der deutsche Markt aus ecuadorianischer Sicht? Das sind weniger als zehn Prozent. Wenn dann Sozialstandards gewünscht und trotzdem dank der Discounter die Preise hier nicht hoch genug sind, verkaufen die Ecuadorianer ihre Bananen lieber zu besseren Preisen nach Russland. Wieso sollten sie dann auch noch auf das Thema Sozialstandards eingehen? Sie bekommen ihr Geld in anderen Ländern, ohne dass sie denen auch noch nachweisen müssen, dass sie bestimmte Sozialstandards einhalten.

3.6 Bei wem liegt die Verantwortung? Beim wem liegt die Macht?

Die Diskutanten filterten mehrere Ansatzpunkte heraus:

1 Sowohl Sue Longley als auch Teresa Cura-Pono als auch Lali Naidoo (Südafrika) stimmten darin überein, dass es eine vorrangige Aufgabe sein muss, Kleinbauern und Farmarbeitern eine Stimme und mehr Gewicht zu geben. Das geht durch eine gezielte strategische Allianz der beiden Gruppen, die dazu führt, dass sie innerhalb der Wertschöpfungskette besser wahrgenommen werden und sich das derzeitige Marktungleichgewicht verschiebt. So hätten sie auch in Verhandlungen, beispielsweise gegenüber großen Konzernen wie Dole im Bananenhandel, deutlich bessere Positionen, um bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

2 Diese Zusammenarbeit von Farmern und Landarbeitern sollte in speziellen Organisationen stattfinden: Lali Naidoo sagte, man dürfe den Agrarsektor nicht in Kleinbauern, Landarbeiter und kommerzielle Farmer auseinanderdividieren, sondern sie seien alle Akteure im selben Bereich. Die bisher Recht- und Stimmlosen müssten sich in einer mächtigen Organisation zusammenschließen. Dem widersprach Teresa Cura-Pono jedoch: Sie habe nicht so gute Erfahrungen mit Kleinbauern und größeren Bauern in einer Organisation gemacht. Denn beide Gruppen unterschieden sich beispielweise in der Anwendung von bestimmten agrarischen Technologien und Methoden, deshalb seien manche Debatten unproduktiv und endlos lang. Sie empfahl, dass man zunächst sekt-

oral in der eigenen Gruppe diskutieren sollte, und sich erst danach in den Dialog miteinander und mit anderen Stakeholdern begeben sollte.

Josef Lüneburg-Wolthaus meinte, dass die Kleinbauern nur eine Überlebenschance in einigermaßen genossenschaftlich strukturierten Organisationen hätten, denn sie würden sonst im internationalen Handel überrollt. Man könne als Kleinerzeuger nicht frei auf dem Markt verkaufen und glauben, man erfülle irgendeinen Standard und könne dann automatisch verkaufen.

3 Es gibt eine große Zahl von politischen oder kirchlichen Akteuren, die sich darum kümmern, die Farmer und Landarbeiter zusammenzuschließen, zu mobilisieren bzw. diese Zusammenschlüsse zu unterstützen (zivile Organisationen oder NROs). Mit dem Ziel, dass die Gruppen Informationen erhalten, lernen sich selbst zu organisieren, sich zu äußern und für ihre Interessen zu kämpfen. Es gebe durchaus, so Naidoo, große Probleme mit den Institutionen, mit Regierungen, mit Einrichtungen des fairen Handels, mit Global GAP und anderen. Da müssten die Regeln auf den Prüfstand kommen, ob sie tauglich oder eher hinderlich seien.

Teresa Cura-Pono meinte, es sei derzeit leichter, die Stakeholder im privaten Sektor in Projekten in den Dialog zu bekommen als die offiziellen Stellen. Denn es gebe keine formalen Strukturen dafür, die Regierungen böten dafür nicht ausreichend Raum.

4 In der Stärkung der Zivilgesellschaft haben auch die Gewerkschaften eine gewichtige Rolle zu spielen. Es sei ja nicht so, dass es keine Regularien oder Gesetze gebe, meinte eine Teilnehmerin im Publikum. Die Gewerkschaften hätten die ILO-Kernarbeitsnormen mitverfasst, jetzt gehe es darum, diese auch von den Regierungen und den Unternehmen einzufordern. Das sah sie auch als eine Aufgabe für die hiesige Zivilgesellschaft und die Kirchen an, auch von hier aus müsste

„Ich denke, Verantwortung zu übernehmen, daraus entlässt uns niemand. Die Verbraucher müssen Verantwortung übernehmen.“

Die Unternehmen können wir nicht entlassen, die nationalen Staaten und auch die internationale Gemeinschaft ebenfalls nicht.

Staatenpflichten stehen Menschenrechten gegenüber. Die Menschenrechte haben eine Basis: einen Minimalstandard, der erfüllt werden muss. Das ist nicht diskutabel.

Wenn man Labels und Zertifikate macht, dann können die nur darüber hinausgehen, und dann sind sie freiwillig.

Die EU und die deutsche Regierung haben eine Verantwortung, das einzufordern, gerade wenn Unternehmen Menschenrechtsstandards überall in der Welt verletzen.“

Teilnehmerin aus dem Publikum

Druck auf die Handelnden ausgeübt werden. Dazu sei aber auch Transparenz erforderlich.

5 Josef Lüneburg-Wolthaus bestätigte die Verantwortung der Unternehmen für die Umsetzung der ILO-Standards auch selbst innerhalb der Lieferkette: „Wir haben unsere Lieferanten bis runter auf die Erzeugerebene vertraglich verpflichtet, für die Einhaltung der ILO-Normen, insbesondere der Kern-ILO-Normen Sorge zu tragen. Wir lassen unse-

re Lieferanten durch eigene Unternehmen auditieren und prüfen: Ist deren Managementsystem in Ordnung? Haben sie mit ihrer Vorkette ebenfalls entsprechende Verträge abgeschlossen? Wie kontrollieren sie es? Alle unsere Lieferanten müssen den Nachweis über die Zertifizierung von bestimmten Standards führen.“

6 Die Marktmacht habe letztendlich der Kunde, sagte er weiter. Auch der dürfe die Verantwortung nicht einfach abschieben. Jedoch reagierten die Kunden – selbst bei Skandalen – trotz gegenteiliger Bekundungen und Empörungen über bestimmte Verhältnisse bislang nie mit einer Änderung des Kaufverhaltens. Da sei das Menschenbild oft viel zu optimistisch!

Der Konsument sei aus ihrer Sicht sehr wichtig, meinte auch eine weitere Teilnehmerin der Diskussion, aber er brauche Informationen. Und diese Information müsse sowohl von den Konzernen kommen, aber auch von der Presse, die den Konsumenten neutrale Information in Bezug auf die Nahrungsmittelproduktion liefere. Der mündige Verbraucher werde ja gerne beschworen. Er könne aber die Verantwortung nur annehmen, wenn es eine verpflichtende Transparenz über die Einhaltung von Standards gebe.

7 Leonhard Mizzi hob hervor, dass man nur über die soziale Verantwortung der Unternehmen eine integrative Art von Geschäftsmodell erhalte, das überdies auf die lokalen Strukturen vor Ort zugeschnitten sein müsse. Denn sie seien in Uganda anders als auf den Philippinen und anders als in Malawi.

Auch zur Welthandelsorganisation WTO, die von vielen so schlecht geredet würde, sah er keine Alternative. Wer sollte die WTO ersetzen? Es gebe keine andere, bessere Infrastruktur, um den Handel zu regulieren, nicht die FAO, nicht den Ausschuss für Welternährungssicherheit.

Auch Sue Longley hält Regelungen zum Agrarhandel und Institutionen auf Regierungsebene dafür für notwendig, zweifelt aber an der Motivation der WTO: „Wir müssen eine Form der politischen Steuerung für den Agrarhandel finden, die das Recht auf Nahrung in den Mittelpunkt stellt.“

4. Im Fokus: ‚Empowerment‘ von Bauern und Landarbeitern

Der Bereich der Bildungs- und Beratungsarbeit ist geprägt durch die Auseinandersetzung um Zuständigkeiten und um sozio-ökonomische Konzepte. Das gilt für die Bildungsarbeit zur Sensibilisierung und Bewusstseinsänderung wie für die unternehmerische Weiterbildung. Das gilt für die private Dienstleistung ebenso wie für staatlich verwaltete Grunddienste. Die Arbeitsteilung zwischen den Akteuren, die Notwendigkeit einer Qualitätskontrolle und die Verbindlichkeit der Angebote sind jedoch umstritten. In diesem Spannungsfeld – zwischen unternehmerischen Interessen und der Sicherstellung neutraler und für alle zugänglicher Bildungs- und Beratungsangebote – sind Zuständigkeiten zu klären und die Balance zwischen staatlichen Maßnahmen und unternehmerischer Freiheit zu finden. Im Dialog!

Das erste Forum stand unter folgenden Leitfragen:

- Organisationsfreiheit und Selbstbestimmung: Wie stärkt man die Rechte von Landarbeitern und Landarbeiterinnen?
- Bedeutung der kleinbäuerlichen Produktion und deren gesellschaftliche Wertschätzung: Wer ernährt wen und wer arbeitet für wen?
- Sozialer Dialog in Nord und Süd: Wer muss mitreden?
- Varianz von Angebot und Nachfrage: ein unlösbares Problem?
- Was bedeuten Großinvestitionen und direkte Bindung zwischen Produzenten und Lebensmittelhandel für die Entwicklung von diversifizierter Marktstrukturen und -mechanismen?
- Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit: Welche Wege und Instrumente nutzen der Verbesserung der Standards?

4.1 Integraler Ansatz zur Veränderung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

“Es gibt sehr viele Initiativen zur Verbesserung der Situation. Doch sie nützen nichts, wenn die Bäuerinnen und Bauern nicht selbst im Zentrum des Prozesses stehen.“

Lali Naidoo
(East Cape Agricultural Research Projekt ECARP, Südafrika)

Wer die Arbeits- und Lebensbedingungen der Kleinbauern und Farmarbeiter verbessern will, kommt nicht darum



herum, sie ins Zentrum zu stellen und sie ebenfalls als Handelnde zu begreifen. Lali Naidoo hob in ihrem Impulsreferat drei Hauptaspekte hervor, um die Rechte der Betroffenen und ihre Fähigkeiten zur Durchsetzung derselben zu stärken:

- Freiheit zur Organisation und Selbstbestimmung
- Sozialer Dialog in Nord und Süd unter besonderer Berücksichtigung von Schlüsselbegriffen und Akteuren
- Orientierung an Entwicklungszusammenarbeit, fokussiert auf Prozesse und Instrumente, die Standards vorantreiben.

Hinzu kommen weitere Faktoren für Nachhaltigkeit und produktive Agrarsysteme. Zentral ist auch die richtige Balance zwischen essenziellen Menschenrechten und institutioneller Ausgestaltung.

Lali Naidoo führte aus, dass der landwirtschaftliche Sektor – wie andere schlecht bezahlte Bereiche – sich durch einen geringen Organisationsgrad auszeichnet. Der Agrarsektor im südlichen Afrika ist zugleich sehr stark aufgesplittert entlang der Wertschöpfungskette, basierend auf ethnischer Zugehörigkeit, Herkunft und Geschlecht der Produzenten bzw. Arbeiter. Mit Zunahme des globalen Wettbewerbs und des globalen Handels ist diese Tendenz eher noch verstärkt worden. Im Kern gibt es viele atypische Arbeitsverhältnisse (z.B. von Frauen in saisonaler Arbeit); eine freie Interessenvertretung würde ihnen zu anständiger Arbeit, angemessenen Löhnen und menschenwürdigen Lebensbedingungen verhelfen.

ECARP befördert den Diskurs in mehrfacher Hinsicht, u. a. durch Forschung zu den Arbeits- und Lebensbedingungen im Niedriglohn-Sektor und deren Gefahren für die Ökonomie sowie die sozio-politischen Verhältnisse. Wenn die Arbeiter ihre eigene Situation besser wahrnehmen und sich in die gesellschaftliche Debatte einbringen, verändern sich die dominanten Diskurse, was wiederum auf die Arbeitgeber und ihre Einstellung zu Arbeitsnormen, Standards und marktpolitischen Interventionen einwirkt.

Es geht um ein klares Lobbying: Die Stärkung der Arbeiterrechte ist demnach nicht nur für ein menschenwürdiges Leben notwendig, sondern trägt auch zu wirtschaftlichem Erfolg bei. Jedoch sind die Bestrebungen nach einer Verbesserung der Arbeitsnormen immer auch im Zusammenhang mit dem Nord-Süd-Gefälle und dem Druck auf Erzeuger und Farmarbeiter im internationalen Handel zu betrachten. Entscheidend seien die Strukturen und die Machtverhältnisse innerhalb der Wertschöpfungsketten. Viele Farmer fühlten sich in einem globalen Markt abhängig vom Handel, der die Preise bestimme. Der Druck auf die Erzeuger setze sich im Druck auf die Arbeiter weiter fort.

Um diesem entgegenzuwirken, werden die Farmer und Landarbeiter bei der Bildung von alternativen Selbsthilfeorganisationen („Grass Roots“) und im Gesamtkontext der Arbeitenden auf lokaler und übergeordneter Ebene unterstützt (Bottom-Up-Ansatz) und sozial mobilisiert.

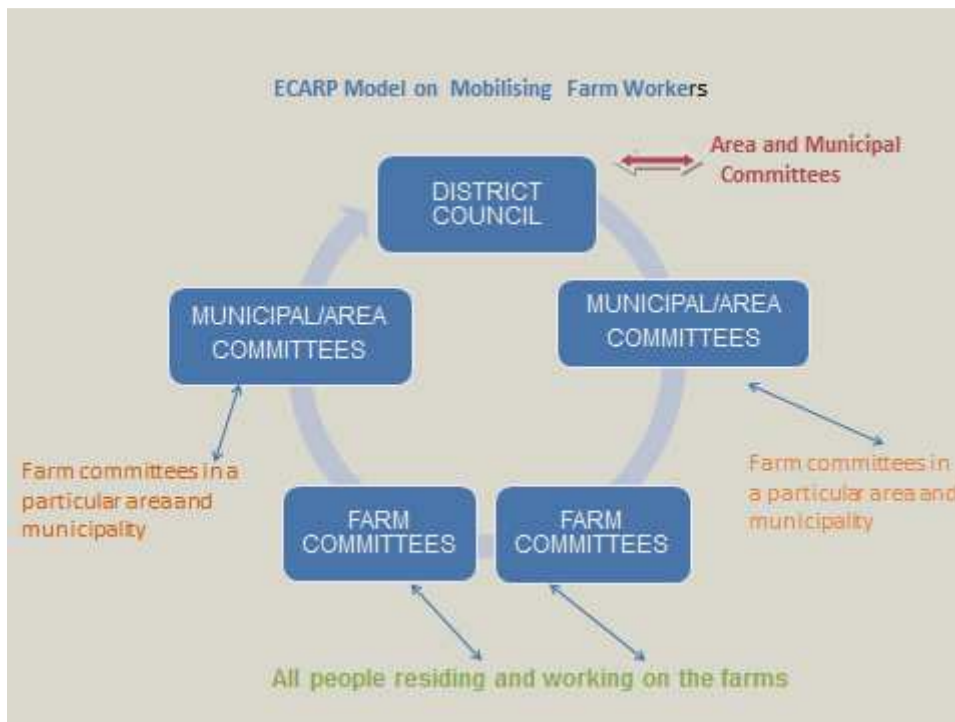


Abbildung: ECARP Modell zur Mobilisierung der Landarbeiter

Der Erfolg zeigt sich auf vielen Ebenen: Die Landarbeiter übernehmen die Verantwortung für die eigene Organisation und warten nicht auf einen Anstoß von außen. Strukturell werden alle an der Farmarbeit Beteiligten oder die Farmer einer Region einbezogen. Mitbestimmung und Vernetzung werden eingeübt und praktiziert. Die Komiteemitglieder lernen, die Arbeitsbedingungen einzuschätzen und Unwucht zu erkennen. Demokratische Strukturen und Dialogfähigkeit stärken nicht nur die Position der Landarbeiter, sondern führen auch zu einer besseren Akzeptanz bei den Arbeitgebern. Letztere sind eher gewillt, sich mit den Farm- oder Regionen-Komitees auseinanderzusetzen als mit Handelsunternehmen. Auch die lokalen Autoritäten und Regierungsstrukturen sind in der Lage, mit diesen Organisationen zu arbeiten.

Parallel dazu zeigen sich in diesem integralen Ansatz, dass die Solidarität untereinander gefördert wird, was essenziell ist für die Ausrottung von gesellschaftlichen Unterschieden hinsichtlich Ethnie, Rasse oder Geschlecht. Je weniger sich Arbeiter unterscheiden, umso besser können sie mit einer Stimme sprechen. Die Solidarität erstreckt sich (national wie international) auf die Arbeiter der gesamten Wertschöpfungskette von der Erzeugung bis zum Handel und im Endeffekt auch bis zum Verbraucher. So werden Arbeiter in Prozesse und Diskussionen über faire und ethische Arbeitsbedingungen einbezogen.

Der Dialog zwischen den Arbeitern führt auch dazu, dass sich die ‚Grass-Roots‘-Strukturen allmählich ausbreiten, sowohl geographisch als auch in Bezug auf die beteiligten Gruppen, was nicht nur die Organisation als solche, sondern auch den sozialen Zusammenhalt verbessert. Insgesamt gab es im Einzugsgebiet von ECARP 66 Farm

Komitees (Juni 2013). 97 Prozent davon haben sich seit deren Gründung mit der Veränderung der Arbeitsbedingungen beschäftigt, die allermeisten haben im Dialog mit den Farmern Verbesserungen erreichen können: bei den Wohn- und Arbeitsbedingungen, der Stärkung der Besitzverhältnisse und bei Zugang zu Land oder grundlegenden Dienstleistungen. Signifikante Verbesserungen gab es auch bei der Beachtung der Mindestlöhne, bei den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung oder bei der Überstundenregelung.

Eine sehr wichtige Bedeutung maß Lali Naidoo auch dem Nord-Süd-Dialog bei: Die Stakeholder entlang der Wertschöpfungskette, aber auch Einrichtungen von Zivilgesellschaft und Politik könnten die Aufmerksamkeit auf die Landarbeiter lenken und damit ein verändertes Bewusstsein für ethische Standards bei der Erzeugung von Lebensmitteln schaffen (Sozialpakt).

Hier hilft es auch, wenn sich die Arbeiter über Grenzen hinweg solidarisieren und z. B. Beschäftigte bei den großen Handelsunternehmen in Europa sich für faire Arbeitsbedingungen und Stärkung der Arbeitnehmerrechte im Süden einsetzen.

Wenn Verbraucherorganisationen in diesen Dialog einbezogen werden, tragen auch sie zur Verbesserung bei. „Der aktuelle Diskurs über fairen und ethischen Handel zwischen Nord und Süd fokussiert derzeit auf die Verantwortung des Verbrauchers im Norden für die Rechte der Arbeiter im Süden“, sagte Lali Naidoo. Das greife aber zu kurz, denn auch im Süden gebe es Verbraucher, denen aber das Wissen über die Relevanz und Bedeutung der Arbeiterrechte chronisch fehle. Wenn sich das nicht ändere, würden die derzeitigen Verhältnisse zementiert.

ECARP hat die unterschiedlichen Lebensverhältnisse von Arbeitern untersucht, die für den lokalen Markt bzw. für den Export arbeiten. Danach hat der Einfluss der Verbraucherorganisation aus dem Norden einen deutlich positiven Effekt auf die Arbeiter im Süden.

Für die Initiierung, Erarbeitung und Umsetzung von Handelsabkommen sind die Ministerien und regierungsnahen Organisationen sowie Handel und Industrie verantwortlich. Das beinhaltet auch die Rechte der Arbeitnehmer und definierte Sozialstandards. Mehr als bisher geht es um die Nutzung von Synergien zwischen den Akteuren und den Kontrollinstanzen (Kontrolle der Arbeitsnormen, Kontrolle der Siegel), um zu einem nachhaltigen Zugewinn zu gelangen.

In der Zusammenarbeit von Regierung und Aufsichtsbehörden auf der einen Seite und Bauernverband und Arbeitnehmerorganisationen auf der anderen Seite wird es künftig darum gehen, die bisher existierende Kluft zwischen beiden Parteien zu überbrücken.

NROs, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen sind oft die treibenden Kräfte für eine Änderung des Bewusstseins auf Käuferseite. Forscher und Wissenschaftler müssen den Status Quo und Entwicklungsszenarien mit Fakten hinterlegen.

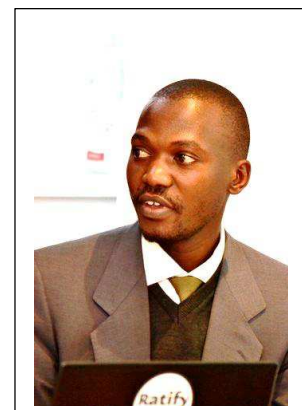
In punkto Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit regte Lali Naidoo an,

- mit allen wichtigen Akteuren entlang der Wertschöpfungskette mehrgleisig zu arbeiten und den Diskurs über die negativen Folgen von niedrigen Löhnen und ‚Laissez-Faire-Kapitalismus‘ auf das Lohnniveau und den sozialen Zusammenhalt zu führen;
- Änderungen in den strukturellen und institutionellen Regelungen von Arbeitsmarkt und -prozessen zu veranlassen und Beschäftigung zu fördern (Beschäftigungsprogramme, Kompetenztraining);
- die Arbeitnehmer darin zu bestärken, ihre Rechte zu wahren und beispielsweise Verstöße gegen Arbeitsnormen (ohne Angst vor Strafe) zu melden, sowie Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Sachen Compliance zu ermutigen;
- die Öffentlichkeit für die Kernarbeitsnormen zu sensibilisieren und Transparenz über Inspektionen und Kontrollen zu ermöglichen;
- bei Verstößen von Seiten der Abnehmer auf der Einhaltung der Standards zu bestehen und ggf. Sanktionen zu verhängen;
- dafür Sorge zu tragen, dass sich das Bewusstsein für Corporate Social Responsibility (CSR) entlang der gesamten Lieferkette etabliert und Vorschriften und Konventionen eingehalten werden.

4.2 Die Bauern in den Mittelpunkt stellen

„Es muss ein Umdenken stattfinden: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind kein Produkt und kein Rohstoff. Der Dialog mit allen Beteiligten ist wichtig“.

Denis Kabiito, Programme Officer, Caritas Kasanaensis, Uganda.



Als überzeugter Interessenvertreter der Kleinbauern sprach

der ugandische Berater der Caritas Kasanaensis, der selbst ebenfalls als Bauer wirtschaftet, vor dem Forum. Denis Kabiito plädierte in seinem Referat für die Gründung einer starken Bauernorganisation als Selbsthilfeeinrichtung, die dann die politische Stimme der Bauern werde.

Er skizzierte zunächst die Bedeutung des Agrarsektors in Uganda und die Relevanz der Kleinbauern, sowohl für die Versorgung der eigenen Bevölkerung als auch im afrikanischen und weltweiten Kontext:

Die kleinbäuerliche Landwirtschaft hat danach eine beachtliche Wirtschaftskraft. Derzeit liegen 42 Prozent der weltweiten Ackerflächen in Afrika, das Potenzial ist groß, aber nicht optimal genutzt. Uganda ist Afrikas Nr. 1 in der Produktion von Kaffee. Tee, Tabak und Baumwolle werden ebenfalls für den Export produziert und tragen wesentlich zu den Deviseneinnahmen des Landes bei. Die Kleinbauern in den ländlichen Gebieten

sorgen dafür, dass drei Viertel der Bevölkerung in Uganda mit Lebensmitteln versorgt werden.

Der Agrarsektor dominiert die Wirtschaft des Landes nach wie vor: 75 Prozent der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft. Die Agrarwirtschaft trug 2012 zu 24,4 Prozent zum Brutto-Inlands-Produkt (BIP) bei. Die meisten Industrien und nachgelagerten Sektoren hängen von der Landwirtschaft ab.

In den allermeisten Fällen handelt es sich um kleinbäuerliche Landwirtschaft, die gekennzeichnet ist durch

- eine Struktur als Familienbetrieb: Planung, Entscheidungsfindung und Umsetzung finden im Familienkontext statt. In der Regel überschreiten die familiären Beziehungen die Gemeindeebene nicht;
- Gemischtbetriebe sowohl mit Ackerbau und Feldfrüchten als auch Tierhaltung;
- die Funktion der Existenzsicherung, auch von weiteren Haushalten;
- eine oft schlechte Ausbildung der Farmer und ihrer Familien: der Anteil an Analphabeten ist hoch, der Zugang zu Informationen entsprechend schlecht;
- Armut;
- eine Haltung, wonach Landwirtschaft lediglich als Tradition und nicht aus Leidenschaft bzw. als ‚Beruf‘ betrieben wird.
- Vielfach haben die Betriebe in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte weniger als 1 Hektar Land in Kombination mit höchstens 10 Tieren. In bevölkerungsärmeren Regionen können die Farmen 5 bis 10 Hektar umfassen.

Die Bedeutung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in Bezug auf die globale Dimension sei nicht zu unterschätzen, so Kabiito. Es seien die Bauern, die das Land bewirtschafteten, die für Wasser und Biodiversität sorgten. Das seien zentrale Angelegenheiten der Weltpolitik, weil davon Frieden, Sicherheit und Entwicklung der Länder abhängen.

Die Farmer selbst haben große betriebliche Herausforderungen zu meistern: hohe Kosten bei Investitionen, Finanzierungsprobleme, unzureichende Infrastruktur, inadäquate Produktions- und Erntebedingungen sowie mangelnde Technologien zur Verarbeitung und Lagerung, Schädlinge und Krankheitsepidemien, schlechte Anbaumethoden und fehlende oder mangelhafte Beratung. Gleichzeitig sehen sie sich jetzt globalen Fragen ausgesetzt, die ihren Rahmen sprengen: einem exponentiellen Bevölkerungswachstum, dem Klimawandel, der Ernährungssicherung und der ökologischen Nachhaltigkeit. Die rapide anwachsende Bevölkerung in Uganda (jährlich + 3,4 Prozent) lässt die verfügbare Fläche knapper werden, auch wenn die Ackerfläche seit 2005 ausgedehnt werden konnte. Landfragmentierung, Landgrabbing, Verlust von produktivem Land sind die Folgen.

Das hat de facto zu einem Schrumpfen des sog. Warenkorbs und zu Nahrungsmittelsicherheit geführt, wobei hohe Weltmarktpreise für Getreide die Situation noch verschärft haben. Der kleinbäuerlichen Landwirtschaft wurde daran eine Mitschuld gegeben, bzw. wurde sie als Teil des Problems gesehen. Zwar hat die Welt große Hilfe ge-

leistet (z.B. über öffentliche und private Partnerschaften, das Welternährungsprogramm WFP oder die Agrarorganisation der Vereinten Nationen FAO, die Erarbeitung freiwilliger Leitlinien). Doch die Lösung war das nicht – vielmehr wurden die Bauern an den Rand gedrängt und nicht in die Entscheidungsfindung einbezogen, obwohl dies gerade im Hinblick auf die politischen Fragen geboten gewesen wäre.

Kabiito sprach sich dafür aus, dass alle Mechanismen zur Etablierung von Marktstrukturen sicherstellen müssten, dass die Bauern tatsächlich dadurch einen Mehrwert hätten. Auch wenn zu konstatieren sei, dass es viele Ansätze ausländischer Investoren gebe und auch die Vermarktung über Bio- und Fairtrade-Partnerschaften bislang nicht dazu geführt hat, dass die Lücke zwischen dem Hoftor und dem Markt kleiner geworden sei.

Bei allen Anstrengungen müsse es oberstes Ziel sein, die Lücke zwischen den Kleinbauern – ihrer Kapazität und Produktivität – und den Anforderungen und Möglichkeiten des Marktes zu schließen. Das gelinge nur, wenn der Kleinbauer ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücke. Der Bedarf der Bauern ist groß und kann nur mithilfe von Kooperationen und einer starken Bauernorganisation gedeckt werden.

Kabiito konzipierte ein Selbsthilfe-Unternehmen: mit einem Leitbild aus Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung, entsprechend der Leitlinien für Vereine oder Genossenschaften. „Starke Bauernverbände sind als unabhängige ‚Farmers Association‘ die natürliche Stimme für die stimmlosen Bauern“, meinte er.

Das ergebe eine dynamische Agrarbranche, die Nahrung erzeugt, Arbeitsplätze schafft, die Armut reduziert und Ernährungssicherheit garantiert. Der Zusammenschluss der Bauern könne die Marktentwicklung in Gang bringen. Die Marktentwicklungen selbst würden gefördert u.a. durch verbesserten Zugang zu Finanzierungen, höhere Investitionen des Privatsektors, Förderung und Nutzung von Technologien sowie adäquater Gesetzgebung und Bekämpfung von Fehlentwicklungen.

“This cooperation has to be initiated by farmers, managed by farmers for farmers. The cooperation/association will be their voice.”

Denis Kabiito

4.3 Stellungnahmen und Auswertung



Blick ins Forum 1:
Bildung, Beratung und Bewusstsein ‚Empowerment‘ von Produzenten und Landarbeitern“

Willi Kampmann, Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

Der Deutsche Bauernverband befürwortet den von Denis Kabiito vorgestellten Ansatz. Der Dialog von Nord nach Süd wird vom Deutschen Bauernverband gefördert, vor allem auch in Bezug auf die technische Qualifizierung in der Landwirtschaft. Der Deutsche Bauernverband hat bereits mehrere Austauschprogramme in diesem Sinne – auch mit dem Bauernverband in Südafrika – durchgeführt.

Helge Fischer, BanaFair e.V.

Der Handelspartner von BanaFair e.V. ist die Kooperative Urocal in Ecuador, daher liegt hier der Fokus auf der Unterstützung von Kleinbauern. Einen Effekt auf Arbeiter gibt es damit nur indirekt. Die Handelsbeziehungen basieren auf den Kriterien des Fairen Handels, in dem zum Beispiel ein fairer Preis gezahlt wird. BanaFair unterstützt Urocal in der Qualifizierung der Produktion und Vermarktung u.a. durch Instrumente wie Vorfinanzierung. Außerdem verschreibt sich BanaFair der Bewusstseinsbildung im Norden. Durch den Fairen Handel und begleitende Informationsarbeit soll hier im Norden Bewusstsein für ungerechte Strukturen geschaffen werden.

Dr. Udo Bürk, Bio Tropic

Es gibt zu viele verschiedene Standards, die oft verwirrend wirken, auf Verbraucher und Produzenten. Die Situation ist jedoch in jedem Land und jeder Region unterschiedlich. Es geht jetzt darum, die existierenden Standards umzusetzen. Dabei gilt es, von der jeweiligen Situation der Produzierenden auszugehen und mit der Produzentenorganisation selbst Schritt für Schritt zu erarbeiten, wie die Produktion qualifiziert sowie sozial und ökologisch gerecht gestaltet werden kann.

Fazit aus der Diskussion im Forum:

Grundlegende Forderung war, den Kleinbauern ins Zentrum aller Aktivitäten zu stellen. Ob Investitionen, Public Private Partnership oder Standards: Sie funktionieren nur, wenn die kleinen Bauern und die Farmer wirklich im Zentrum der Aktivitäten und Teil des Prozesses sind. Dazu braucht man den Aufbau von Organisationen.

Es braucht zudem einen grundsätzlich veränderten Wertediskurs, in dem es darum geht, Arbeit nicht als Ware oder als Produkt zu sehen, sondern den Arbeiter als Mensch in den Blick zu nehmen. Das gilt sowohl für die abhängig Beschäftigten auf den Farmen als auch für die Kleinbauern. Die Arbeitskraft ist als integrativer Teil der Gesellschaft wertzuschätzen. Das war bisher noch unzureichend. Allerdings scheint sich hier ein Umdenken zu vollziehen.

Der Diskurs muss auf allen Ebenen und mit allen Beteiligten stattfinden: Wirtschaft, Regierung, Arbeitnehmer, Zivilgesellschaft, mit Konsumenten und Händlern. Und er muss sich in der Umsetzung auf alle Ebenen konkretisieren. Die Bewusstseinsbildung betrifft die gesamte Wertschöpfungskette, die dadurch auch zum ‚Empowerment‘ beitragen kann.

5. Im Fokus: Die besondere Rolle von Handel und Verbraucher

Lange Zeit wurden alternative Anbau- und Handelsmodelle lediglich als Nische angesehen. Das hat sich geändert. Kritischer Konsum und steigende Kaufkraft in den Verbraucherländern tragen dazu bei, dass die Nachfrage nach Lebensmitteln aus nachhaltigem und Bio-Anbau sowie fairem Handel steigt, zum Teil mit eindrucksvollen Wachstumswerten. Sowohl für die Erzeugung selbst als auch für die Arbeits- und Gesundheitsbedingungen sowie für Umweltbelange im Anbau und der Weiterverarbeitung von Früchten gibt es verschiedene Nachweis- und Dokumentationsmöglichkeiten.

Doch die Diskrepanz in der Wahrnehmung ist evident: Im öffentlichen Bewusstsein scheinen die Standards und partnerschaftlichen Vermarktungsstrukturen im Fairen Handel völlig unterschiedlich von den Qualitäts- und Umweltstandards im konventionellen Handel zu sein. Tendenziell werden die Anforderungen jedoch immer ähnlicher. Um diesen Anforderungen zu entsprechen, sind die Regierungen mit ihrer Entwicklungszusammenarbeit und dem politischen Dialog in der Pflicht. Aber auch die Privatwirtschaft ist gefordert, vor allem, solange das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Einhaltung von Standards besteht. Ansätze und Erfolge müssen vermittelt werden: über Verbraucheraufklärung und Medien.

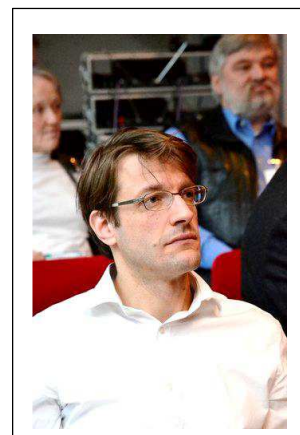
Das zweite Forum stand unter folgenden Leitfragen:

- Was macht der Handel? Wie bewegen sich die konventionellen auf die fairen Handelspartner zu?
- Ursprungskennzeichnung - ein Siegel mehr oder Erhöhung der Transparenz?
- Welche Herausforderungen stellen sich den weiterverarbeitenden Unternehmen/Akteuren innerhalb der Wertschöpfungskette?
- Kritischer Konsum - Welchen Einfluss haben die Konsumenten und Konsumentinnen?
- Verbraucherschutz im Norden versus Einkommensschaffung im Süden?

5.1 Familienunternehmer gesucht!

„Wir glauben an das System des Familienunternehmens, da es uns – und große Teile der deutschen Wirtschaft – erfolgreich gemacht hat. Auch unsere Kunden sind zum Großteil kleine und mittelständische Unternehmen, das lässt Geschäfte auf Augenhöhe zu. Unsere Partnerschaften basieren auf Vertrauen statt auf Verträgen.“

Frank Erbacher, Geschäftsführender Gesellschafter der Erbacher Food Intelligence GmbH & Co. KG, Vorstand der gemeinnützigen Erbacher Stiftung



Das Familienunternehmen Erbacher-Josera engagiert sich als industrieller Lebensmittelerzeuger des Mittelstands in der dritten Generation um nachhaltige Ernährungskonzepte für Mensch und Tier. Wir bemühen uns um echten Nutzen für den Kunden, ressourcenschonende Erzeugung, gesundheitlichen Mehrwert und faire Partnerschaften auf Augenhöhe. Wir sind kein klassischer Fruchterzeuger oder -händler sondern lediglich Verwender von Früchten in unseren Cerealien, Snacks und Riegeln.

Die angedockte gemeinnützige Erbacher Stiftung arbeitet seit 25 Jahren weltweit in konkreten Projekten der Entwicklungszusammenarbeit zur Förderung des ländlichen Raums und von eigenständiger Lebensmittelerzeugung. Persönliche Kontakte, nachhaltige Strukturprojekte und deren gut abgestimmte, zeitlich begrenzte, finanzielle Unterstützung stehen im Mittelpunkt.

Aktuell beschreiten wir zwei weitere Wege der Entwicklungszusammenarbeit:

- Initiiert im Jahre 2012 durch die AFOS Stiftung auf den Philippinen, sind wir im Rahmen des develoPPP mit der DEG⁸ eine Public Private Partnerschaft (PPP) mit dem philippinischen Verarbeiter von Trockenfrüchten Orient Foods in Dumaguete eingegangen.

Wir streben den Aufbau einer langfristigen Partnerschaft an und wollen ein hochwertiges Produkt (philippinische Mangos) als Teil einer neuen Produktlinie, mit zuverlässiger Belieferung in Bezug auf Zeit, Volumen und Qualität, sowie eine möglichst sinnvolle Verteilung der Wertschöpfung entsprechend der vorhandenen Kompetenzen.

Für unsere Partner auf Erzeugerseite streben wir eine gerechte Entlohnung entsprechend der tatsächlich erbrachten Wertschöpfung bis auf die unterste Ebene sowie die Umstellung auf Bio-Anbau an.

- Wir glauben an das System des Familienunternehmens, da es uns und große Teile der Deutschen Wirtschaft erfolgreich gemacht hat. Deshalb engagieren wir uns auch in Tansania in der Family Corporation for Food (FCF).

Das ist unsere Vision: Hinter einem Familienunternehmen steht immer eine Familie. Für diese Menschen, die in Generationen denken, ist ihr Unternehmen neben Einkommensquelle auch Teil ihres schöpferischen Lebens. Diese moralische Verpflichtung schafft Beständigkeit, Planbarkeit und Vertrauen. Diese Grundhaltung, die auch in Entwicklungsländern ausgeprägt ist, verbindet Familienunternehmer überall.

In Tansania haben wir Unternehmertypen gesucht, die ein Familienunternehmen erfolgreich aufbauen können. Unsere Unterstützung besteht in Knowhow und Beratung,

⁸ develoPPP.de ist ein Förderprogramm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für sog. Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft, das u. a. von der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), einer Tochter der KfW Bankengruppe, angeboten wird. develoPPP.de richtet sich an Unternehmen, die sich langfristig in Entwicklungs- und Schwellenländern engagieren und dabei ihr unternehmerisches Engagement nachhaltig gestalten wollen. Frank Erbacher hält es für sehr zielführend, weil es Marktakteure grenzüberschreitend zusammenbringt wie Erbacher und Orient Foods, weil es sich direkt an den Mittelstand wendet und konkrete, zeitlich begrenzte Projekte fördert.

Technologie, Erarbeitung eines Business Plans, Vertriebsaufbau, Marketing und Management-Methodik.

Ziel ist, dass jeder Partner in drei Jahren unabhängig als Unternehmer agiert, nutzenbringende Produkte herstellt und lokal vertreibt, bis zu 100 Familien in Brot und Verdienst bringt und profitabel arbeitet. Schwerpunkte sind derzeit Fruchttrocknung und Wiederaufforstung.

Vorrangig ist der Aufbau lokaler Vermarktungsstrukturen, denn es gibt in Tansania einen Bedarf an ganzjähriger Versorgung mit hochwertigen Früchten. So können die Unternehmer dort erste Schritte gehen, um nach und nach in Richtung der europäischen Lebensmittelstandards zu kommen. Ein gesunder lokaler oder regionaler Absatz sorgt außerdem für eine kontinuierliche, planbare Auslastung und schafft so mehr Unabhängigkeit und eine bessere Verhandlungsposition gegenüber zukünftigen, internationalen Abnehmern.

Unsere Verantwortung

- Gerade wenn wir erkennen, dass wir Teil eines Systems sind, das erhebliche Mängel aufweist, von denen wir sogar profitieren, tragen wir Verantwortung, Dinge zum Gerechteren zu verändern. Das betrifft Qualität und Umgang mit Lebensmitteln, die tatsächlich Gesundheit und Genuss dienlich sind, Umgang mit Ressourcen sowie die faire Entlohnung für erbrachte Wertschöpfung.
- Wir haben dabei selbst einen Zugewinn: Dieses Bemühen macht uns bei anderen Menschen (Mitarbeiter, Geschäftspartner, Kunden) attraktiv, die ebenfalls nach Sinn suchen. Jenseits von Profitmaximierung, hohen Gehältern und Boni.
- Die Freiheit eines Familienunternehmens kommt uns zugute: In großen Strukturen (ob Profit oder Non-Profit) sind viel zu viele Stakeholder zu fragen, die alle unterschiedliche und möglicherweise widerstreitende Individualinteressen haben. Auf diese Weise wird ein solcher Prozess schwerfällig oder sogar ängstlich. Herauskommen so meist nicht mehr als Feigenblattaktivitäten, weil keiner tatsächlich Verantwortung übernimmt.

„Im Bio-Anbau von Mangos auf den Philippinen sind wir auf Projektebene damit konfrontiert, dass das nationale Gesetz zur biologischen Landwirtschaft noch nicht in der lokalen Realität angekommen ist. Interesse in lokalen landwirtschaftlichen Behörden ist zwar da, aber es fehlt Wissen. Also laden wir in das Training von Farmern, dem wir uns verschrieben haben, auch Vertreter der staatlichen Behörden mit ein.“

Frank Erbacher

Die Verantwortung des Staates

Der Staat hat die unternehmerischen Rahmenbedingungen zu schaffen:

- Infrastruktur, insbesondere Verkehrswege und Kommunikation.
- Einen verlässlichen Rechtsrahmen mit unabhängiger Rechtsprechung und klaren Eigentumsrechten.

- Geregelttes Verbandswesen (mit unternehmerischen Netzwerken) zulassen und unterstützen.
- Steuerliche Gesetzgebung optimieren, die unternehmerisches Handeln überhaupt erst möglich macht.
- Kontrolle, um Mächteungleichgewicht (v.a. bei Banken und Kreditvergabe) zu verhindern.
- Kluge Handelspolitik, um überregionale und internationale Handelsbeziehung planbar und unbürokratischer zu machen.

Der Staat ist auch verantwortlich für eine unabhängige Bildung: die Schulbildung als Grundvoraussetzung für Wohlstand; die Berufsbildung und Berufliche Beratung; die Forschung – auch was den internationalen, interdisziplinären Wissenstransfer zwischen Hochschulen angeht.

Mehr nicht!

Wir brauchen keine Dauersubventionen. Ihnen liegen individuelle Interessen zugrunde, die den zu Entwickelnden maximal punktuell helfen, aber keine ganzheitlich nachhaltige Entwicklung zulassen.

Auf philippinischer Projektebene sind wir damit konfrontiert ...

- dass das nationale Gesetz zur biologischen Landwirtschaft realiter noch nicht umgesetzt wird. Staatliche Kooperationspartner haben zwar ein hohes Interesse an Biolandwirtschaft und sind kooperationsbereit, aber es fehlt das Wissen. Selbst die lokale Universität bietet noch keinen Kurs speziell zu Biolandwirtschaft an.
- dass Farmer vor Ort zwar z.T. Erfahrung im Bio-Anbau haben, die bisher angewendeten ‚biologischen‘ Methoden aber keinem Standard entsprechen. Wir müssen die Bauern deshalb schulen.
- dass es noch keine Vergleichsprojekte auf den Philippinen mit biozertifizierten Früchten gibt. Wir suchen daher den Austausch mit anderen erfahrenen Bio-Produzenten (wie bei Reis und Zucker).
- dass die Biotechnologie im Projekt selbst erst entwickelt werden muss. Auch hier lernen wir von Partnern in Asien, die bereits tropische Früchte nach EU-Öko-standard erfolgreich anbauen und exportieren.

Unternehmen wie Erbacher übernehmen also über den eigenen Kernauftrag hinausgehende – eigentlich staatliche – Aufgaben: Bildung, Forschung, Entwicklung. Das kann letztlich nicht befriedigen und ist auch nicht effizient, denn es dient zwar dem Einzelprojekt, hat aber nur eine lokale Breitenwirksamkeit. Es fehlen die flächendeckenden Multiplikatoren, die staatlichen Anbauberater, der Transfer in schulische Lehrinhalte. Welcher Mittelständler wird sich diesen Aufwand leisten können oder wollen?

In Deutschland ist mehr Verbraucherbildung erforderlich!

Zunehmend ist festzustellen, dass es bei den Konsumenten hierzulande eklatante Defizite in Sachen Lebensmittelwissen gibt. Die arbeitsteilige Gesellschaft hat Anbau, Herstellung und Zubereitung von Lebensmitteln abgegeben. Weil sich die Verbraucher nicht mehr damit befassen müssen, haben sie das Wissen darüber verloren und sich immer mehr vom Agrarsektor entfernt.

Dieses fehlende Wissen ist in meinen Augen nach das größte Problem, das wir jetzt gerade diskutieren. Die Auswirkungen sind fatal: Das fehlende Wissen fördert Werbeunsinn der Industrie, oberflächliche Skandaltrieberei in den Medien gefolgt von politischem Aktionismus, ausufernde Label und Siegel, die Sicherheit suggerieren, ohne dass man sie versteht. Fehlendes Wissen erschwert die Kommunikation komplexer Sachverhalte wie fairen Anbau, Veredelung und Handel. Fehlendes Wissen über echte Lebensmittelqualität gibt dem Argument Preis so viel Macht.

Der deutsche Verbraucher lässt sich von der Niedrigpreiswerbung des Handels fangen. Das Schnäppchen schlägt alles. Leider auch bei Lebensmitteln.

Der Staat hat hier eine riesengroße Aufgabe! Es wäre sinnvoller, Konsumenten (beginnend bei den Kindern) Warenwege und Wertschöpfungsketten zu erklären statt aufwendig und schwer kontrollierbare Qualitätssiegel und Standards zu etablieren. Ein Übermaß an Standardisierung führt zum Vortäuschen falscher Sicherheiten, Unmündigkeit und Abhängigkeit der Verbraucher.

Die Erfahrung zeigt uns, dass Verbraucher gesunde, natürliche, regionale Lebensmittel wollen. Erst danach folgt der Wunsch nach Bio- oder fair angebaute und gehandelte Ware. Fair ist in diesem Ranking ein eher untergeordneter – nice to have – Mehrwert.

Wenn wir das Spendenvolumen der Deutschen auf faire Lebensmittelpreise umlegen und diese dann in der Kette weitergeben würden, könnte deutlich mehr Gerechtigkeit entstehen. Das wäre echte Strukturhilfe statt Katastrophen- oder Nothilfe.

Aufklärung statt Regulierung

Der Staat gibt dem unwissenden Verbraucher scheinbar Sicherheit, indem er Standards setzt und reguliert, auch unter der Prämisse des sogenannten Verbraucherschutzes. Grundanforderungen und Richtlinien für Hygiene und Lebensmittelsicherheit brauchen wir, keine Frage. Doch die politische Arbeit ist primär beeinflusst von den Konzernen und deren marktbeherrschenden Interessen.

Ein Beispiel: die europäische Novel-Food-Verordnung, also die Zulassung von Zusatzstoffen in der Lebensmittelerzeugung. Diese Verordnung unterbindet Innovation auf Ebene kleiner, mittelständischer Unternehmen. Durch unsere Arbeit in Entwicklungsländern hätte Erbacher Zugriff auf wertvolle Zutaten, die sich in der Ernährung von Millionen Menschen weltweit bewährt haben. Eine lebensmittelrechtliche Zulassung ist aber so kompliziert, aufwendig und kostenintensiv, dass sie für einen Mittelständler nicht zu leisten ist.

Alles in guter politischer Absicht und im Sinne des Verbraucherschutzes. Neue Märkte für Lieferanten aus Entwicklungsländern können dadurch jedoch nicht entstehen!

Von daher mein Appell: Auch in Deutschland kann staatlicherseits der beste Dienst an Entwicklungszusammenarbeit geleistet werden, indem aufgeklärt wird, indem ein Verständnis für gerechte Handelsbeziehungen geschaffen wird, die dann wiederum in bewussten Kaufentscheidungen resultieren.

Die Rolle des Handels

Aktive Entwicklungszusammenarbeit muss eigenständig und eigenverantwortlich zwischen den wirtschaftlichen Akteuren – Herstellern, Handel und Verbrauchern – stattfinden.

Die Handelsunternehmen hierzulande verfügen über eine enorme Marktmacht: Fünf Handelsunternehmen versorgen 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Im Vergleich stellen die Top 10 der Lebensmittelindustrie gerade mal 13 Prozent der gesamten Lebensmittel her. Der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) hat direkt Zugang zum Endverbraucher und genießt große Glaubwürdigkeit; er nimmt eine dominante Stellung gegenüber den Herstellern und Erzeugern ein und kann Standards einfordern.

Der Handel könnte also richtig viel bewegen.

Der mögliche Effekt zeigte sich z. B. beim Wachstum des Bio-Sektors in den vergangenen Jahren.

Doch nach wie vor ist ein (niedriger) Preis wichtigstes Kriterium und gilt als Wettbewerbsvorteil, weit vor echter Lebensmittelqualität und sehr weit vor global gerechter Erzeugung. Die ständige Beförderung der Discount-Mentalität bei Lebensmitteln macht nachhaltige, gerechte Lebensmittelerzeugung nahezu unmöglich.

Die Kommunikation von *preiswert* im Sinne von Wertigkeit fürs Leben statt billig – das sollte der Handel herausstellen.

„Mit Blick auf die Armen ist es ja nicht so, dass die deutschen Verbraucher herzlos wären. Wir sind nicht nur beim Autobauen und im Fußball Weltklasse, sondern auch im Spenden.“

Wenn wir das Spendenvolumen auf faire Lebensmittelpreise umlegen und diese dann in der Kette weitergeben würden, könnte deutlich mehr Gerechtigkeit entstehen. Statt Lebensmittel zu Discountpreisen zu kaufen und dann an Weihnachten für Waisenkinder zu spenden, könnte gleich ein angemessener Preis für Schokolade, Kaffee und Früchte bezahlt werden. Gleichzeitig wäre das echte Strukturhilfe statt Katastrophen- oder Nothilfe.“

Frank Erbacher

„Grundsätzlich gilt also: besser aufklären statt einer Flut an Endverbrauchersiegeln.“

Frank Erbacher

Unsere Verantwortung als Lebensmittelhersteller

Das ist unsere zutiefst christliche Grundeinstellung:

Wir müssen Wertschöpfung da entstehen lassen, wo sie nicht allein *uns* am meisten Nutzen bringt, sondern *allen* Beteiligten der Wertschöpfungskette. Die Verarbeitung von Trockenmangos, das Stanzen von speziellen Formen und die Abpackung ist klüger bei Orient Foods als bei Erbacher angesiedelt (subsidiärer Ansatz). Wir sollten verstärkt strategische Partnerschaften eingehen.

Wir müssen den fairen Preis, den der Verbraucher zu zahlen bereit ist, zu einem „Fair-Teilen“ machen. Bis hin zum Farmer.

Wir dürfen insbesondere Lebensmittel nicht als primär betriebswirtschaftliches Objekt betrachten, sondern als Teil der Schöpfung. Wir selber sind Teil dieses schöpferischen Kreislaufs.

Qualitätsmanagement und Produktentwicklung müssen über die Spezifikation des Handelskunden und die Gesetzgebung hinausgehen: Das bezieht den Umgang mit Böden und Wasser und die genetische Vielfalt des Saatguts ein und endet mit wahren Genuss und Lebensenergie für den Konsumenten.

Wir müssen unsere Arbeit in den Dienst des Menschen stellen. Als Unternehmer arbeiten wir mit Menschen und für Menschen. Wir sollten dankbar sein für das, was uns gelingt!

„Kürzlich vernahm ich sinngemäß folgende Worte unseres Papst Franziskus:

- Wenn die Wirtschaft gerecht handeln würde, bräuchten wir keine Hilfsorganisationen.

Wenn Gerechtigkeit und Menschlichkeit gegeben sind, kann man verantwortungsvoll unternehmerisch arbeiten. Die weitere Verantwortung für Erfolg und Misserfolg liegt dann in anderen Händen.“

Frank Erbacher

5.2 Wie Kleinbauern Standards schaffen können

„Mit und für den Markt arbeiten heißt, den ständigen regelmäßigen Dialog zwischen Produzenten und Marktbeteiligten führen.“

Charito Abobo-Cadorna, OURFood Program, Philippinen



Das philippinische OURFood-Programm zeigt, welcher Weg möglich ist, um Kleinbauern in die Lage zu versetzen, für den Markt – den lokalen wie den internationalen Markt – zu produzieren.

OURFood⁹ steht für ein Programm, das die Rollen bzw. Funktionen aller an der Lebensmittelkette beteiligten Partner optimieren will. Das Programm wird auf der einen Seite vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und der AFOS Stiftung (AFOS Foundation for Entrepreneurial Dev. Coop) in Deutschland unterstützt und bezieht auf der anderen Seite Handelskammern der deutschen wie regionalen philippinischen Seite, Händler und Handelsketten sowie die nationalen Behörden und Ämter für Landwirtschaft sowie die Forschung, aber auch private Partner mit ein.

Zielgruppe sind die kleinsten, kleinen und mittleren Bauern (MSM-Betriebe), die auf den Philippinen ein erhebliches Potenzial ausmachen: Mit rund 9,6 Mio. Hektar Land werden etwa 32 Prozent der Landfläche für die Landwirtschaft verwendet. 40 bis 60 Prozent dieser kleinen Betriebe arbeiten in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, sie tragen aber nur zu 10 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt des Landes bei. Hinzu kommt, dass viele Nahrungsmittel importiert werden müssen; die philippinischen Bauern müssen sich also auch im Hinblick auf die Qualität der eingeführten Waren dem Wettbewerb stellen.

Nationale Standards für Lebensmittelqualität und -sicherheit sind zwar definiert; sie müssen jedoch auch implementiert werden, was durch den vorherrschenden Mangel an Trainingsinstitutionen bislang noch schwierig war.

OURFood hat sich zum Ziel gesetzt, die Einkommenssituation von MSM-Betrieben in ausgewählten Regionen (Cebu, Insel Negros) zu verbessern. OURFood will die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen entlang der gesamten Kette der Nahrungsmittelversorgung fördern. Dabei basiert das Programm, ausgehend von den Marktanforderungen nach bestimmten Qualitäten und Standards, auf der Ausbildung und Qualifizierung der Produzenten: in unternehmerischer Hinsicht, in guter landwirtschaftlicher Praxis (GAP¹⁰), in der Planung des Anbaus und in Zusammenarbeit mit Dienstleistern für Technik, Finanzierung und Markt.

⁹ OURFood ist eine Abkürzung für ‚Optimizing and Upscaling Roles in the Food Supply Chain‘.

¹⁰ GAP = Good Agricultural Practice



Abbildung: Die Arbeit von OURFood auf einen Blick

Die Analyse der Marktanforderungen hat zu den inhaltlichen Leitlinien des Programms geführt:

- nachhaltige Landwirtschaft
- faire Preise
- Lebensmittelproduktion, Lebensmittelverarbeitung und Logistik nach definierten Standards
- Beachtung von Umweltaspekten (organic farming)
- Rückverfolgbarkeit durch Transparenz und sichere Dokumentation.
- Auch müssen gewisse Produktionsmengen tatsächlich geliefert werden können.

Um die Kleinbauern nicht zu überfordern, gibt es eine klare Hierarchie: Basisstandard ist die gute landwirtschaftliche Praxis (GAP), auf die Standards von Fairtrade bzw. noch weitergehend eine komplette Rückverfolgbarkeit aufgesattelt werden können.

OURFood billigt in Phase 1 sowohl konventionell als auch organisch produzierte Lebensmittel, wenn sie nach den Kriterien guter landwirtschaftlicher Praxis und nach den Standards hinsichtlich Lebensmittelsicherheit erzeugt worden sind. In der zweiten Phase ist dann anvisiert, dass alle Bauern die Kriterien von Organic GAP erfüllen. Das geht von der Saatgutauswahl über Bodenbearbeitung und Pflanzung, über Wasser- und Nährstoffmanagement sowie Pflanzenschutz bis hin zur Ernte, Verarbeitung und Vermarktung.

Der Gewinn für die Farmer liegt in einer besseren Infrastruktur zwischen Produzent und Markt, in einem gezielten Marketing, Qualitätskontrollen, einer verlässlichen Finanzierbarkeit, besserem Zugang zu Technologien und beispielsweise Bewässerungsmöglichkeiten, verbesserten Anbauverfahren für Gemüse und auch der Vermeidung von Ernteverlusten.

Der Markt gewinnt durch OURFood ebenfalls: Es wird ein Premium-Markt aufgebaut, dessen Produkte hohe Standards des Handels erfüllen und dadurch eine bessere Wertschöpfung aufweisen. Das gilt auch für die lokalen Märkte. Bauern auf niedrigster lokaler Ebene erhalten Zugang zu professionellen Weiterverarbeitern und Händler. Verbraucher können sich auf eine sichere und lückenlos dokumentierte Warenkette verlassen, die zudem an internationalen Standards ausgerichtet ist. Es entwickelt sich eine hoch qualitative Produktion, bei der alle identifizierten Akteure einem bestimmten Standard folgen.

Derzeit sind 66 Farmer bzw. Farm-Partner involviert; die durchschnittliche Betriebsgröße liegt bei 1 Hektar; produziert werden hochwertige Gemüsesorten, Früchte und Kräuter.

OURFood hat Schulungs- und Qualifizierungsprogramme nicht nur für die Kleinbauern etabliert, sondern auch für die ansässigen Verarbeiter von Lebensmitteln. Überdies sind verbindliche Curricula erarbeitet worden, die von den vor Ort tätigen Organisationen und Behörden übernommen werden (sollen). OURFood wirkt auch auf den Markt selbst ein, indem Nachfrage und Standards definiert werden, um gute Produkte am Markt unterbringen zu können, und indem die Sachverhalte mit den Partnern abgestimmt werden.

„Ein offener Dialog über Kriterien und Nachfrage lässt sowohl Käufer als auch Erzeuger zu Gewinnern werden.“

Charito Abobo-Cadorna

Die Erfahrungen zeigen, dass die Bauern seit den ersten OURFood-Produkten am Markt deutlich bessere Preise (plus 20 Prozent) realisieren können. Voraussetzungen sind die hohen Anforderungen in Sachen Lebensmittelsicherheit in der gesamten Kette, die engmaschige Kontrolle und Beratung durch die Mitarbeiter des Programms und die Beachtung der Prinzipien von Fairtrade bzw. gewisser sozialer Aspekte.

Es bleiben jedoch noch Herausforderungen zu stemmen:

- Die Bauern werden nicht als Unternehmer geboren, unterliegen jedoch dem allgemeinen Anspruch auf ausreichend und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel.
- Die Dokumentation auf Ebene der Bauern muss weiter optimiert werden.
- Hervorragende Produktqualität nach GAP-Standards bei Minimierung des Einsatzes von chemischen/synthetischen Produktionsmitteln.
- Mindestlöhne für Arbeiter.
- Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen (sanitäre Anlagen, Vorratswirtschaft etc.)
- Transportprobleme.
- Verbraucherbildung: Wenn Konsumenten die Produktionsbedingungen verstehen und bejahen, lassen sich höhere Preise für hohe Qualität und sichere Lebensmittel besser realisieren.

5.3 Stellungnahmen und Auswertung



Henrike Berger (l) moderiert (v.l.n.r.) Kerstin Uhlig (GlobalGAB), Thomas Speck (GEPA) und Silke Schwartau (Verbraucherzentrale Hamburg e.V.)

Silke Schwartau, Verbraucherzentrale Hamburg e.V.

Es ist durchaus nicht so, dass der Verbraucher nicht verantwortungsvoll kauft. Ungefähr 20 Prozent der Verbraucher, das zeigen verschiedene Marketingstudien, sind besonders bewusst und kaufen auch fair gehandelte und Bioprodukte. Das Käuferbewusstsein und auch die Bereitschaft, dafür zu zahlen, haben stark zugenommen. Das hat Einfluss auf den Markt der Zukunft!

Problematisch ist, dass es einen Preiswettbewerb, aber keinen Qualitätswettbewerb gibt. Der Verbraucher sieht im Supermarkt zuallererst den Preis. Was er nicht sieht, ist das unsichtbare Preisschild für die sozialen und ökologischen Standards, die dahinterstehen. Das Thema Transparenz ist ein ganz wesentliches: Verbraucher wissen und erfahren einfach beim Einkaufen nichts über Nachhaltigkeit und Sozialstandards. Da muss unbedingt nachgebessert werden. In Zeiten des Web 2.0 sollte es kein Problem sein, verstärkt Informationen und Transparenz zu bieten. Es gibt ja bereits Apps, über die man jederzeit sehen kann, was auf den Feldern passiert.

Wir haben einen wichtigen Informationsauftrag: Was passiert, bevor wir Produkte in den Supermarktregalen haben? Verbraucher müssen Vertrauen haben können!

Weil die Politik nichts macht, gibt es Privatinitiativen zur Verbesserung. Die sind wichtig, jeder kleine Schritt ist wichtig. Die Kehrseite der Flut von Siegeln und Standards ist: Die Verbraucher haben es schwer, sich da zu orientieren und den Durchblick zu behalten.

Die Politik muss gestalten, dann hätten wir wettbewerbsneutrale Siegel und Standards, die dann klare Orientierung bieten. Das Bio-Label ist gut, da gibt es ganz klare Definiti-

onen, wann man so deklarieren kann. Das Fairtrade-Logo ist ebenfalls sehr gut. Leider kümmern Politiker sich viel zu wenig um diese Dinge.

Thomas Speck,
GEPA, The Fairtrade Company GmbH

Es geht um Verantwortung.

Vielleicht zuerst zum *Handel*: Mein Eindruck ist, dass es auf Seiten dieser großen Lebensmittelhändler mit einer Konzentration auf die besagten fünf großen Player viel Propaganda und viele Worte gibt, sich in Richtung Nachhaltigkeit zu bewegen. Vielleicht gibt es auch ein paar ernsthafte Bestrebungen: Aber im Kern geht es nach wie vor in allererster Linie um den Preis.

Um gegenüber dem Verbraucher zu bestehen und Marktanteile zu sichern, wird der Preis im Wettbewerb möglichst weit nach unten gedrückt. Durchaus auch im Nachhinein: Mittelständler, die an diese Unternehmen verkaufen, werden über nachträgliche Konditionen und den direkten Rechnungspreis gnadenlos unter Druck gesetzt. Und zwar, ohne dass sich die Verantwortlichen Gedanken machen, wer diesen Preis eigentlich am Ende bezahlen muss.

Das Streben des Handels nach maximalem Gewinn bleibt, ohne Rücksichten zu nehmen!

Sicher ist der *Verbraucher* bewusster geworden. Aber auch das stößt an Grenzen, weil Verbraucher, selbst wenn sie auf Bio oder faire Ware achten, einfache Botschaften haben möchten und keine komplexen Zusammenhänge. Orientierung bieten dann Siegel wie das Fairtrade-Siegel, das meiner Meinung nach mehr Orientierung gibt, als wenn alles nur über die Eigenmarken der Unternehmen läuft.

Fairtrade war lange ganz erfolglos, marginal am Markt. Und wir sind immer noch weit von Marktanteilen entfernt, die berechtigte Hoffnung zulassen würden, der Verbraucher könnte es richten.¹¹ Es ist ein wichtiger Beitrag, aber damit verändert man nicht die Welt.

Und doch interessiert sich die Wirtschaft zunehmend. Fairtrade muss sich darauf einlassen, um in der Breite was zu erreichen. Wir haben uns bei GEPA deswegen ein bisschen vom Siegel gelöst und versuchen, einen eigenen Weg zu gehen. Wenn man große Player überzeugen will, bleibt einem nicht viel anderes übrig, als ein paar hohe Hürden ein bisschen niedriger zu machen.



¹¹ Die Marktanteile liegen bei einem wichtigen Produkt wie Kaffee in Deutschland immer noch bei nur zwei bis drei Prozent. In England scheint das Maximum mit 20 Prozent erreicht.

Das heißt, nicht nur der konventionelle Handel bewegt sich auf den Fair-Handelsmarkt zu, sondern es findet auch umgekehrt eine Anpassung statt. Das hat uns zum Teil harsche Vorwürfe aus eigenen Kreisen eingebracht. Andererseits haben wir so den Fuß in der Tür und können den herkömmlichen Handel kritisch und positiv herausfordern. Ich muss den Sachverhalt immer wieder an die Entscheider adressieren, nur dann bringe ich die ganze Sache kontinuierlich voran in die richtige Richtung.

Kerstin Uhlig, Global G.A.P

Mir ist in der Diskussion aufgefallen, dass wir immer noch sehr von einem Europa-, oder Nord-Süd-Blickwinkel auf die Sache schauen. Wir wollen mit gutem Gewissen konsumieren. Wir wollen, dass unsere Lebensmittel fair gehandelt sind, dass sie ökologisch wertvoll produziert worden sind, dass sie schön aussehen und lecker schmecken, und das alles auch noch zu einem guten Preis.

Die Entwicklungszusammenarbeit sollte sich jedoch künftig mehr auf Projekte in den Regionen selbst konzentrieren, gerade wenn es darum gehen soll, die Ernährung sicher zu stellen und in den Ländern selbst die lokalen Märkte Schritt für Schritt zu verbessern. Und da hat der Staat eine ganz wesentliche Verantwortung. Diese staatliche Verantwortung wird zurzeit nur in kleinsten Projekten (wie dem von AFOS auf den Philippinen) oder für Bruchstücke der Supply Chain angefasst. Hoffentlich hat das Beispielcharakter für andere Handelsunternehmen!

Wir brauchen auch einen Konsens der Branche: Wenn einer alleine anfängt, zu höheren Preisen oder eine bessere Qualität einzukaufen, dann wird das eine Nischenlösung bleiben. Wir sehen in der Zusammenarbeit von Handel und Global GAP, dass eine branchenübergreifende Lösung für Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln – als Konsens wie bei der gesamten Obst- und Gemüseinkaufspolitik – sinnvoll ist. Es läuft in Richtung Nachhaltigkeit, aber es gibt noch keinen Konsens.

Insbesondere beim Thema Sozialstandards haben wir auch noch keine Vorzeigesituation hier in Europa. Überall in der Landwirtschaft gibt es Saisonarbeiter: Das Problem hat weder die Politik im Griff, noch die private Wirtschaft; es gibt einen Mangel an Regulationen, an Monitoring und Kontrolle. Erklärlich also, dass die private Wirtschaft eigene Lösungen sucht, auch um Risiken zu minimieren und eine gewisse Kontrolle über die eigene Lieferkette auszuüben.

Standards sollen Vertrauen herstellen. „Vertrauen statt Verträge“ funktioniert leider nur in bestimmten Handelsbeziehungen. In den seltensten Fällen kennt der Einkäufer den Produzenten vor Ort. Nicht zuletzt deshalb ist es wichtig, auch Kapazitäten vor Ort zu schaffen, gerade wenn wir wollen, dass die lokalen Märkte sich verbessern.

Da gibt es eine ganz große Aufgabe für die staatlichen Organisationen, Wissen in Universitäten einzubringen, das Thema „gute Agrarpraxis“ in Kooperation mit ihnen zu un-

terrichten. Für uns gilt, dass alle Projekte, in denen wir uns engagieren, einen direkten Bezug zu einer Vermarktung haben.

Fazit aus der Diskussion im Forum

Der Lebensmittelmarkt hier in Deutschland wird nach wie vor von einem sehr starken Preiswettbewerb dominiert. Den Preis bezahlt letztendlich der Produzent, der am Anfang der kompletten Wertschöpfungskette steht und das Preisdiktat die Kette herunter aushalten muss. Es bleiben Fragen: Wie kann man diesen Preiswettbewerb durchbrechen und wer fühlt sich in der Lage dazu? Wie kommt man zu einem echten Qualitätswettbewerb im Handel? Welche Akteure können stark werden? Wer kann Akzente setzen? Ist es für ein Unternehmen überhaupt möglich, eine transparente Preispolitik zu machen, ohne gegen Spielregeln zu verstoßen?



*aus dem Publikum:
Nikolai Fuchs, Nestlé Foundation*

Die Siegel und Label haben zwei Seiten: Einerseits sollen sie dem Verbraucher Orientierung und Transparenz geben; andererseits gibt es klare Forderungen an die Politik, verbindliche Siegel und Transparenz nicht dem Privatsektor zu überlassen.

Ein weiterer Punkt ist relevant: Was ist mit den Kleinbauern und den relativ schwachen Produzenten? Sie sehen sich mit sehr starken Siegeln konfrontiert, die von Konsumländern vorgegeben werden. Wie kann es gelingen, im Rahmen von Standards den Diskurs demokratischer zu führen und diejenigen mit an den Tisch zu holen, die es angeht und die Standards umsetzen müssen, die Bauern und Wanderarbeiter auf den Plantagen? Und was passiert mit den Betrieben, wenn sie die Standards (Produktstandards, Sozialstandards) nicht einhalten können? Was passiert mit den Waren, wenn der Standard nicht erfüllt wird?

6. Weichen stellen in die Zukunft



v.l.n.r.: Katrin Gerdsmeyer, Oscar Andrés Kardinal Maradiaga Rodríguez, Angela Mwape Mulenga, Bärbel Höhn, Christian Schärtl, Anke Bruns, Sussan Ipaktschi

Die Podiumsdiskussion am Nachmittag stand unter der Leitfrage, welche Stellschrauben in der Agrar- und Entwicklungspolitik für die Zukunft justiert werden müssen. Unter der Moderation von Anke Bruns diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung mit Bärbel Höhn (MdB Bündnis 90/Grüne), Angela Mwape Mulenga (bis Ende 2013 COMESA - Common Market for Eastern and Southern Africa, Lusaka, Sambia), Katrin Gerdsmeyer (Katholisches Büro Berlin) und Oscar Andrés Kardinal Maradiaga Rodriguez (Caritas Internationalis).

Neuer Wertediskurs nötig

Sie führten die Ergebnisse der intensiven Gespräche und Diskussionen zusammen und stellten zentrale Aspekte heraus, die Anstöße für die künftige und fortlaufende Arbeit geben können:

Einig waren sich die Teilnehmer sowohl auf dem Podium als auch im Publikum, dass es zu einem neuen und veränderten Wertediskurs mit allen Beteiligten (Wirtschaft, Regierung, Arbeitenden, Zivilgesellschaft etc.) und auf allen Ebenen kommen müsse. Es gehe um eine Bewusstseinsbildung auf allen Seiten – bei Landarbeitern und Kleinbauern wie auch bei den Konsumenten und den Zwischenstationen in der Wertschöpfungskette.

„Heute ist die Marktmacht und die Rolle des Lebensmitteleinzelhandels relativ ausführlich besprochen worden. Aber ich glaube nicht, dass es allgemein bekannt ist, wie groß die Marktkonzentration in dem Bereich ist. Diese Marktmacht geht mit einer erheblichen Verhandlungsmacht und Preissetzungsmacht einher.

Das wird durchgereicht bis in die untersten Stufen der Wertschöpfungskette, zum Produzenten. Eine so erhebliche Macht ist ethisch mit einer großen Verantwortung verknüpft, die auch übernommen werden muss. Dazu muss man den Willen haben.“

Katrin Gerdsmeyer

Katrin Gerdsmeyer brachte es auf den Punkt, indem sie sagte: „Eigentlich wissen wir genug, um Dinge zu ändern. Es geht darum, dass wir sie auch ändern wollen.“ Es müsse uns gelingen, dass wir nachhaltige Produktion als einen Wert erkennen, dass wir es nicht mehr als anzustrebenden Wettbewerbsvorteil ansehen, möglichst schlecht zu bezahlen oder möglichst zerstörerisch mit Umweltressourcen umzugehen. Es sollte dann auch gelingen, die Kosten für Mensch und Umwelt stärker einzupreisen. Dafür gebe es ja Vorschläge, wie zum Beispiel einen bevorzugten Marktzugang für nachhaltig erzeugte Produkte.

Oscar Kardinal Rodriguez prangerte an, dass es in Anbetracht der modernen Ökonomie viele Menschen gebe, die als sog. Business People nur das Streben nach möglichst viel Geld im Sinne hätten. Ganz im Gegensatz zu wahren Unternehmern, die Risiko, Investitionen und auch Gefahren ins Auge blickten (und von denen er an diesem Tag welche habe kennenlernen können, ein Zeichen der Hoffnung!). Doch der Markt sei zu einer Art neuen Gottheit geworden, die von jedermann angebetet werde. Beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos beispielsweise würden die falschen Interessen verteidigt. Aber der Markt sei lediglich ein Werk von Menschenhand. Die Menschen hätten die falsche Perspektive und die falsche Wertehierarchie. Die Ökonomie müsse sich verändern und den Menschen selbst in den Mittelpunkt stellen. Die Politiker müsse man mit Wahlen unter Druck setzen.

Politik sollte aktiver werden

Dass die Politik eine wichtige Rolle spielt, um beispielsweise nicht dem Privatsektor das Feld in Sachen Siegel und Standards zu überlassen, wurde herausgestellt. Die Forderung nach mehr Transparenz und nach mehr Verbraucherbildung war ebenfalls unstrittig. Doch wer vom aufgeklärten und verantwortlichen Verbraucher rede und ihn hochschätze, müsse auch ermöglichen, dass er tatsächlich informiert werden könne.

Die Politik sei gefordert, Rahmenbedingungen für transparente Herstellungsbedingungen entlang der Lieferkette zu gewährleisten und sich auch selbst konsistent und glaubwürdig zu verhalten, indem beispielsweise öffentliche Institutionen mit guten Beispielen vorangingen und auf fair gehandelte Ware achteten.

Die Politikerin Bärbel Höhn wies aber auch der Wirtschaft eine zentrale Funktion zu. Beispielsweise sei es mit bisherigen Siegeln der Wirtschaft wie Fairtrade oder FSC (Forest Steward Councilship) gelungen, aus der Nische (wenn auch langsam, aber doch mit beeindruckenden Wachstumszahlen) herauszutreten und ökologische mit sozialen Standards zu verknüpfen. In Europa habe sich nach der BSE-Krise gezeigt, dass der Druck der Öffentlichkeit es vermocht habe, den Handel zur Aufnahme von Bio-Ware ins Sortiment zu bewegen. Die Politik habe schließlich mit dem EU-Biosiegel ein einheitliches Dachlabel für Bioqualität umgesetzt.

Ein Nachhaltigkeitssiegel sei aber viel schwerer zu kreieren und umzusetzen, dafür gebe es bislang keine Kriterien.

Allerdings gehe es im Bereich von Sozialstandards ja um grundlegende Menschenrechte und um eine vorhandene normative Basis, nicht um eine verhandelbare Masse. Dennoch ist der Prozess offenbar schwierig, weil im nationalen wie internationalen Kontext für die Standardsetzung demokratische Spielregeln und eine möglichst breite Beteiligung zu beachten sind. Höhn maß den länderübergreifenden zivilgesellschaftlichen Netzwerken eine starke Rolle zu und appellierte daran, sie von Seiten der Politik aktiv zu unterstützen und z. B. solche von Bauern und Farmarbeitern zu stärken.

Bauern fit machen und beteiligen

Angela Mulenga, die in Sambia in einem solchen Netzwerk arbeitet, bestätigte, dass es möglich sei, über die Verbindungen einer derartigen Organisation die unterschiedlichsten Akteure aus Politik und Privatsektor zusammenzubringen. Rekurrierend auf ein Nachhaltigkeitssiegel meinte sie, ein Nachhaltigkeitssiegel sei nur zu schaffen, wenn die Erzeuger und Farmer sich selbst organisieren könnten und mit an dem Tisch säßen, wo die Standards beschlossen würden. Alle Wertschätzung der Landwirtschaft seitens der afrikanischen Regierungen, die möglicherweise eine verbesserte Beschäftigung damit verknüpften, oder seitens der Händler, die versuchten, die Farmer für die teuren Zertifizierungen und den Export fit zu machen, würden allein nicht helfen: Nur wer die Bauern einbeziehe, mache sie fähig, die Herausforderungen zu meistern und endlich aus der Armut herauszukommen.

Doch noch ist unklar, wer Kriterien für ein Nachhaltigkeitssiegel definieren könnte: Die Produzenten selbst, die Bauern in Afrika, die Händler oder andere Akteure aus der Wirtschaft, die Regierungen? Jeder sage womöglich etwas anderes, befürchtete Bärbel Höhn. Letzten Endes könne man nicht wer weiß wie viele Siegel haben und der Verbraucher solle entscheiden. Damit werde er überfordert, weil er nicht einschätzen könne, wer mit welcher Motivation dahinterstecke. Der Prozess müsse die Beteiligten zusammenbringen und zum Schluss zu einem klaren und transparenten Siegel mit nachprüfbaren Kriterien führen.

Nicht nur auf Export fixieren

Ob tatsächlich die starke Export- und Weltmarktorientierung im Bereich ‚Tropische Früchte‘ die Lösung für die Kleinbauern sei, wurde in der Diskussion ebenfalls kritisch hinterfragt. Sie sei sicher nicht die Lösung für alle, für den Großteil der Kleinbauern dürfe die Alternative auf den lokalen und regionalen Märkten liegen. Das dürfe man weder übersehen noch vernachlässigen. Was die Chancen des Welthandels für Kleinbauern angehe, dürfe man sich nichts vormachen.

„What I'll take back, what I learned?
... that all actors along the value chain are important. There is need for including all in the dialogue.“

Angela Mulenga

Appelliert wurde, auch die lokalen Märkte und Wertschöpfungsketten vor Ort aufzubauen, damit Kleinbauern eine langfristige Existenz und Planungssicherheit erhielten. „Mit allem, was man exportiert, wird man krisenanfälliger“, meinte Bärbel Höhn.

Demgegenüber argumentierte Angela Mulenga pragmatisch, dass in Afrika viele Früchte angebaut würden, die es in Europa nicht gebe und die Europa zu importieren wünsche. Im Gegenzug brauche Afrika Produkte aus Europa. Was die afrikanischen Farmer unbedingt bräuchten, sei das Training in Anbau- und Düngemethoden, in Verbesserung von Wertschöpfung und Marktzugang. Ihr kam der Aspekt ‚Zugang zu Kapital‘ in der Diskussion etwas zu kurz: Landwirte – ob groß oder klein – müssten die Möglichkeit haben, Finanzmittel zu bekommen. Aufgabe der Regierung sei es, ein Fenster zu öffnen, damit Bauern mindestens für die Umsetzung der guten landwirtschaftlichen Praxis GAP Geld erhalten könnten.

Freihandel birgt Gefahren – WTO unverzichtbar

Bärbel Höhn warnte vor den Gefahren des geplanten transatlantischen Freihandelsabkommens für die Exportländer von tropischen Früchten: „Gerade die süßen Früchtchen, über die wir hier reden, und die aus Afrika, Lateinamerika oder Asien kommen, werden sich dann mit einer massiven Konkurrenz aus dem Süden der USA auseinandersetzen haben. Im Moment ist Europa für Afrika ein guter Absatzmarkt. Aber dann könnte es heißen: Wir können es billiger.“

Dass die WTO – wenn es um Welthandel und Export geht – derzeit ohne Alternative ist, anerkannten die Diskutanten. Auch wenn es mühsam sei, sollten NROs und Zivilgesellschaft die Chance auf Interessenvertretung nicht beiseite schieben sondern aktiv nutzen. Dass es Erfolge und Stellschrauben gebe, beweise das Beispiel Indien, das jetzt eine Sonderregelung durchgesetzt habe, um zu festgelegten Preisen bei lokalen Bauern kaufen und damit die nationalen Nahrungsmittelreserven aufstocken zu können.

7. Schlussfolgerungen für den weiteren Dialog

Prof. DDr. Johannes Wallacher, Justitia et Pax

Es ist ein Meilenstein, den Justitia et Pax mit der internationalen Fachtagung „Süße Früchte – gut für alle?“ gesetzt hat. Heute hat sich gezeigt, dass der Weg, den wir eingeschlagen haben, richtig ist.

Wir arbeiten jetzt seit zehn Jahren zum Thema Agrarwirtschaft in den Entwicklungsländern und hier insbesondere zu den Themen Ernährungssicherung und menschenwürdige Arbeit. Das sind Themen von hoher Komplexität, mit denen man sehr unterschiedlich umgehen kann:

- Die eine Möglichkeit ist, dass wir uns wie auf einem Verschiebebahnhof gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben und sicher irgendeinen Verantwortlichen finden, der dann nicht wir selbst sind. Für mich ist das eigentlich keine sehr einleuchtende Perspektive.

Denn wir sind alle verantwortlich. Da kommen wir nicht heraus. Es hilft nicht, wenn wir Feindbilder formulieren, die dank unklarer Abgrenzungen immer irgendwie zutreffen. Ein Beispiel: Man kann sicher fragen: Kann denn die GEPA, wenn sie im Discount verkauft, überhaupt noch eine kritische Haltung einnehmen? Hat sie dann noch den politischen Einfluss oder biedert sie sich an und wird dadurch vielleicht unglaubwürdig?

Ich meine, es geht weniger um ideologische und politische Korrektheit als vielmehr um konkrete, belastbare und zukunftsweisende Ergebnisse.

- Deshalb haben wir bei Justitia et Pax uns für den zweiten pragmatischen Weg entschieden und sind seit einigen Jahren in die kritische Auseinandersetzung durch Dialog gegangen. Wir haben verschiedene Akteure, auch z.B. den Deutschen Bauernverband, an einen Tisch gebracht, um diese Probleme gemeinsam zu erörtern.

Das hat uns nicht davor bewahrt, auch weiterhin unterschiedlicher Meinung zu sein und uns das auch zu sagen. Der Dialog hat aber ein Verständnis füreinander und für unsere unterschiedlichen Analysen und Meinungen wachsen lassen. Es ist ein wichtiger gegenseitiger Lernprozess, die andere Perspektive verstehen zu lernen. Wir haben z. B., übrigens in Übereinkunft mit dem Bauernverband, erkannt, dass für die Kleinbauern Capacity Building, also Zuwachs an Wissen, Können und Befähigung, sowie die Fähigkeit sich zu organisieren und dadurch ihre gemeinsamen Interessen zu vertreten, ganz entscheidend sind.

Ziel ist es nicht, irgendwie zu harmonisieren, sondern gemeinsam zu lernen und sich zu vernetzen, um die drängenden Probleme gemeinsam anzugehen.

Wir sind in den letzten Jahren einen logischen Schritt weitergegangen, indem wir die Unternehmen hereingenommen haben, die Produzenten aber auch den Handel hierzulande. Auch hier sollte man sehr vorsichtig sein, alle über einen Kamm zu scheren. Das ist selbst innerhalb eines Unternehmens möglicherweise verschieden: Bei REWE z. B.

haben die Einkäufer eine andere Perspektive als die für Nachhaltigkeit zuständigen CSR¹²-Verantwortlichen. Wir haben aber schon gesehen, dass etwas gelingt, wenn die Unternehmensleitungen sich des Themas angenommen haben.

Ich glaube, da müssen wir dran bleiben. Es ist unser Vermögen, Sozialkapital, d. h. Netzwerke und Wissen aufzubauen, ohne es in eine Harmoniesoße zu rühren, und in diesen Netzwerken und Gesprächsgruppen das kritische Potenzial zu belassen. Das baut Vertrauen auf und kann zu gemeinsamen Lösungsansätzen und Analysen beitragen. Das ist eine große Herausforderung, kann aber gelingen, wie sich ganz exemplarisch und bewusst ausgesucht am Beispiel der Süßen Früchte zeigt. Die Arbeit der letzten vier Jahre, die heute in der Tagung zusammengeführt und sehr offen gelegt wurde, hat gezeigt, wo die großen Problemfelder sind, welche Bedeutung und welche Auswirkungen sie haben. Das wäre nicht gelungen, wenn es nicht so konkret gewesen wäre.

Festzuhalten bleibt meines Erachtens, dass für die Entwicklungsmöglichkeiten der Kleinbauern und die Gewährleistung von menschenwürdiger Arbeit beides wichtig ist: die lokalen Märkte und die internationale Wertschöpfungsketten. Wenn wir das beides im Blick behalten, kommen wir zu einer Form von Resilienz (Widerstandsfähigkeit), die wir brauchen, und zu dem Handlungsspielraum, in dem die Kleinbauern alles bedienen können und letztlich lebensfähig und wettbewerbsfähig sind.

Doch wir sind bei weitem nicht am Ende der Diskussion. Das ist ein Lernprozess. Best-Practice-Modelle zeigen, wo solche Dinge gelingen und was man davon lernen kann. Ein Patentrezept haben auch wir nicht, das kann es nicht geben.

Ein zentraler Punkt ist tatsächlich der Aufbau von Vertrauen im Netzwerk. Das muss auch Fragen an die gesamte Wertschöpfungskette zulassen: Wie gehen Unternehmen mit ihren Zulieferern um? Sie fordern Zertifizierung, was nachvollziehbar ist. Auf der anderen Seite müssten die Handelsunternehmen den Erzeugern und Lieferanten auch ein gewisses Vertrauen und eine Sicherheit entgegenbringen, dass sie nicht, wenn sie diese Zertifikate erfüllen, aus Kostengründen bei der nächstbesten Gelegenheit zum nächsten, billigeren Lieferanten gehen. Dann müssen die Erzeuger auch Verlässlichkeit und Planungssicherheit erwarten können. Es muss ein Geschäft auf Augenhöhe sein, nicht mit einem Machtgefälle.

Die neuen politischen Prozesse (WTO, das geplante transatlantische Freihandelsabkommen) machen es notwendig gut zu schauen: In Anbetracht der globalen Herausforderungen scheint die WTO trotz aller Schwierigkeiten der richtige internationale Rah-

¹² CSR = Corporate Social Responsibility. Das Bundesministerium für Arbeit definiert: Bei Corporate Social Responsibility (CSR) geht es um Unternehmen sowie andere Organisationen und Institutionen, die freiwillig gesellschaftliche Verantwortung übernehmen - und zwar über ihre rechtlichen Pflichten hinaus. Die Europäische Union definiert CSR als ein System, „das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit und in die Wechselbeziehungen mit den Stakeholdern zu integrieren“ (Quelle: www.csr-in-deutschland.de).

men zu sein. Diese Prozesse müssen wir jedoch politisch begleiten und Lobbying für die leiseren Stimmen betreiben.

Justitia et Pax bleibt jedenfalls an diesen Themenfeldern ‚Recht auf Nahrung‘ und ‚menschwürdige Arbeit‘ dran, vor allem mit dem Fokus auf Wanderarbeiter. Wenn man die Expertise und diese Netzwerke hat, ist es einfacher, im Dialog Ergebnisse zu erreichen.

8. Anhang

„Süße Früchte — gut für alle?“

**Internationale Fachtagung der Deutschen Kommission Justitia et Pax am
16. Januar 2014 in Berlin**

Teilnehmende und Mitwirkende:

Charito Abobo-Cadorna	OurFood Program
Dr. Ilona Auer-Frege	Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.
Henrike Berger	Bund katholischer Unternehmer e.V. (BKU)
Anke Bruns	Freie Journalistin
Dr. Udo Bürk	Bio Tropic GmbH Ges. zur Erzeugung u. Vertrieb ökologischer Produkte mbH
Gertrud Casel	Deutsche Kommission Justitia et Pax
Dr. Torsten Christen	Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
Teresa Cura-Pono	OurFood Program, Cebu Chamber of Commerce
Dr. Markus Demele	Kolping International
Sandra Dusch Silva	Christliche Initiative Romero e.V. (CIR)
Joachim Elsässer	Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e.V.
Frank Erbacher	Erbacher Food Intelligence GmbH & Co KG
Maria Faber	Bischöfliches Ordinariat Magdeburg, Missio-Diözesanstelle
Ulrich Fechter-Escamilla	Exposure- und Dialogprogramme e.V. (EDP)
Helge Fischer	BanaFair e.V.
Nikolai Fuchs	NEXUS Foundation
Katrin Gerdsmeier	Kommissariat der deutschen Bischöfe, Katholisches Büro Berlin
Thomas Gerhards	Don Bosco Mission Bonn
Dr. Dagobert Glanz	Katholikenrat im Bistum Magdeburg
Dr. Thorsten Göbel	Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Roman Herre	FIAN-Deutschland e.V. FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk

Jörg Hilgers	Exposure- und Dialogprogramme e.V. (EDP)
Hans-Jürgen Hinzer	ehemals Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten
Andrea Hitzemann	Deutscher Caritasverband e.V.
Natalie Hohmann	Kath. Landjugendbewegung Deutschland e.V. (KLJB)
Bärbel Höhn MdB	Deutscher Bundestag
Alice Homuth	Maastricht Graduate School of Governance
Franziska Humbert	OXFAM Deutschland e.V.
Sussan Ipaktschi	Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V., Referat Fairer Handel
Michael Janinhoff	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Prälat Dr. Karl Jüsten	Kommissariat der deutschen Bischöfe, Katholisches Büro Berlin
Denis Kabiito	Caritas Kasanaensis Office of Service Development & Peace
Willi Kampmann	Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)
Jens Klein	Freier Journalist
Lothar Kleipañ	Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst e.V. (ILD)
Wolfgang Klose	Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin
Antje Kurz	Ev.-Luth. Michaelis-Gemeinde Neugraben
Tim Kuschnerus	Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwick- lung, Evangelische Geschäftsstelle (GKKE)
Sue Longley	International Union of Food, Agricultural, Hotel, Rest., Catering, Tobacco and Allied Workers Ass. (IUF/IUL)
Benjamin Luig	Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.
Dr. Josef Lüneburg-Wolthaus	REWE-Zentral AG, Strategische Qualitätssicherung
Kard. Oscar Rodriguez Maradiaga SDB	Caritas Internationalis, Erzdiözese Tegucigalpa, Honduras
Dr. Leonard Mizzi	European Commission DG AGRI Head of Unit ACP, South Africa, FAO and G8/G20
Dr. Ruth Möller	Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag
Dr. Oliver Müller	Caritas International

Angela Mwape Mulenga	bis Ende 2013: COMESA Common Market for Eastern and Southern Africa
Lalitha Naidoo	East Cape Agricultural Research Project (ECARP)
Germaine Maure Ngamou	New Hope and Light e.V.
Manfred Niemann	Sachausschuss "Mission, Entwicklung, Frieden" des Diözesanrats im Bistum Essen
Nikolaus Nöscher	Erzbischöfliches Ordinariat München u. Freising, Diözesanstelle für Mission, Entwicklung und Frieden
Andreas Pfeifer	Katholikenrat Fulda
Susanne Rauh	Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
Dr. Hans Reckers	Olswang Germany LLP
Luise Richard	Freie Journalistin
Ute Schäfer	Sachausschuss Weltkirche Bistum Limburg
Christian Schärtl	Katholische Landvolkbewegung e.V. (KLB)
Prof. i.R. Brigitte Schmeja	Kath. Hochschule für Sozialwesen Berlin
Dr. Evita Schmiege	Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Int. Politik und Sicherheit
Alois Schneider	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Dr. Winfried Schneider	Institut für Projektplanung GmbH (IP Consult)
Hermann Schuten	Internationaler ländlicher Entwicklungsdienst der KLB e.V. (ILD)
Silke Schwartau	Verbraucherzentrale Hamburg e.V., Fachabteilung Ernährung
Julia Seeberg	Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK)
Karin Silbe	Katholische Landjugendbewegung Deutschland e.V. (KLJB)
Lisa Speck	Fairtrade Stadt Hamburg
Thomas Speck	GEPA - The Fairtrade Company
Michael Steeb	AGEH Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V.
Kerstin Uhlig	Global G.A.P. Manager Corporate Relations
Bernhard Vester jun.	Sa-Ve Unternehmensberatung
Anosha Wahldi	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Prof. DDr. Johannes Wallacher	Institut für Gesellschaftspolitik, Hochschule für Philosophie
Michael Wedell	METRO GROUP, Repräsentanz Berlin
Brigitte Willbold-Mulach	Sachausschuss "Eine Welt" des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Rottenburg-Stuttgart
Katharina Wortmann	Gesellschaft für Internationale Zusammen- arbeit (GIZ)
Wolfgang Zarth	Ev.-Luth. Kirche Hamburg

Organisationsteam:

Dr. Hildegard Hagemann	Deutsche Kommission Justitia et Pax, Bonn
Resi Biegansky	Deutsche Kommission Justitia et Pax, Bonn

Task Force Tropenfrüchte:

Die Task Force Tropenfrüchte' übernahm die inhaltliche Vorbereitung der internationalen Fachkonferenz „Süße Früchte- gut für alle?“ Die Task Force wurde im Jahr 2010 von der Deutschen Kommission Justitia et Pax damit beauftragt, den Dialog mit Akteuren aus Agrarpolitik, Agrarwirtschaft und Agrarhandel im Sinne armenorientierter Entwicklung konzeptionell und inhaltlich zu gestalten. Die Fachkonferenz ist die Konzentration einer Gesprächsreihe in den Jahren 2010- 2014. Der ‚Task Force Tropenfrüchte‘ gehören Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen an, die in der Arbeitsgruppe Armenorientierung im Sachbereich Entwicklung der Deutschen Kommission Justitia et Pax mitarbeiten.

Thomas Gerhards (Leitung)	Don Bosco Mission
Henrike Berger	Bund katholischer Unternehmer e.V. (BKU)
Ulrich Fechter-Escamilla	Exposure- und Dialogprogramme e.V. (EDP)
Sussan Ipaktschi	bis Januar 2014 Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR
Christian Schärfl	ehrenamtlich Katholische Landjugendbewegung
Hermann Schuten	Internationaler ländlicher Entwicklungsdienst der KLB e.V. (ILD)
Dr. Hildegard Hagemann (Geschäftsführung)	Deutsche Kommission Justitia et Pax

Die Referenten:

Charito I. Abobo-Cadorna ist Agrarwissenschaftlerin und spezialisiert auf Viehzucht. Im Laufe ihrer beruflichen Tätigkeit hat sie viel Erfahrung auf den Gebieten der Wertschöpfungsketten (Abacá und Kakao), Geschäftsentwicklung, Mikrofinanzierung in ländlichen und städtischen Gebieten, Forschung, Marketing und Finanzmanagement gesammelt. Zurzeit arbeitet sie als Landwirtschafts Koordinatorin für die AFOS-Stiftung für Unternehmerische Entwicklungszusammenarbeit im OURFood-Programm in Cebu. Sie erbringt eine Vielzahl an komplexen technischen Dienstleistungen einschließlich Datenprüfung, Event- und Projektkoordination sowie Koordination von Finanzhilfen und sie erfüllt weitere damit verbundene Aufgaben. Außerdem ist sie verantwortlich für die Überwachung des Fortschrittes der landwirtschaftlichen Komponenten des OURFood-Programms und stellt sicher, dass die damit verbundenen Ziele und Aktivitäten von den Partner-BMOs zeitgerecht, effizient und kostengünstig erfüllt werden.

Anke Bruns ist als freiberufliche Fernseh- und Hörfunkautorin hauptsächlich für den WDR in Köln tätig. Darüber hinaus moderiert sie bundesweit Diskussionsveranstaltungen, Kongresse, Streitgespräche, Tagungen, Messen und andere Events.

Besonders prägend für ihr journalistisches Wirken waren Erfahrungen, die sie 1989/90 während der Pinochetdiktatur als Mitarbeiterin des politischen Wochenmagazins ANALISIS in Chile sammeln durfte. Die Zeitschrift war das wesentliche Sprachrohr der Opposition.

Ihre Themenfelder: Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Kommunalpolitik, Soziales, Familie, Kinder und Jugendliche, Schule, Bürgergesellschaft, Ehrenamt, Integration, Gesundheit, Menschen mit Behinderungen, Medien, Umwelt.

Dr. Udo Bürk, Außenhandelskaufmann mit einem Master in Management der Solvay Business School (Brüssel), ist seit 1995 in verschiedensten Funktionen als Berater in Produktion, Export & Import von Bio-Lebensmitteln aus Südamerika, Afrika, Asien sowie im innereuropäischen Handel involviert, u.a. bei einem der führenden europäischen Importeure, der Firma Biotropic GmbH aus Duisburg. Vorher war er mehrere Jahre im internationalen Handel von Stahlbauprodukten beschäftigt. Er unterstützt Exporteure und Importeure in den Bereichen Business Development, Projektmanagement, Qualitätssicherung, Mediation bei Handels-, Personal- und Behördenkonflikten, sowie in der Konzeption und Umsetzung von PPPs (Privat Public Partnerships) im Agrarbereich in Entwicklungsländern.

Er ist zusätzlich in Brüssel ausgebildeter und akkreditierter Wirtschaftsmediator, spezialisiert auf die Lösung von interkulturellen/internationalen Konflikten.

Teresa Cura-Pono ist die nationale Expertin der AFOS-Stiftung für Unternehmerische Entwicklungszusammenarbeit und Ansprechpartnerin für die gesamte Durchführung und das Management des OURFood-Programms.

Bevor sie sich dieser NRO anschloss, war sie Geschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer von Cebu. Sie war verantwortlich für die Übersetzung der vom Vorstand ausgegebenen Richtlinien in klare Anweisungen und Resultate. Als Chief Operating Officer war sie die Nahtstelle zwischen dem Management und dem Vorstand und arbeitete mit Partnern in der Regierung, den NROs, dem privaten Sektor, sowie mit ausländischen und lokalen Leistungsträgern.

Frank Erbacher ist als Diplom Betriebswirt und MBA in Food and Agribusiness geschäftsführender Gesellschafter der Erbacher Food Intelligence GmbH & Co. KG und Vorstand der gemeinnützigen Erbacher Stiftung. Das Familienunternehmen Erbacher-Josera engagiert sich in der 3. Generation als industrieller Lebensmittelerzeuger um nachhaltige Ernährungskonzepte für Mensch und Tier. Echter Nutzen für den Kunden, ressourcenschonende Erzeugung, gesundheitlicher Mehrwert, faire Partnerschaften sind dabei die Qualitätskriterien.

Mit der gemeinnützigen Erbacher Stiftung werden seit 25 Jahren Projekte der Entwicklungszusammenarbeit zur Förderung des ländlichen Raums und eigenständiger Lebensmittelerzeugung weltweit unterstützt.

Helge Fischer ist Projektkoordinator des Fair-Trade-Vereins und Importeurs BanaFair e.V. für Bananen- und Ananasexportländer in Lateinamerika. 1977 bis 1983 Lehramtsstudium in den Fächern Spanisch, Germanistik und Pädagogik. 1984 bis 1994 in Nicaragua und Deutschland Tätigkeit für Solidaritätsprojekte, landeskundlichen Tourismus, alternative Publikationen und Handel. Seit 1994 für BanaFair tätig.

Katrin Gerdsmeyer hat ein Studium der Rechtswissenschaft in Trier, Alcalá de Henares (Spanien) und Freiburg i.Br. absolviert. Daneben fachspezifische juristische Fremdsprachenausbildung Französisch. 1996 Erstes Juristisches Staatsexamen. Einjähriger Aufenthalt in Honduras als Jesuit European Volunteer, dort u.a. Mitarbeit in einem Projekt zur Stärkung von Frauenrechten. Im Rahmen des juristischen Referendariats viermonatige Tätigkeit im Internationalen Büro des Jesuiten Flüchtlingsdienstes in Rom, dort u.a. Erstellung einer Studie zu den Rechten von haitianischen Plantagenarbeitern in der Dominikanischen Republik. 1999 Zweites Juristisches Staatsexamen. Seit 2000 im Kommissariat der deutschen Bischöfe tätig. Derzeitige Aufgabenschwerpunkte u.a.: Ausländer- und Flüchtlingsrecht, Menschenrechte, Entwicklungszusammenarbeit, Staatskirchenrecht, Islamfragen.

Bärbel Höhn (MdB) ist seit Oktober 2005 Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Bis zum Mai 2006 war die studierte Mathematikerin und Volkswirtin Vorsitzende des Bun-

destagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, davor von 1995 bis 2000 Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft und von 2000 bis 2005 Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Ehrenamtlich engagiert sich Bärbel Höhn aktiv in der Bio-Bewegung. Im Jahr 2009 nahm sie an einem Exposure- und Dialogprogramm in Uganda und der Internationale Fachkonferenz Ernährungssicherheit und Energieversorgung zwischen Selbstinteresse und globaler Gerechtigkeit in Sambia teil.

Prälat Dr. Karl Jüsten ist Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin. Nach dem Studium der Katholischen Theologie in Freiburg, Innsbruck und Bonn promovierte er 1999 mit dem Thema „Ethik und Ethos in der Demokratie“. 1987 wurde er zum Priester geweiht. Prälat Jüsten war bis 1990 Kaplan in zwei Kölner Pfarreien, ab 1994 Präfekt am Erzbischöflichen Priesterseminar in Köln und von 1996 bis 2000 Stellvertretender Hauptabteilungsleiter der Abteilung Seelsorge-Personal im Erzbistum Köln.

Seither leitet er das Kommissariat der deutschen Bischöfe (Verbindungsstelle der deutschen Bischofskonferenz zu den Organen des Bundes und der Europäischen Union). Er nimmt diverse Funktionen in der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit wahr, unter anderem als Vorsitzender der Katholischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe (KZE) und Co-Vorsitzender der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) und ist Mitglied in der Deutschen Kommission Justitia et Pax.

Denis Kabiito ist Biologe, Landwirt, Fischereiforscher und Fachmann für Aquakultur, Berater mit 8jähriger Erfahrung im Bereich der ländlichen Entwicklungsberatung sowie Advocacy, Ausbildung und Lobbying. Weitere Erfahrungen hat er auf dem Gebiet der Programmentwicklung, des Managements, des Monitorings und der Evaluierung erworben und ist Fachmann für das öffentliche Gesundheitswesen (Msc). Er hat als Berater in landwirtschaftlichen Haushalten gearbeitet, als Vermittler bei Bauernverbänden und er unterstützte die Gründung mehrerer Verbände und Primärgenossenschaften in der Zentralregion von Uganda.

Gegenwärtig ist er Programmleiter (programmes officer) bei Caritas Kasanaensis, dem für soziale Dienste und Entwicklung zuständigen Bereich der Diözese Kasana-Luweero, und er leitet z.B. eine Art Genossenschaftsbank für die arme ländliche Bevölkerung, die Village Savings and Loaning (VSAL) in der Diözese Kasana-Luweero. Er ist Koordinator für ein Genossenschaftsprojekt der Erzdiözese und Caritas. Bei diesem Projekt geht es um die Bildung von Verbänden und Genossenschaften zur Vermarktung von Kaffee und Haushaltsprodukten.

Willi Kampmann arbeitet seit 33 Jahren für den Deutschen Bauernverband e. V. (DBV). Nach einer landwirtschaftlichen Ausbildung und Studium der Agrarökonomie an der Universität Bonn begann er seine berufliche Tätigkeit 1980 in einem dem DBV seiner-

zeit angegliederten Fonds zur Förderung des Absatzes von Milch und Milchprodukten, vorrangig im Export.

Von 1987 bis 1999 leitete Kampmann das Milchreferat im DBV.

Seit dem Jahr 2000 ist Kampmann Leiter des Referates 2.2: Internationale Beziehungen (Büro Brüssel). Mit sieben anderen Verbänden hat er das DBV-Büro in Brüssel zum „Deutschen Haus der Land- und Ernährungswirtschaft“ ausgebaut.

Inhaltlich hat sich Kampmann auf europäische und internationale Agrarpolitik spezialisiert.

Sue Longley ist die internationale Beauftragte für Landwirtschaft und Plantagen der IUL, der internationalen Vereinigung von Gewerkschaften, die Arbeitnehmer aus allen Bereichen der Nahrungskette vertritt. Sie arbeitet am Hauptsitz der IUL in Genf und trat der IUL 1994 bei. Davor arbeitete sie für die Britische Landarbeitergewerkschaft.

Bei diversen Anlässen war sie Schriftführerin der Arbeitnehmergruppe in der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO/ILO): bei der Entwicklung des Übereinkommens 184 über den Arbeitsschutz in der Landwirtschaft (2002 und 2001) und der neuen Richtlinien für den Arbeitsschutz in der Landwirtschaft (2010) sowie für das Komitee über ländliche Beschäftigung zur Armutsreduzierung 2008.

Sue Longley hat sich intensiv mit Wertschöpfungsketten befasst und ist auch Mitglied einer Beratergruppe zum Projekt Capturing the Gains. Verschiedentlich hat sie die IUL bei Initiativen gegen Kinderarbeit vertreten, so auch bei der International Partnership for Co-operation on Child Labour (Kooperation gegen Kinderarbeit) in der Landwirtschaft.

Dr. Josef Lüneburg-Wolthaus ist Biologe und war seit 1998 in der Beratung und im Qualitätsmanagement für Obst und Gemüse unter anderem in Afrika und Lateinamerika tätig.

Seit 2006 arbeitet er als Referent für das strategische Qualitätsmanagement Obst und Gemüse bei der REWE Group in Köln. In dieser Funktion betreut er laufende Vertragsanbauprojekte und zeichnet für verschiedene Nachhaltigkeitsprojekte zu sozialen und ökologischen Themen bei Deutschlands zweitgrößtem Lebensmittelhändler verantwortlich.

Zudem entwickelt und erstellt Josef Lüneburg-Wolthaus Risikoanalysen und Strategien für konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Pestizidbelastung. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien zum Thema Biodiversität in der Lieferkette.

Dr. Leonard Mizzi ist seit dem 1. Januar 2007 Referatsleiter in der Generaldirektion Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung der Europäischen Kommission. Seine Hauptarbeitsbereiche umfassen die Economic Partnership Agreements (EPAs) (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) und reichen bis zu G8 und G20 – Landwirtschaft und Nahrungs-

sicherheit. Außerdem vertritt Dr. Mizzi die Europäische Kommission in den Foren der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen.

Vor Beginn seiner Tätigkeit bei der Europäischen Kommission war Leonard Mizzi zwischen 1996 und 2006 Direktor des Malta Business Bureau in Brüssel - das gemeinsame Büro der maltesischen Industrie- und Handelskammer und des maltesischen Hotel- und Gaststättenverbandes. Zwischen 1994 und 1996 war er auch Beamter in der öffentlichen Verwaltung Maltas. Er hat an der University of Malta öffentliche Verwaltung (public administration) studiert. Ebenso studierte er am Zentrum für agrarwissenschaftliche Studien im Mittelmeerraum in Montpellier und erwarb einen Dokortitel in Agrarökonomie an der University of Reading, GB. Darüber hinaus war er Lehrbeauftragter an der Boston University und der Open University (Campus Brüssel).

Angela Mwape Mulenga hat in den vergangenen drei Jahren als regionale Expertin für die Agrar- und Nahrungsmittelindustrie für den Gemeinsamen Markt für das Östliche und Südliche Afrika (COMESA) gearbeitet. Sie war verantwortlich für die Koordinierung aller regionalen Nahrungsmittelstrategien und politischen Maßnahmen von COMESA, die sich auf regionale Integration sowie auf Cluster-Entwicklungsprogramme für kleine und mittlere Unternehmen (SMEs) richteten.

Sie koordinierte das EU-AAACP (All ACP Agricultural Commodities Programme) in der ESA-Region, entwickelte die landwirtschaftliche Teilsektor-Strategie (Agriculture sub-Sector strategy) und förderte die Entwicklung der Wertschöpfungsketten. In ihrer Verantwortung lag auch die Anpassung des Nahrungsmittelsektors von COMESA an verschiedene Prozesse wie CAADP und EIF sowie an SACD- und EAC-Initiativen und die administrative und finanzielle Leitung des EU-AAACP- Programms von COMESA. Davor arbeitete sie als Koordinatorin für Handelsfragen bei der Consumer Unity and Trust Society - Africa Resource Center (CUTS-ARC), dem Civil Society Trade Network in Sambia und dem Third World Network in Ghana. Von 2000-2002 arbeitete sie für das Afrika-Programm der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) als Assistant Coordinator.

Zurzeit ist Frau Mulenga die nationale Koordinatorin des afrikanischen Netzwerkes zum Recht auf Nahrung in Sambia.

Lalitha Naidoo arbeitet seit 18 Jahren als Direktorin des East Cape Agricultural Research Project (ECARP). Ihr Schwerpunkt liegt auf der Forschung, der sozialen Mobilisierung sowie der Förderung sozio-ökonomischer und politischer Rechte in der Agrarwirtschaft. Lalitha hat zahlreiche Arbeiten zu diesen Themen veröffentlicht. Sie hat einen Master-Abschluss in Industriesoziologie erworben und arbeitet gerade an ihrer Promotion an der Rhodes University. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf den Auswirkungen von Mindestlöhnen auf den Agrarsektor und auf den Folgen einer Mobilisierung für existenzsichernde Löhne für Landarbeiter.

Das ECARP Programm zum Farmkomitee und zur sozialen Mobilisierung wurde von Lalitha ins Leben gerufen und gewinnt in anderen Teilen Südafrikas als geeignete Alter-

native für die Organisation von Landarbeitern und Bewohnern auf den Höfen zunehmend an Bedeutung.

Óscar Andrés Kardinal Rodríguez Maradiaga, SDB, ist Mitglied der Ordensgemeinschaft der Salesianer Don Boscos und wurde am 28. Juni 1970 zum Priester geweiht. Er erwarb einen Dokortitel in Theologie an der Päpstlichen Universität der Salesianer und einen Doktor der Moraltheologie an der Päpstlichen Lateranuniversität in Rom. Anschließend erlangte er an der Klinik für Psychiatrie der Leopold-Franz-Universität in Innsbruck ein Diplom in klinischer Psychologie und Psychotherapie.

Er unterrichtete an verschiedenen salesianischen Schulen in El Salvador, Honduras und Guatemala Chemie, Physik und Musik, lehrte als Professor des Salesianischen Theologischen Institutes in Guatemala Moraltheologie und Ekklesiologie und leitete dort als Rektor das Philosophische Institut seines Ordens. 1993 wurde er zum Erzbischof von Tegucigalpa erhoben und war Präsident des CELAM (1995-1999).

Zurzeit ist er Präsident der Bischofskonferenz von Honduras. Seit Juni 2007 ist er außerdem Präsident von Caritas Internationalis und Mitglied der Päpstlichen Kommission *Justitia et Pax*. Am 13. April 2013 wurde er zum Koordinator der Gruppe von Kardinälen ernannt, die Papst Franziskus bei der Leitung der Weltkirche beraten und einen Plan zur Reform der Apostolischen Konstitution der römischen Kurie „Pastor Bonus“ untersuchen sollen.

Silke Schwartau ist Diplom-Oecotrophologin, Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Hamburg. Seit 1980 arbeitet sie bei der Verbraucherzentrale Hamburg, zunächst in der Ernährungsabteilung mit den Schwerpunkten Beratung, Ausstellungen, Flyer und Broschüren, Öffentlichkeitsarbeit. Seit 1991 bis heute leitet sie die Ernährungsabteilung. Ihre Aufgaben sind die Projektplanung und -durchführung, Medienarbeit, Erstellung von Printmaterialien und Internetbeiträgen, beispielsweise zu den Themen Lebensmittelkennzeichnung oder irreführende Werbung

Seit 2002 hat sie zusätzlich die Leitung des bundesweiten Projektes „Fit im Alter“ inne. In diesem Zeitraum widmete sie sich intensiver Medienarbeit, z.B. regelmäßige Fernsehsendungen beim NDR, der Mitarbeit in diversen Gremien, z. B. Stiftung Warentest, z.B. Fachbeiräte und der Veröffentlichung von Fachartikeln und Büchern zu verbraucherrelevanten Themen, z.B. aktuell „Vorsicht Supermarkt“/ Rowohlt Verlag.

Thomas Speck ist seit 1993 geschäftsführend bei GEPA – The Fairtrade Company tätig. Seit 2008 ist er einer von drei Geschäftsführern, zuständig für den Bereich Vertrieb und Sprecher der Geschäftsführung. Schon während seines Lehramtsstudiums Deutsch und Sozialkunde mit Referendariat war er in der Friedens- und Umweltbewegung aktiv.

Bevor er 1990 Kaufmännischer Leiter bei GEPA – The Fairtrade Company wurde, machte er eine Ausbildung zum Systemanalytiker (BWL und EDV) und arbeitete als solcher bei der Hoechst AG.

Kerstin Uhlig studierte Soziologie, Politik und Psychologie an den Universitäten Bremen, Alicante und Hamburg. Schwerpunkt auf Entwicklungszusammenarbeit und empirischen Studien. Außerdem verfügt sie über eine fünfjährige Erfahrung auf dem Gebiet der praktischen quantitativen und qualitativen Sozialforschung.

Seit Mai 2004 arbeitet sie bei EurepGAP/GLOBALG.A.P. Derzeit ist Kerstin Uhlig als Corporate Manager und Public Relations-Manager für folgende Bereiche verantwortlich: Marketing und Kommunikationsprojekte mit Einzelhändlern, anderen Organisationen und dem öffentlichen Sektor sowie Koordinatorin des GLOBALGAP Risk Assessment on Social Practice (GRASP) (Risiko-Einschätzung für soziale Belange von Arbeitern) und für Förderprogramme zur Unterstützung von Kleinbauern.

Prof. DDr. Johannes Wallacher absolvierte das Studium des Wirtschaftsingenieurwesens an der Universität Karlsruhe (TH). 1994 promovierte er zum Dr. rer. pol. an der Universität Karlsruhe mit einer Arbeit zur statistischen Versuchsplanung in der präventiven Qualitätssicherung und 1999 zum Dr. phil. an der Hochschule für Philosophie, München, mit einer Arbeit zur Begründung einer dauerhaft-umweltgerechten Wassernutzung.

Er ist Vorsitzender der Sachverständigengruppe ‚Weltwirtschaft und Sozialethik‘ der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz, seit 2004 Mitglied der Deutschen Kommission Justitia et Pax und der Moderator ihres Sachbereichs Entwicklung. Seine aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind die Globalisierung und ihre vielfältigen Erscheinungsformen, unter besonderer Berücksichtigung der ethischen Reflexion und politischen Gestaltung der ökonomischen Globalisierung (Welthandel, globale Finanzmärkte); hinzu kommen Grundlagen der Wirtschafts- und Unternehmensethik und ihre Anwendung, insbesondere auf Fragen im Kontext von Weltwirtschaft und Entwicklung, Ökonomie und Kultur in ihrer wechselseitigen Verflechtung.

Publikationsverzeichnis

Entwicklungspolitik

Gerechtigkeit für alle.

Zur Grundlegung kirchlicher Entwicklungsarbeit.

1991; bearb. Auflage 2009

E 12 (Einzelex. kostenlos) ISBN 978-3-940137-28-9

Neue Wege zur Lösung der internationalen Schuldenfrage. Stellungnahme der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 1999. 30 S.

E 15 (Einzelex. kostenlos) ISBN 978-3-932535-35-2

Reform des Welthandels. Die Reform der Welthandelsorganisation und die Interessen der Armen. Das TRIPS-Abkommen bedroht die Menschenrechte der Armen. 2001. 65 S.

(Einzelexemplar kostenlos) ISBN 978-3-932535-55-0

Walter Eberlei

Partizipation in der Armutsbekämpfung. Mindeststandards für zivilgesellschaftliche Beteiligung in nationalen PRS-Prozessen. 2002. 47 S.

ARB 96 € 3,- ISBN 978-3-932535-58-1

Roter Faden Partizipation

Erklärungen und Untersuchungen zur Partizipationsorientierung der Poverty Reduction Strategy Prozesse und des Cotonou-Abkommens der AKP- und EU-Länder. 2004. 57 S.

Heft 105 € 3,- ISBN 978-3-932535-78-9

Agrarhandel als Testfall für gerechte Welthandelsbedingungen. Gemeinsames Positionspapier der Deutschen Kommission Justitia et Pax, der Katholischen Landvolkbewegung und der Katholischen Landjugendbewegung.

Deutsch/Englisch. 2005. 64 S.

Heft 108 € 3,- ISBN 978-3-932535-89-5

Le commerce agricole, opportunité de tester l'équité du commerce mondial. / Comércio Agrário como Caso de Teste para Condições de Comércio Mundial Justo.

Französisch/Portugiesisch. 2006. 74 S.

Heft 108f/p € 3,- ISBN 978-3-932535-95-6

Organisieren – Nicht Resignieren

Armutsbekämpfung durch die Umsetzung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit in der informellen Wirtschaft.

Dokumentation eines Vorhabens der Deutschen

Kommission Justitia et Pax 2003–2006.

2006. 105 S.

Heft 110 € 4,- ISBN 978-3-932535-94-9

Organise – don't resign

Fighting poverty through the implementation of the right to organise in the informal economy.

2007. 95 p.

Heft 110e € 4,- ISBN 978-3-932535-99-4

Hay que organizarse - No hay que resignarse

Combatir la pobreza en la economía informal con el derecho de libertad de asociación.

2007. 106 p.

Heft 110s € 4,- ISBN 978-3-940137-03-6

New Chances for Participatory Processes in Development Cooperation. A Dialogue of Justice and Peace Structures in Africa and Europe 2005-2007.

2008. 169 p.

Heft 114 € 4,- ISBN 978-3-940137-09-8

Nouvelles chances pour les processus de participation dans la coopération au développement. Dialogue entre les structures de Justice et Paix en Afrique et en Europe entre 2005 et 2007.

2008. 191 p.

Heft 114f € 4,- ISBN 978-3-940137-18-0

Integrale Entwicklung für alle - wie lernfähig ist die westliche Welt? Dokumentation der Tagung "40 Jahre Justitia et Pax". 2008. 169 S.

Heft 116 € 4,- ISBN 978-3-940137-13-5

Ernährungssicherung und Energieversorgung zwischen Eigeninteressen und globaler Gerechtigkeit. Internationale Experten Dialog-Konferenz 3. und 4. April 2009, Lusaka, Sambia. 2010. 122 S.

Heft 120 € 4,- ISBN 978-3-940137-31-9

Food Security and Energy Supply between Self-Interest and Global Justice International Experts Dialogue Conference 3 and 4 April 2009,

Lusaka, Zambia. 2010. 109 p.

Heft 121 € 4,- ISBN 978-3-940137-32-6

Karl Osner

With the strength of the powerless. Experiences of using Exposure and Dialogue Programmes for processes of structural change. 2010. 60 p.

Heft 123 € 3,- ISBN 978-3-940137-35-7

Süße Früchte - gut für alle
Ländliche Entwicklung durch Selbstorganisation,
Wertschöpfungsketten und soziale Standards.
Eine Handreichung für den Dialog mit Agrarpolitik,
Agrarwirtschaft und Agrarhandel.
2012. 108 S.
Heft 126 € 3,- ISBN 978-3-940137-47-0

Süße Früchte - gut für alle
Dokumentation der internationalen Fachtagung der
Deutschen Kommission Justitia et Pax am 16. Januar
2014 in Köln. 2014. 79 S.
Heft 128 € 3,- ISBN 978-940137-54-8

**Frieden / Sicherheit
Versöhnung**

Peter Schulte-Holtey
Minen wissen nicht, wann Frieden ist. Bericht und
Dokumente zum Engagement des Bundesdeutschen
Initiativkreises für das Verbot von Landminen. 1996.
148 S.
ARB 79 € 4,- ISBN 978-3-928214-84-1

Jörg Lüer
Einmischung zum Schutz der Menschenrechte mit
militärischen Mitteln? Beiträge zur aktuellen Diskus-
sion. 1998. 53 S.
ARB 88 € 3,- ISBN 978-3-932535-21-5

Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung?
Ethische Überlegungen zur aktuellen Entwicklung
bezüglich der Gründe und Motive junger Männer
für die Kriegsdienstverweigerung. Vorgelegt von der
Ständigen AG Dienste für den Frieden der Deutschen
Kommission Justitia et Pax.
1997. 28 S.
ARB 84 € 1,- ISBN 978-3-932535-04-8

Versöhnung suchen - Leben gewinnen. Texte
und Materialien zu den Ökumenischen Versammlun-
gen in Erfurt und Graz. Eine Handreichung der Pro-
jektgruppe Versöhnung der Deutschen Kommission
Justitia et Pax.
1996. 94 S.
ARB 73 € 3,- ISBN 978-3-928214-78-0

Versöhnung - Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens.
Texte und Materialien zur Zweiten Europäischen
Ökumenischen Versammlung in Graz 1997. Eine
Handreichung der Projektgruppe Versöhnung der
Deutschen Kommission Justitia et Pax. Teil 1.
1997. 26 S.
ARB 83 € 1,- ISBN 978-3-928214-96-4

Versöhnung zwischen Ost und West? Möglichkeiten
und Bedingungen christlichen Versöhnungshandelns.
Eine Handreichung der Projektgruppe Versöhnung
der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 1997.
160 S.

ARB 86 € 4,- ISBN 978-3-932535-07-9

Reconciliation between East and West?

1998. 148 p.

ARB 86e € 4,- ISBN 978-3-932535-15-4

Reconciliation entre l'Ouest et l'Est?. 1998. 149 S.

ARB 86f € 4,- ISBN 978-3-932535-16-1

Versöhnung zwischen Ost und West? Russischspra-
chige Ausgabe von ARB 86.

1998. 133 S.

ARB 86r € 4,- ISBN 978-3-932535-17-8

Dieter Grande

Without memory there will be no reconciliation.
Approaches to, and reflections on, a Charta Memori-
ae. 2000. 90 S.

DOK41e € 4,- ISBN 978-3-932535-46-8

Der deutsch-deutsche Umgang mit der SED-Ver-
gangenheit. Perspektiven kirchlichen Handelns. Do-
kumentation eines Workshops in der Forschungs- und
Gedenkstätte Normannenstraße in Berlin. Hrg. von
Dieter Grande. 2001. 75 S.

DOK 42 € 3,- ISBN 978-3-932535-32-1

Zatschistka - Säuberung.

Verletzung der Menschenrechte und der Normen des
humanitären Völkerrechts im bewaffneten Konflikt in
Tschetschenien. Dokumentation der russischen Men-
schenrechtsorganisation „MEMORIAL“ zum Massaker an
der Bevölkerung des Dorfes Nowyje Aldy am 5. Februar
2000. 2001. 78 S.

DOK 43 € 3,- ISBN 978-3-932535-49-9

Axel Heinrich

Schuld und Versöhnung. Zum Umgang mit belasteter
Vergangenheit in systematisch-theologischen und
pastoral-praktischen Diskursen seit dem Zweiten
Vatikanum. 2001. 75 S.

ARB 95 € 3,- ISBN 978-3-932535-44-4

Dieter Grande

Dem Frieden eine Chance. Die Arbeit von Justitia et
Pax in der ehemaligen Deutschen Demokratischen
Republik (DDR). 2003. 97 S.

Heft 97 € 3,- ISBN 978-3-932535-65-9

Erinnerung, Wahrheit, Gerechtigkeit. Empfehlungen
zum Umgang mit belasteter Vergangenheit. Handrei-
chung der Projektgruppe Versöhnung. 2004. 44 S.
Heft 102 € 3,- ISBN 978-3-932535-74-1

Memory, Truth, Justice. Recommendations on Dealing with Burdened Past. 2004. 42 S.
Heft 102e € 3,- ISBN 978-3-932535-82-6

Souvenir, vérité, justice. Recommandations sur l'abord d'un passé douloureux. 2004. 46 S.
Heft 102f € 3,- ISBN 978-3-932535-81-9

Memoria, Verdad, Justicia. Recomendaciones para afrontar un pasado lastrado. 2004. 46 S.
Heft 102sp € 3,- ISBN 978-3-932535-12-3

Sjećanje, istina, pravda. Preporuke za ophođenje s opterećenom prošlošću. 2004. 39 S.
Heft 102kr € 3,- ISBN 978-3-932535-80-2

Pamięć, prawda, sprawiedliwość. Zalecenia dotyczące podejścia do trudnej przeszłości. 2004. 42 S.
Heft 102pol € 3,- ISBN 978-3-932535-14-7

Kirchliches Verständnis vom Dienst am Frieden - Dienste für den Frieden. Grundlagenpapier der Arbeitsgruppe Dienste für den Frieden der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 2004. 55 S.
Heft 103 € 3,- ISBN 978-3-932535-75-8

Kirchliches Verständnis vom Dienst am Frieden - dienste für den Frieden. Aktualisiertes Grundlagenpapier der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 2008. 65 S.
Heft 103 € 3,- ISBN 978-3-940137-19-7
(neubearb. und erweiter. Auflage)

Kirchliches Verständnis vom Dienst am Frieden - dienste für den Frieden. Aktualisiertes Grundlagenpapier der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 2014. 50 S.
Heft 103 € 3,- ISBN 978-3-940137-53-1
(neubearb. und erweiter. Auflage 2014)

Axel Heinrich
Denkmuster zur Eindämmung und zur Legitimation von Gewalt im Christentum und im Islam. 2006. 78 S.
Heft 109 € 3,- ISBN 978-3-932535-93-2

Annette Meuthrath
Gewaltpotentiale im Hinduismus. 2007. 44 S.
Heft 112 € 3,- ISBN 978-3-940137-00-5

Die wachsende Bedeutung nuklearer Rüstung. Herausforderung für Friedensethik und Politik. 2008. 66 S.
Heft 113 € 3,- ISBN 978-3-940137-08-1

The growing significance of nuclear armaments. A challenge for the ethics of peace and the political sphere. 2008. 66 S.
Heft 113e € 3,- ISBN 978-3-940137-15-9

Matthias Gillner
Gewissensfreiheit unter den Bedingungen von Befehl und Gehorsam. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Juni 2005 zur Gewissensfreiheit des Soldaten und die katholische Lehre von der Kriegsdienst- und Gehorsamsverweigerung aus Gewissensgründen. 2008. 56 S.
Heft 117 € 3,- ISBN 978-3-940137-16-6

Mit Zeitzeugen im Gespräch. Bericht eines Fachgesprächs zur Arbeit von Justitia et Pax in den politischen Konfrontationen des Kalten Krieges am 14./15. Juni 2010. 2011. 74 S.
Heft 124 € 3,- ISBN 978-3-940137-38-8

Menschenrechte

Udo Marquardt
Bedrohung Islam? Christen und Muslime in der Bundesrepublik Deutschland. 1996. 75 S.
ARB 72 € 3,- ISBN 978-3-928214-73-5

Udo Marquardt
Miteinander leben. Christen und Muslime in der Bundesrepublik Deutschland. 1996. 168 S.
ARB 77 € 4,- ISBN 978-3-928214-82-7

Vergewaltigt - Verschwunden - Versöhnt. Versöhnung mit dem Leben angesichts von Menschenrechtsverletzungen an Frauen in Friedens- und Kriegszeiten. Eine Handreichung der Projektgruppe Frauen und Menschenrechte der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 1998. 50 S.
ARB 85 € 3,- ISBN 978-3-932535-06-2

Peter von Wogau
Wege aus der Gewalt, Exposure- und Dialogprogramm „Solidarität im Einsatz gegen Gewalt an Frauen“. Eine Handreichung der Projektgruppe Frauen und Menschenrechte der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 1999. 147 S.
ARB 89 € 4,- ISBN 978-3-932535-29-1

Maria-Christine Zauzich
Bevölkerungspolitik und Menschenrechte. Journalistische Untersuchung zur Situation in Peru. 2000. 151 S.
ARB 91 € 4,- ISBN 978-3-932535-39-0

Michael Sierck (Hg.)
Die Todesstrafe.
Bestandsaufnahme und Bewertung aus kirchlicher Sicht. 1992. IV + 156 S.
DOK 33 € 4,- ISBN 978-3-928214-11-7

Cornelia Marschall/Monika Pankoke-Schenk (Hg.)
Gewalt gegen Frauen.
Dokumentation einer Fachtagung der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 2001. 150 S.
DOK 44 € 4,- ISBN 978-3-932535-53-6

Man hört nichts mehr von Unrecht in deinem Land.
Zur Menschenrechtsarbeit der katholischen Kirche.
Herausgegeben von Daniel Bogner und Stefan Herbst. 2004. 130 S.
Heft 100 € 4,- ISBN 978-3-932535-71-0

Geschlechtergerechtigkeit und weltkirchliches Handeln. Ein Impulspapier der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 2004. 58 S.
Heft 104 € 3,- ISBN 978-3-932535-76-5

Religion und Demokratie.
Muslimische und christliche Perspektiven.
Dokumentation zu einem interreligiösen Besuchs- und Dialogprogramm mit Gästen aus Indonesien. 2004. 73 S.
Heft 106 € 3,- ISBN 978-3-932535-79-6

Religionsfreiheit - gegenwärtige Herausforderungen aus christlicher Sicht.
2009. 112 Seiten.
Heft 118 € 4,- ISBN 978-3-940137-21-0

REPORT ON THE STATE OF HUMAN RIGHTS IN BOSNIA AND HERZEGOVINA IN THE YEAR 2008. 2009. 111 S.
Heft 119 € 4,- ISBN 978-3-940137-25-8

REPORT ON THE STATE OF HUMAN RIGHTS IN BOSNIA AND HERZEGOVINA IN THE YEAR 2009. 2010. 112 S.
Heft 122 € 4,00 ISBN 978-3-940137-34-0

HUMAN RIGHTS REPORT BOSNIA AND HERZEGOVINA 2010 Presented by the Justice and Peace Commission of B&H. 2011. 105 S.
Heft 125 € 4,00 ISBN 978-3-940137-42-5

Menschenwürde
Impulse zum Geltungsanspruch der Menschenrechte. 2013. 139 S.
Heft 127 € 4,00 ISBN 978-3-940137-51-7

**Deutsche Kommission
Justitia et Pax**
Geschäftsstelle
Kaiserstr. 161
53113 Bonn

Tel: 0228 - 103 217 / Fax: 0228 - 103 318
e-mail: justitia-et-pax@dbk.de
www: justitia-et-pax.de